

Stenographisches Protokoll.

29. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung für Deutschösterreich.

Samstag, den 6. September 1919.

Tagesordnung: Mündlicher Bericht des Hauptausschusses, betreffend den Friedensvertrag von Saint-Germain.

Inhalt.

Personalien.

Abwesenheitsanzeigen (Seite 759).

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Niederlegung des Mandates als Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung seitens des Abgeordneten Dr. Matthias Schmid (Seite 759).

Berufung des Erzähmannes Josef Gutmann als Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung (Seite 759).

Angelobung der einberufenen Abgeordneten Josef Gutmann, Dr. Ernst Hahn und Dr. Leopold Molinari (Seite 759).

Zurückziehung des seitens des Bezirksgerichtes Knittelfeld wider den Abgeordneten Anton Regner wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre gestellten,

in der Sitzung vom 14. März 1. J. mitgeteilten Auslieferungsbegehren (Seite 759).

Auslieferungsbegehren des Landes- als Berufungsgerichtes in Wien wider den Abgeordneten Friedrich Austerlitz wegen Übertretung nach Artikel III der Preßgesetzesnovelle vom 15. Oktober 1868, R. G. Bl. Nr. 142 (drei Fälle), des Landesgerichtes Salzburg wider den Abgeordneten Josef Franz Witternigg in einer gleichen Angelegenheit und des Bezirksgerichtes Wien-Josefstadt wider den Abgeordneten Dr. Julius Deutsch wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre (Seite 759) — Zuweisung an den Verfassungsausschuß (Seite 759).

Staatsgezettelblatt.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die unentgeltliche Zufügung des Staatsgezettelblattes an die Mitglieder der Konstituierenden Nationalversammlung (Seite 759).

Kommission zur Erhebung militärischer Pflichtverleihungen.

Zuweisung der die Berichte dieser Kommission betreffenden Befehlschriften der Staatskanzlei an den Ausschuß für Heerwesen (Seite 759).

Befehlschriften der Staatsregierung:

1. des Staatssekretärs für Finanzen vom 12. August 1919, B. 31845, an die deutschösterreichische Nationalversammlung, betreffend die auf Grund des Gesetzes vom 27. November 1918, St. G. Bl. Nr. 74, durchgeführten Kreditoperationen (378 der Beilagen) und übernommenen Staatsgarantien (381 der Beilagen [Seite 759] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß [Seite 759]);
2. betreffend den Gesetzentwurf, betreffend die vorläufige Regelung der Luftfahrt (377 der Beilagen [Seite 760] — Zuweisung an den Ausschuß für Verkehrsweisen [Seite 760]);
3. betreffend den Gesetzentwurf, betreffend den Vorrspann und die Einquartierung (380 der Beilagen [Seite 760] — Zuweisung an den Ausschuß für Heerwesen [Seite 760]);
4. betreffend den Gesetzentwurf über die Gewährung von Teuerungszulagen für die Zeit vom 1. Juli 1919 bis 31. Dezember 1919 an die aktiven und pensionierten Lehrpersonen der öffentlichen Volksschulen und Bürgerschulen, sowie an die Witwen und Waisen nach solchen Lehrpersonen (382 der Beilagen [Seite 760] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß [Seite 760]).

Verzeichnis

der in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Juli 1919 von den Staatsräten auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes erlassenen Vollzugsanweisungen ([Seite 760] — Zuweisung an die Ausschüsse [Seite 763]).

Friedensvertrag von Saint-Germain.

Ansprachen des Präsidenten Seitz (Seite 763 und 798).

Rede des Staatskanzlers Dr. Renner (Seite 763).

Mündlicher Bericht des Hauptausschusses (Redner: Berichterstatter Hauser [Seite 767], die Abgeordneten Dr. Dinghofer [Seite 771], Leuthner [Seite 776], Dr. Reut-Nikolussi [Seite 786], Forstner [Antrag auf Schluß der Debatte — Seite 787] — Generalredner pro: Abgeordneter Kunisch [Seite 788] — Generalredner contra: Abgeordneter Muthitsch [Seite 794], Abgeordneter Dr. Weber [tatsächliche Berichtigung — Seite 795], Abgeordneter Kunisch [tatsächliche Berichtigung — Seite 795], Staatskanzler Dr. Renner [Seite 796] — Annahme des Antrages des Hauptausschusses [Seite 798]).

Ausschüsse.

Zuweisungen:

1. 356 der Beilagen an den Ernährungsausschuß (Seite 798);
2. 353 der Beilagen an den Ausschuß für Erziehung und Unterricht (Seite 798);
3. 332, 336, 337, 338, 339, 341, 342, 364, 343, 347, 344, 349, 355, 365, 366, 371, und 372 der Beilagen an den Finanz- und Budgetausschuß (Seite 799);
4. 357 und 373 der Beilagen an den Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten (Seite 799);
5. 370 der Beilagen an den Justizausschuß (Seite 799);
6. 358 und 367 der Beilagen an den Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft (Seite 800);
7. 334, 345, 346 und 348 der Beilagen an den Verfassungsausschuß (Seite 800);
8. 335 und 354 der Beilagen an den Ausschuß für Verkehrsweisen (Seite 800);
9. 340 der Beilagen an den Ausschuß für soziale Verwaltung (Seite 800).

Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

Anträge

1. der Abgeordneten Weigl, Miklas, Diwald, Dr. Waiz, Rudolf Gruber und Genossen, betreffend Änderung des Weingesetzes hinsichtlich Zuckerzuweisung (384 der Beilagen);
2. der Abgeordneten Dr. Seipel, Dr. Mayr, Dr. Maier, Paulitsch, Steinegger und Genossen, betreffend die Neubemessung der Althegenüsse der in den Monaten Dezember 1918, Jänner und Februar 1919 zwangsläufig pensionierten Zivilstaatsbediensteten gemäß dem Gesetze vom 30. Juli 1919, R. G. Bl. Nr. 411 (385 der Beilagen);
3. der Abgeordneten Fischer, Dr. Maier, Steinegger und Genossen, betreffend die Ernennung von Vollstreckungsorganen im Justizdienste zu Beamten (386 der Beilagen);
4. der Abgeordneten Brandl und Genossen, betreffend die Not des Lebzelter- und Wachsziehergewerbes (387 der Beilagen);
5. der Abgeordneten Thanner und Genossen, betreffend die Wiedereinführung des steuerfreien Bramtweinbrennens für den Haushalt aus dem frei verfügbaren Hintergetreide (388 der Beilagen).
6. der Abgeordneten Dr. Waber und Genossen, betreffend die Veröffentlichung der im Staatsamte des Äußern und in anderen Archiven erliegenden Dokumente, Noten und Protokolle, betreffend die Kriegserklärung und den Kriegsausbruch (389 der Beilagen);
7. der Abgeordneten Steinegger, Fischer, Paulitsch, Dr. Aigner, Dr. Ramel, Dr. Schneider und Genossen, betreffend sofortige Auszahlung des Anschaffungsbeitrages für das bereits abgelaufene Vierteljahr und des außerordentlichen Anschaffungsbeitrages, wie er den aktiven Staatsangestellten ausbezahlt wurde, an alle Pensionisten und Provisionisten der staatlichen Ämter und Betriebe (390 der Beilagen);
8. der Abgeordneten Paulitsch, Scharfegger, Buchinger und Genossen, betreffend Rechnungslegung der Kriegs-Getreide-Berksanstalt (391 der Beilagen);

9. der Abgeordneten Paulitsch, Scharfegger und Genossen, betreffend den Wiederaufbau zerstörter Ortschaften im Gaistale in Kärnten und die Flüssigmachung der hierzu notwendigen Mittel (392 der Beilagen);
10. der Abgeordneten Pischitz, Johann Gürtler, Dr. Aigner und Genossen, betreffend Pragmatisierung der Gendarmerie (393 der Beilagen);
11. der Abgeordneten Buchinger, Eisenhut, Parzer, Grim, Höchtl, Dersch, Diwald und Genossen, betreffend die Erhöhung der Getreidepreise der heutigen Ernte (394 der Beilagen);
12. der Abgeordneten Dr. Wagner, Eisenhut, Grim, Dersch, Weiß und Genossen, betreffend die Altersversorgung der Landarbeiter (395 der Beilagen).

Anfragen

1. der Abgeordneten Buchinger und Genossen an den Staatssekretär für Forst- und Landwirtschaft, betreffend die verfügten und durchgeführten Löcherhiebe in den ärarischen Wäldern (Anhang I, 145/I);
2. der Abgeordneten Johann Gürtler, Pischitz, Dr. Aigner und Genossen an die Staatsregierung, betreffend die Verteilung von Petroleum und Kerzen an die Landbevölkerung (Anhang I, 146/I);
3. der Abgeordneten Heinsl und Genossen an den Staatssekretär des Innern und an den Staatssekretär für Justiz, betreffend die Requisition von Möbeln, Kleidern usw. aus dem Schönbrunner Schlosse durch den Arbeiterrat Hietzing (Anhang I, 147/I);
4. der Abgeordneten Heinsl und Genossen an den Staatssekretär für Volksernährung, betreffend die unzulässige Lebensmittelbeschlagnahme in Scheibbs und Tulln (Anhang I, 148/I);
5. der Abgeordneten Wimmer, Thanner, Egger, Altenbacher und Genossen an den Staatssekretär

- | | |
|--|--|
| für Finanzen über die ehste Einbringung eines Gesetzes, betreffend Gebührenbegünstigungen aus Anlaß der Ablösung der Jagdreservate (Anhang I, 149/I); | 7. der Abgeordneten Friedmann und Genossen an den Staatssekretär für Heerwesen, betreffend den ehemaligen deutschösterreichischen Oberstleutnant Rzach (Anhang I, 151/I); |
| 6. der Abgeordneten Kittinger und Genossen an den Staatskanzler, betreffend die Unterbringung der ungarischen Kommunisten in Niederösterreich, beziehungsweise im deutschösterreichischen Staatsgebiete (Anhang I, 150/I); | 8. der Abgeordneten Dr. Waber und Genossen an den Staatskanzler, betreffend das Verhalten der Regierung gegenüber den Anschlußbestrebungen Vorarlbergs an die Schweiz (Anhang I, 152/I). |

Zur Verteilung gelangen am 6. September 1919:

- die Regierungsvorlagen 369, 377, 378, 380, 381 und 382 der Beilagen;
die Anfragebeantwortungen 47 bis 52;
der Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten 376 der Beilagen;
der Antrag des Ausschusses für soziale Verwaltung 374 der Beilagen;
der Antrag des Finanzausschusses 375 der Beilagen und
die Anträge 332, 334 bis 349, 353 bis 358, 364 bis 367 und 370 bis 373 der Beilagen.

Beginn der Sitzung: 1 Uhr 20 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: Präsident Seitz, zweiter Präsident Häuser, dritter Präsident Dr. Dinghofer.

Schriftführer: Schönsteiner.

Staatskanzler: Dr. Renner.

Vizekanzler: Fink.

Staatssekretäre: Dr. Bratusch für Justiz, Dr. Schumpeter für Finanzen, Stöckler für Land- und Forstwirtschaft, Ingenieur Berdik für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, Hamisch für soziale Verwaltung, Dr. Bauer für Sozialisierung, Dr. Deutsch für Heerwesen, Dr. Voewenfeld-Ruß für Volksernährung, Paul für Verkehrswesen, Eldersch des Innern.

Unterstaatssekretäre: Glöckel für Unterricht, Miklas für Kultus, Dr. Ellenbogen für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, Dr. Waiß für Heerwesen, Pflügl des Äußen, Resch für soziale Verwaltung, Dr. Tandler für Volksgesundheit.

Präsident: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Die Protokolle über die Sitzungen vom 29. und 30. Juli sind unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Die Abgeordneten Scharfegger und Abram haben sich frank gemeldet.

Der Abgeordnete für den Wahlkreis Oststeier Nr. 22, Dr. Matthias Schmid hat sein Mandat niedergelegt. Sein Ersatzmann Abgeordneter Josef Gutmann ist im Hause erschienen; ebenso die mit Beschluss der Nationalversammlung vom 28. Juli als Ersatzmänner für die Abgeordneten Schraffl und Schumacher einberufenen Abgeordneten Dr. Ernst Hahn und Dr. Leopold Molinari.

Diese neuen Mitglieder des hohen Hauses werden die Angelobung leisten.

Ich ersuche den Schriftführer, die Angelobungsformel zu verlesen, und die Abgeordneten, beim Aufrufe ihres Namens die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten.

(Schriftführer Schönsteiner verliest die Angelobungsformel. — Die Abgeordneten Gutmann, Dr. Hahn und Dr. Molinari leisten die Angelobung.)

Das Bezirksgericht Knittelfeld hat das wider den Herrn Abgeordneten Anton Regner am 4. März d. J. gestellte Auslieferungsbegehren zurückgezogen. Der Verfassungsausschuss wird sich daher mit dieser Angelegenheit nicht mehr zu befassen haben.

Auslieferungsbegehren haben gestellt: das Landes- als Berufungsgericht Wien wider den Herrn Abgeordneten Friedrich Austerlitz wegen Übertretung nach Artikel III der Preßgesetznovelle vom 15. Oktober 1868, R. G. Bl. Nr. 142, (3 Fälle);

das Landesgericht Salzburg wider den Herrn Abgeordneten Josef Franz Witternigg wegen Vergehens gegen die Sicherheit der Ehre, eventuell Übertretung nach Artikel III der Preßgesetznovelle vom 15. Oktober 1868, R. G. Bl. Nr. 142;

das Bezirksgericht Wien-Josefstadt wider den Herrn Abgeordneten Dr. Julius Deutsch wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre.

Ich werde diese Zuschriften dem Verfassungsausschusse zuweisen.

Einer im Hauptausschusse vorgebrachten Anregung entsprechend, habe ich verfügt, daß das Staatsgesetzblatt jenen Mitgliedern des hohen Hauses, welche dies wünschen, unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird.

Die Kanzlei nimmt eventuelle Anmeldungen entgegen.

Es sind Zuschriften der Staatskanzlei eingelangt, mit welchen die von der Kommission zur Erhebung militärischer Pflichtverleihungen erstatteten Berichte im Sinne des § 8 des Gesetzes vom 19. Dezember 1918, St. G. Bl. Nr. 132, an die Nationalversammlung geleitet werden.

Diese Zuschriften samt den ihnen angehörenden Kommissionsberichten werde ich dem Ausschusse für Heerwesen zuweisen.

Im Wege der Staatskanzlei sind Zuschriften des Staatssekretärs für Finanzen eingelangt, mit welchen über die auf Grund des Gesetzes vom 27. November 1918, St. G. Bl. Nr. 74, durchgeführten Kreditoperationen und übernommenen Staatsgarantien berichtet wird.

Diese Zuschriften wurden samt ihren Beilagen in Druck gelegt und verteilt.

Ich weise diese Vorlagen hiermit dem Finanz- und Budgetausschusse zu.

Es sind Zuschriften eingelangt, mit welchen die Einbringung von Gesetzesvorlagen der Staatsregierung angekündigt wird.

Ich ersuche um Verlesung dieser Zuschriften.

Schriftführer Schönsteiner (liest):

„In der Anlage wird die mit Kabinettsbeschluß am 5. August 1919 genehmigte Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Gesetzentwurf über die vorläufige Regelung der Luftfahrt samt Begründung (337 der Beilagen) zur Behandlung in der Nationalversammlung eingebbracht.

Wien, 12. August 1919.

Der Staatssekretär für Verkehrswesen:
Paul.“

„Das deutschösterreichische Staatsamt für Heerwesen beeht sich in der Anlage, den vom Kabinettsrate in der Sitzung vom 12. August 1919 beschloßenen Entwurf eines Gesetzes über den Vorspann und die Einquartierung samt den zugehörigen erläuternden Bemerkungen (380 der Beilagen) zur verfassungsmäßigen Behandlung vorzulegen.

Wien, 29. August 1919.

Der Staatssekretär:
Dr. Julius Deutsch.“

„Auf Grund des Kabinettsratbeschlusses vom 18. Juli 1919 beehe ich mich in der Anlage ein Exemplar des Gesetzentwurfes über die Gewährung von Teuerungszulagen für die Zeit vom 1. Juli 1919 bis 31. Dezember 1919 an die aktiven und pensionierten Lehrpersonen der öffentlichen Volks- und Bürgerschulen sowie an die Witwen und Waisen nach solchen Lehrpersonen (382 der Beilagen) mit der Bitte zu übersenden, den Entwurf als Vorlage der Staatsregierung in der Nationalversammlung der verfassungsmäßigen Behandlung zuzuführen.

Wien, 2. September 1919.

Der Staatssekretär:
Schumpeter.“

Präsident: Diese Vorlagen werde ich sofort zuweisen, und zwar das Gesetz über die Regelung der Luftfahrt dem Ausschusse für Verkehrswesen,

das Gesetz über den Vorspann und die Einquartierung dem Ausschusse für Heerwesen,

das Gesetz über Gewährung von Teuerungszulagen an Lehrpersonen dem Finanz- und Budgetausschusse.

Es ist eine Zuschrift der Staatskanzlei eingelangt, mit welcher auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes erlassene Vollzugsanweisungen vorgelegt werden.

Ich ersuche um Verlesung dieser Zuschriften samt dem beiliegenden Verzeichnisse.

Schriftführer Schönsteiner (liest):

„Mit Beziehung auf Ihre Zuschrift vom 18. Juni 1919, B. 164/7, mit der die Staatskanzlei die von den Staatsämtern auf Grund des Gesetzes vom 24. Juli 1917, R. G. Bl. Nr. 307 (kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz), in der Zeit vom Anfang Jänner bis Ende April 1919 erlassene Vollzugsanweisungen zur Vorlage brachte, beeht sich die Staatskanzlei mit Genehmigung des Kabinettsrates in der Anlage eine Sammlung und ein Verzeichnis sämtlicher in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Juli 1919 auf Grund des vorstehenden Gesetzes erlassenen Vollzugsanweisungen in je zwei Exemplaren vorzulegen.

Zugleich schließt die Staatskanzlei mehrere Vollzugsanweisungen aus der Vorperiode an, die von den Staatsämtern für Inneres und Unterricht sowie für Heerwesen nachträglich zur Vorlage gebracht wurden; sie finden sich ebenfalls in dem mitfolgenden Verzeichnisse (bei den betreffenden Staatsämtern) in chronologischer Reihenfolge angeführt.

Die Staatskanzlei darf hierbei bemerken, daß die hier vorgelegten Vollzugsanweisungen vor ihrer Herausgabe bereits dem Hauptausschusse beziehungsweise dessen Herrn Vorsitzenden zur Kenntnis gebracht worden sind.

Wien, 10. August 1919.

Fink.“

Verzeichnis der erlassenen Vollzugsanweisungen.

Im Bereiche des Staatsamtes des Innern.

Vollzugsanweisung des Staatsamtes des Innern vom 17. Februar 1919, betreffend die Nachsicht des Verfalles von Bedarfsgegenständen oder ihres Erlöses, St. G. Bl. Nr. 130.

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Inneres und Unterricht und für Justiz im Einvernehmen mit den beteiligten Staatsämtern vom 21. März 1919 über die Pflicht der Aktiengesell-

schäften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Versicherungsanstalten und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die ihren Sitz im ehemaligen österreichischen Gebiete, aber außerhalb Deutschösterreichs haben, zur Bestellung von Vertretungen, St. G. Bl. Nr. 189.

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Inneres und Unterricht vom 8. Juli 1919 über die bilanzmäßigen Überschüsse der Versicherungsanstalten, St. G. Bl. Nr. 352.

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Inneres und Unterricht im Einvernehmen mit dem Staatsamte für Finanzen vom 15. Juli 1919, betreffend die Umlegung der Kosten der Staatsaufsicht auf die Versicherungsanstalten, St. G. Bl. Nr. 364.

Im Bereich des Staatsamtes für Finanzen.

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Finanzen im Einvernehmen mit den Staatsämtern für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten und für Land- und Forstwirtschaft vom 22. Mai 1919, betreffend die Auflerktsetzung der Zölle für mehrere Waren, St. G. Bl. Nr. 279 ex 1919.

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Finanzen vom 22. Mai 1919, betreffend die Erhöhung des Zollaufschlages, St. G. Bl. Nr. 280.

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Finanzen vom 22. Mai 1919 über die Annmeldung und Kontrolle gewisser Vermögenshaften und die Sicherung der Vermögensabgabe, St. G. Bl. Nr. 256.

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Finanzen im Einvernehmen mit dem Staatsamte für Volksernährung vom 18. Juni 1919, betreffend die Einschränkung der Biererzeugung, St. G. Bl. Nr. 321.

Im Bereich des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten.

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 22. April 1919, betreffend Anzeige und Verwendung bestimmter Metalle und Legierungen, St. G. Bl. Nr. 256.

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 5. Mai 1919, betreffend Einführung einer Betriebsstoffkarte für Explosionsmotore, St. G. Bl. Nr. 261.

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 22. April 1919, betreffend Pflicht zur Anzeige und Abgabe verschiedener Waren an den deutsch-österreichischen Wirtschaftsverband der Öl- und Fettindustrie, St. G. Bl. Nr. 269.

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom

8. Mai 1919, betreffend Aufhebung einer Bestimmung über die Aussetzung der Bekanntmachung von Patentanmeldungen, St. G. Bl. Nr. 274.

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 12. Mai 1919, betreffend Aufhebung der Beschränkungen der Herstellung, der Veräußerung und der Ablieferung von Spinnpapiererzeugnissen, St. G. Bl. Nr. 275.

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 15. Mai 1919, mit der die Vollzugsanweisung vom 21. Dezember 1918, St. G. Bl. Nr. 143, betreffend die Aufhebung der bestehenden Höchstpreise für einige Mineralölprodukte sowie für Handelsbenzol und die Festsetzung neuer Höchstpreise für Leucht-petroleum abgeändert wird, St. G. Bl. Nr. 284.

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 28. April 1919, betreffend Aufhebung der Beschränkungen im Verkehre mit Flachs, St. G. Bl. Nr. 287.

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 13. Mai 1919, betreffend Annmeldung von Märkten, St. G. Bl. Nr. 290.

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 31. Mai 1919, betreffend Festsetzung von Höchstpreisen für Zündhölzchen, St. G. Bl. Nr. 303.

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 31. Mai 1919, betreffend Regelung des Verkehrs mit Raps, Rüben, Rübböl und Rapsfischen, St. G. Bl. Nr. 312.

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 31. Mai 1919, betreffend die Aufhebung der Beschränkungen im Verkehre mit Hanfmaterial und daraus hergestellten Erzeugnissen, St. G. Bl. Nr. 314.

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 15. Mai 1919, mit welcher die Ministerialverordnung vom 30. September 1918, R. G. Bl. Nr. 48, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Ammoniatsoda und Alkynatron und Festsetzung von Höchstpreisen für diese Produkte teilweise abgeändert wird, St. G. Bl. Nr. 318.

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 7. Juni 1919, betreffend Aufhebung der Beschränkung des Verkehrs in Knopfern und Aufhebung der Höchstpreise für Knopfern, Eichenholz, Fichterinden- und Kastanienholzextrakte österreichischer Herkunft, St. G. Bl. Nr. 328.

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 7. Juni 1919, betreffend Erhöhung der Mitgliederzahl des Verbandsausschusses des Wirtschaftsverbandes der Eisengießereien, St. G. Bl. Nr. 338.

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 1. Juli 1919, mit der die Vollzugsanweisung vom 5. Mai 1919, St. G. Bl. Nr. 261, betreffend die Einführung einer Betriebsstoffkarte für Explosionsmotoren abgeändert wird, St. G. Bl. Nr. 348.

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 6. Juli 1919, betreffend Errichtung einer Schutzzstelle für deutschösterreichische Vermögen im Auslande, St. G. Bl. Nr. 369.

Im Bereich des Staatsamtes für Justiz:

1. Vollzugsanweisung des Staatssekretärs für Justiz vom 14. Mai 1919 über die Einrechnung militärischer Dienstleistung in die Praxis der Justizberufe (Einrechnungsvorschrift), St. G. Bl. Nr. 271.

2. Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Justiz vom 24. Mai 1919, betreffend die Anwendbarkeit der Kaiserlichen Verordnung vom 9. August 1915, St. G. Bl. Nr. 234, über die Veräußerung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke in den Gemeinden Bludenz, Dornbirn und Hohenems in Vorarlberg, St. G. Bl. Nr. 294.

3. Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Justiz im Einvernehmen mit den beteiligten Staatsämtern vom 20. Juni 1919 über Erleichterungen bei der Erfüllung privatrechtlicher Geldforderungen und über verfahrensrechtliche Begünstigungen für Militärpersonen (Stundungsverordnung), St. G. Bl. Nr. 322.

4. Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Justiz im Einvernehmen mit den beteiligten Staatsämtern vom 20. Juni 1919 über Bilanzen und Abweisungen von statutarischen Bestimmungen (Bilanzverordnung), St. G. Bl. Nr. 323.

5. Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Justiz vom 23. Juni 1919 über die Beschränkung der Klündigung bestimmter Dienstverhältnisse, St. G. Bl. Nr. 325.

6. Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Justiz vom 8. Juli 1919 über die Ausdehnung der Vorschriften der Vollzugsanweisung vom 18. November 1918, St. G. Bl. Nr. 27, auf deutsche Reichsangehörige, St. G. Bl. Nr. 359.

7. Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Justiz vom 16. Juli 1919 über die Geschäftsaufficht, St. G. Bl. Nr. 370.

Im Bereich des Staatsamtes für Volksnährung.

1. Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Volksnährung im Einvernehmen mit den beteiligten Staatsämtern vom 4. Juni 1919 über die Freigabe des Rauhfutterverkehrs, St. G. Bl. Nr. 302.

2. Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Volksnährung im Einvernehmen mit den beteiligten Staatsämtern vom 1. Juni 1919, mit welcher die Verordnung des f. f. Amtes für Volksnährung vom 1. September 1917, St. G. Bl. Nr. 368, in der Fassung der Verordnung vom 13. Oktober 1918, St. G. Bl. Nr. 362, betreffend die Verarbeitung von Obst zu Obstkonsernen sowie die Regelung des Verkehrs mit Obstkonsernen, teilweise abgeändert und der Verkehr mit Obst, Gemüse und dessen Verwertungsprodukten sowie mit Gemüsesamen, Obstmost und Obstmostessig neu geregelt wird, St. G. Bl. Nr. 304.

3. Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Volksnährung im Einvernehmen mit den beteiligten Staatsämtern vom 1. Juli 1919, womit unter teilweiser Abänderung der Vollzugsanweisung vom 10. Jänner 1919, St. G. Bl. Nr. 28, neue Bestimmungen für die landwirtschaftliche Warenverkehrsstelle des deutschösterreichischen Staatsamtes für Volksnährung erlassen werden, St. G. Bl. Nr. 305.

4. Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Volksnährung im Einvernehmen mit den beteiligten Staatsämtern vom 7. Juni 1919, betreffend die Auferkraftsetzung der Vorschriften über den Verkehr mit Leinleder, St. G. Bl. Nr. 306.

5. Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Volksnährung vom 16. Juni 1919, betreffend die Erzeugung und den Verkauf von Gebäck, Zuckerbäckerwaren, Mehlspeisen und Brot, St. G. Bl. Nr. 319.

6. Vollzugsanweisung des Staatssekretärs für Volksnährung im Einvernehmen mit den beteiligten Staatssekretären vom 8. Juli 1919 über die Regelung des Verkehrs mit Getreide und Mahlprodukten, St. G. Bl. Nr. 346.

7. Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Volksnährung im Einvernehmen mit den beteiligten Staatsämtern vom 8. Juli 1919 über die Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln (Kartoffelvollzugsanweisung), St. G. Bl. Nr. 358.

8. Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Volksnährung im Einvernehmen mit dem Staatsamt für Finanzen vom 10. Juli 1919, betreffend die Festsetzung der Zuckerpreise, St. G. Bl. Nr. 361.

9. Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Volksnährung vom 10. Juli 1919, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Kaffeemischungen und Kaffeesurrogaten, St. G. Bl. Nr. 363.

10. Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Volksernährung im Einvernehmen mit den beteiligten Staatsämtern vom 15. Juli 1919, mit welcher die Übernahmepsreise für einzelne im Juli 1919 geerntete Getreidegärtungen festgesetzt werden, St. G. Bl. Nr. 367.

11. Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Volksernährung im Einvernehmen mit den beteiligten Staatsämtern vom 18. Juli 1919, betreffend Kartoffelübernahmepsreise der Ernte 1919, St. G. Bl. Nr. 371.

Im Bereich des Staatsamtes für soziale Verwaltung.

1. Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung vom 9. Mai 1919, betreffend die Unterstützung der arbeitslosen Arbeiter und Angestellten, St. G. Bl. Nr. 259.

2. Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung vom 9. Mai 1919 über den Urlaub von jugendlichen Lehrlingen, Arbeitern und Angestellten im Jahre 1919, St. G. Bl. Nr. 262.

3. Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung vom 28. Mai 1919, betreffend die Pensionsversicherung von Angestellten, St. G. Bl. Nr. 295.

4. Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit dem Staatsamte für Justiz vom 2. Juni 1919 über den Schutz von Dienstnehmern bei Verlegung von Unternehmungen ins Ausland, St. G. Bl. Nr. 301.

5. Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung vom 24. Juni 1919, betreffend die Unterstützung der arbeitslosen Arbeiter und Angestellten, St. G. Bl. Nr. 327.

6. Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung vom 25. Juli 1919, betreffend die Einbeziehung der Teuerungszulagen in die bei der Pensionsversicherung der Angestellten anrechenbaren Bezüge, St. G. Bl. Nr. 377.

Im Bereich des Staatsamtes für Heerwesen.

1. Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Heerwesen im Einvernehmen mit dem Staatsamte für Justiz vom 29. Jänner 1919, betreffend die Exekutions- und Abzugsfreiheit der Abschaffungen von Militär- und Marinegegisten (Gagisten-anwärtern), St. G. Bl. 58.

2. Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Heerwesen vom 22. Februar 1919 über die Aufhebung der Ministerialverordnung vom 20. Juli 1916, R. G. Bl. Nr. 225, betreffend die Inan-

spruchnahme von Gummibereisungen, St. G. Bl. Nr. 143.

Präsident: Die Vollzugsanweisungen werde ich den zuständigen Ausschüssen zuweisen.

Hohe Nationalversammlung! Die von uns gewählte Friedensdelegation bringt uns nach monatelanger schwerer und aufopfernder Arbeit, die wir mit fieberhafter Spannung verfolgt haben, die letzte Formulierung des Diktats der alliierten Mächte. Die Republik Deutschösterreich und die Volksmassen des alten kaiserlichen Zwangstaates haben keinen Krieg geführt und sie hätten daher auch keinen Frieden zu schließen. Die alliierten Mächte haben sich aber dahin entschieden, uns die Verantwortung für diesen schändlichen Krieg, den unsere Unterdrücker begonnen haben, aufzuerlegen, und wir müssen sie tragen. Wir bewundern den Fleiß, die Arbeit und die taktische Klugheit unserer Vertreter (*Beifall*), insbesondere des Staatskanzlers Dr. Renner. (*Lebhafter Beifall*) Es ist ihnen gelungen, die harten Bestimmungen wenigstens in einigen Punkten zu mildern. Wir wollen ihren Bericht hören und entgegennehmen, was nach dem Ratschluß der interalliierten Mächte das künftige Schicksal Deutschösterreichs sein soll. Ich bitte den Herrn Staatskanzler, den Bericht zu erstatte und erteile ihm das Wort.

Staatskanzler Dr. Renner: Hohes Haus! Männer und Frauen! Unerwartet lange Zeit haben die Friedensverhandlungen von St. Germain in Anspruch genommen. Am 8. Mai hat das hohe Haus mich mit der Führung der Delegation betraut. Sie ist unmittelbar darnach abgereist und hat ihre Vollmachten in Paris am 17. Mai überreicht. Am 2. September haben die alliierten und assoziierten Mächte die endgültigen Friedensbedingungen im Pavillon Henri IV. der deutschösterreichischen Friedensdelegation eingehändigt. Eine harte Geduldspause für unser Land, das den Frieden schon in den Herbsttagen des Jahres 1918 erwartet hat und nun zehn Monate in dem Schwebzustand geblieben ist, eine schier unerträgliche Nervenprobe für die Friedensdelegation selbst! Die Verzögerung hat sich allerdings durch das Ergebnis einigermaßen gerechtfertigt. Der Friedensvertrag, wie er vorliegt, ist ein ganz anderes Instrument als die unveröffentlichten Entwürfe waren, denen wir Ende Mai in Paris gegenüberstanden.

Der ausführliche Tätigkeitsbericht der Friedensdelegation wird dem Hause erstatte werden in der Vorlage, die die Regierung in der Nationalversammlung pflichtgemäß zur Ratifizierungsverhandlung einbringen wird. Diese Vorlage, die zwei starke Bände umfaßt, wird einen ausführlichen Tätigkeits-

bericht der Friedensdelegation, sodann sämtliche zwischen der Delegation und dem Obersten Rat gewechselten Noten, weiters die erstmaligen Bedingungen vom 2. Juni, ferner den als definitiv bezeichneten zweiten Entwurf vom 20. Juli und endlich die wirklich endgültige Fassung vom 2. September enthalten. Diese endgültige Fassung haben die Mächte mit einem Geleitbrief uns vorgelegt und eine ausführliche Antwort auf die auf unseren Wunsch vorgeschlagenen Änderungen angeschlossen. Weiters ist angeschlossen ein Protokoll, eine Deklaration und eine besondere Deklaration, die noch mit zu unterfertigen sein werden. Wenn das hohe Haus mir den Auftrag erteilt, den Friedensvertrag zu zeichnen, so ist die Unterfertigung dieser drei Altenstücke mitverstanden.

Die Verhandlungen gliedern sich von selbst in mehrere Abschnitte.

Den ersten Abschnitt bildet die Zeit vor der feierlichen Eröffnungssitzung vom 2. Juni, in der die Delegation unablässig die Beschleunigung der Verhandlungen forderte und zugleich gegen das willkürliche Vorgehen benachbarter Mächte im Süden einschritt.

Die zweite Etappe umfaßt die Zeit vom 2. Juli bis zum 20. Juli, in der die Delegation auf den erstmaligen Entwurf antwortete und zugleich im voraus den Versuch unternahm, die Redaktion der finanziellen Klauseln, die uns erst am 20. Juli eingehändigt werden sollten, zu beeinflussen, um manches angedrohte Übel schon vor dem Beschlusse zu verhüten.

Das dritte Stadium, die Hauptarbeit, war allerdings in der Zeit nach dem 20. Juli bis Ende Juli zu leisten, in der der zweite, der sogenannte definitive Entwurf, beantwortet wurde.

Die Friedensdelegation organisierte die Arbeit in der Weise, daß sie, um jeden Zweifel über ihre Absicht im einzelnen auszuschließen und die Kritik vollständig zu gestalten, zu jedem einzelnen änderungsbedürftigen Artikel juristisch genau stilisierte Fassungen, die sogenannten „Rédactions“ ausarbeitete. Manche unserer Fassungen sind auch tatsächlich in den endgültigen Friedensvertrag eingefügt.

Die vorgeschlagenen Änderungen wurden in einer Begründungsschrift festgelegt, die unter dem Titel „Observations“ einen Bestandteil der Regierungsvorlage bilden werden. Aus diesem erschöpfenden Material wurden endlich diejenigen Punkte, auf die es hauptsächlich ankam und die für die völkerrechtliche Stellung wie für den wirtschaftlichen Aufbau Deutschösterreichs entscheidend waren, durch besondere „Noten“ herausgehoben. Diese Noten waren bestimmt, die Aufmerksamkeit der Friedenskonferenz auf nicht zu zahlreiche Hauptfragen einzustellen und

in diesen die vorgefaßten Meinungen zu berichtigen.

Die Arbeit, welche von der Friedensdelegation geleistet wurde, hat bei der Gegenseite selbst und in der ganzen Öffentlichkeit der Ententemächte sich Achtung und Anerkennung erzwungen. Deutschösterreich dankt das in erster Linie dem Stabe außerordentlicher Mitarbeiter, die die Staatsräte der Friedensdelegation beigestellt haben. Ich darf es nicht unterlassen, auch vor diesem Forum die außerordentlichen Leistungen der Generalkommission, das ist des Ministers Franz Klein und der Sektionschefs Peter, Eichhoff und Schüller sowie ihrer Mitarbeiter, hervorzuheben. In den politischen Fragen hat die von der Nationalversammlung selbst bestellte politische Kommission den Leiter der Delegation beraten; dieser wertvolle Rat hat die Gesamthaltung der Delegation bestimmt, über die das hohe Haus und die Öffentlichkeit Deutschösterreichs selbst zu urteilen berufen ist.

Ich danke an dieser Stelle beiden Herren für ihre loyale Unterstützung. In allen fachlichen Fragen konnte die Delegation mit der ständigen Hilfe der von ihr berufenen Experten rechnen, ihre Mitarbeit war in allen Fragen für die Friedensabordnung von größtem Wert und ich spreche hiermit allen beigezogenen Experten und weiters auch allen übrigen Mitarbeitern und Helfern der Delegation öffentlich den Dank aus.

Im Zuge der parlamentarischen Beratungen des Friedensvertrages wird Gelegenheit sein, auf die ungeheure ausgedehnte Materie im einzelnen einzugehen. Wollte ich hier nur ein Gerippe des Vertrages liefern, so würde ich die Zeit des Hauses heute ungebührlich in Anspruch nehmen. Es sei mir bloß gestattet, den Wandel zu kennzeichnen, der sich in dem ganzen Geist der Friedensbedingungen zwischen dem erstmaligen und diesem endgültigen Entwurf vollzogen hat. Die Friedensdelegation stand, als sie nach Saint-Germain kam, folgender Tatsache gegenüber: Die Bestimmungen des deutschen Friedensvertrages waren mit geringfügigen Änderungen einfach auf den Frieden mit Deutschösterreich übertragen. Dabei waren die Nachfolgestaaten einfach in die Reihe der alliierten und assoziierten Mächte aufgenommen und die Fiktion festgehalten, daß diese Staaten, die zugleich mit Deutschösterreich, zum Teil erst nach der Republik Deutschösterreich sich begründet hatten, gegen uns im Kriege gestanden und uns besiegt hätten. Gegen diese Fiktion war anzukämpfen, nicht um ihrer selbst willen, sondern weil die daraus gezogenen ökonomischen und finanziellen Folgerungen Deutschösterreichs Volkswirtschaft nicht nur erschüttert, sondern einfach vernichtet hätten. Die Unmöglichkeit und Unsinnigkeit dieses Entwurfs ergibt sich von selbst aus der folgenden Tatsache: Die Volkswirtschaft eines

Staates ist als ein einheitliches Ganzes, als ein Wirtschaftskörper aufzufassen, der hauptsächlich durch die Größe des Wirtschaftsgebietes bestimmt wird. Der Friede mit Deutschland hat das Deutsche Reich geschwächt, hat das Wirtschaftsgebiet empfindlich eingengt, aber er hat den deutschen Wirtschaftskörper als Gesamtheit bestehen lassen. Ganz anders in Österreich. Bevor die Friedensverhandlungen eröffnet worden waren, hat die Begründung der Nationalstaaten und ihre wirtschaftliche Abschließung den ehemals österreichisch-ungarischen Wirtschaftskörper schon aufgelöst gehabt. Deutschösterreich war also, bevor noch die erste Note gewechselt wurde, ein zerstörter Wirtschaftskörper, oder besser nur ein hilfloses Bruchstück eines solchen. Was für das Deutsche Reich schier unerträglich, aber vielleicht noch im Bereich des Möglichen lag, das war gegenüber diesem Bruchstück eines Wirtschaftskörpers vorweg ganz absurd! Diese Absurdität verkleidete sich juristisch in die Formel, daß Deutschösterreich der Rechtsnachfolger des früheren ganzen Österreich, ja, womöglich der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie gewesen sei. Das ganze Abendland ist über unsere staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse höchst mangelhaft unterrichtet und diesem Umstande danken wir es, daß die Großmächte durch interessierte Ratgeber dahin gebracht werden konnten, die erwähnten Fiktionen in den Entwurf aufzunehmen, um dem zerstörten Wirtschaftskörper Deutschösterreichs wirtschaftliche Leistungen abzuverlangen.

Es galt nun den Beweis anzutreten, daß die rechtlichen Grundauffassungen des Friedens unhaltbar und daß die daraus abgeleiteten wirtschaftlichen Folgerungen unerträglich sind. Dieser Kampf wurde in meiner Begrüßungsansprache im Schlosse von Saint-Germain eröffnet und mit zäher Ausdauer durch alle Noten hindurch fortgeführt. Das Ergebnis dieses Kampfes liegt in dem Friedensvertrag vor. Die rechtliche Fiktion — und es ist eine Fiktion — der alleinigen Nachfolge wurde zwar juristisch aufrechterhalten, aber die daraus abgeleiteten praktischen Folgerungen sind zum Teile ganz beseitigt, zum Teile durchbrochen, zum Teile gemildert worden. Das Eigentum der Deutschösterreicher auf dem Gebiete der Nationalstaaten wird nicht liquidiert — wenigstens die Fiktion des Krieges ist darin aufgegeben — anderseits bleibt das auf unserem Gebiete liegende Staatsgut Deutschösterreichs Staatseigentum. Das ehemals österreichische Staatsgut, das in den Nationalstaaten liegt, fällt diesen nicht ohneweiters zu, sondern wird diesen Staaten verkauft und der Erlös geht auf unser Reparationskonto als Gutschrift für uns.

Die Fiktion der Rechtsnachfolge hat zur Folge, daß Deutschösterreich im Prinzip die ganzen Staatschulden zu übernehmen gehabt hätte, wovon

nur in bezug auf die titulierten Vorkriegsschulden eine Ausnahme gemacht wurde. Nunmehr ist auch dieser Grundsatz durchbrochen. Die Nationalstaaten tragen sowohl an der Vorkriegsschuld wie an der Kriegsschuld rein tatsächlich, wenn auch unter mannigfachen rechtlichen Verkleidungen, einen gewissen Anteil; allerdings ist die Regelung, wie sie jetzt vollzogen ist, weit entfernt, gerecht oder auch nur annähernd entsprechend zu sein. Das, was uns aufgebürdet bleibt, ist ungeheuerlich, und es gibt wohl keinen einzigen Staatsbürger in Deutschösterreich, der nicht die Empfindung hätte: Uns geschieht Unrecht, unsühnbares Unrecht, durch die Auseinandersetzung, wie sie zwischen uns und den Nationalstaaten hier beliebt worden ist.

Inwieweit es der Friedensabordnung gelungen ist, im einzelnen wirtschaftliches und finanzielles Ungemach von uns abzuwenden, werden die parlamentarischen Verhandlungen dartun. Fest steht, daß trotz unserer Bemühungen die Bürde, die unser armes Volk zu tragen haben wird, über alles Erwartete hinausgeht.

Dieser Kampf um die wirtschaftlichen Grundlagen unseres Staates war stetig begleitet und durch viele Wochen ganz zurückgedrängt durch den Kampf um unser Volk selbst und um unser Gebiet. Die Delegation hat vom ersten bis zum letzten Tage das nationale Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen Österreichs verteidigt, sie hat um jeden Landstrich, um jede Stadt, um jedes Dorf gerungen und schmerzlich ist das Einbekenntnis, daß dieser unser Kampf in der Hauptfache ohne Erfolg geblieben ist. Wir standen einer Mauer gegenüber. Nicht bloß einer Mauer von Vorurteilen, denn diese wären vielleicht zu besiegen gewesen und sind zum Teile auch überwunden. Das unübersteigbare Hindernis bildeten die vorher zwischen den alliierten Mächten geschlossenen Verträge, die jeweils für einen Teil erworbene Rechte begründeten und auch dann nicht mehr abgeändert werden konnten, wenn selbst der andere Teil sich zur besseren Einsicht bekehrte: So haben feste Abmachungen dem tschecho-slowakischen Staat seine historischen Grenzen garantiert, so hatte der Londoner Vertrag für die Brenner Grenze entschieden, und so kommt es, daß die nationale Abgrenzung, wie sie im Entwurfe vorgesehen ist, jeder Grundsätzlichkeit Hohn spricht! Es war der Welt das nationale Selbstbestimmungsrecht und die Freiheit der Völker als Grundsatz verkündet worden, aber dieser Grundsatz wird gegen uns verleugnet, indem man im Norden die historischen Grenzen und das tote Recht der Vergangenheit an Stelle des lebendigen Rechtes der Völker setzt. Die Sudetendeutschen, mit denen wir vier Jahrhunderte in einer staatlichen Gemeinschaft lebten (Rufe: *Heil ihnen!*), mit denen die Alpenländer in eins verwachsen sind, werden losgerissen und einer fremden Staatslichkeit

unterstellt. Es gibt keinen Deutschen, der diese Lösung nicht als nackte Vergewaltigung empfinden würde (lebhafter Beifall und Händeklatschen.) und der Schmerz darüber wird nie stille, die Klage über dieses Unrecht niemals stumm werden. (Erneuter lebhafter Beifall.) Vertragsurkunden, Grenzpfähle, fiktive Gewalt werden uns trennen, unsere Herzen aber schlagen zusammen, jetzt und immerdar! (Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Die historischen Grenzen, die im Norden als unverleidliches Gesetz ausgerufen werden, gelten natürlich nicht im Süden, gelten nicht mehr in Kärnten, obwohl das Land geographisch in weit höherem Sinne als Einheit aufgefaßt werden muß, als etwa das frühere Königreich Böhmen. (Zustimmung.) Die historische Einheit gilt nichts für die Deutschen Tirols, für jenen Volksstamm, der diese Einheit seit jeher so warm empfunden hat, wie nur irgendeiner unserer Stämme. Dort durchbrechen angebliche militärische Notwendigkeiten den nationalen Zusammenhang. Aber wir haben Italien alles geboten, was es zu seiner militärischen Sicherheit verlangen kann, wohlgemerkt, militärische Sicherheit gegen unseren wehrlosen verstümmelten Staat! Wir haben ihm die Neutralisierung des Gebietes angeboten, wir waren bereit, ihm das militärische Besetzungsrecht einzuräumen, alles umsonst: die Brennergrenze wird aufgerichtet! Ein schneidendes Schwert mitten im Herzen eines Volksstamms, der seine Heimat und die Einheit dieser Heimat über alles geliebt hat! Das Land, mit dem die heiligsten Erinnerungen der deutschen Nation verwoben sind, soll unter die Herrschaft einer anderen Nation gestellt werden! Auch das ein Unrecht, das kein Volk jemals vergessen kann. (Beifall.) In Kärnten und in Steiermark führt man in bezug auf das Marburger Becken die wirtschaftlichen Zusammenhänge gegen uns ins Feld, dieselben wirtschaftlichen Zusammenhänge, die man an allen unseren Grenzen rücksichtslos zerschnitten hat, und trotz dieses Schlagwortes von den wirtschaftlichen Zusammenhängen reißt man das Albstaller Becken von Radkersburg und vom linken Murauer los! (Zustimmung.)

An einem Punkte, in bezug auf die Volksabstimmung im südlichen Kärnten, hat man sich dem Selbstbestimmungsrecht genähert und nur an einem einzigen Punkte, im Osten, hat man dem nationalen Selbstbestimmungsrecht ernstlich Rechnung getragen. Dort hat man die beiden deutschen Stämme der Heidebauern und Hianzen, die in diesem Lande sitten seit der Karolinger Zeit, und die in früheren Jahrhunderten zu den Alpenländern gehört haben, uns wiedergegeben. Hier allerdings stimmten die wirtschaftlichen und die nationalen Erwägungen so unzweideutig zusammen, daß nach unserer Auffassung eine andere Möglichkeit überhaupt nicht gegeben war. Aber auch dort hat man uns das deutsche

Wiesenburg vorenthalten mit der Begründung, daß Preßburg, dieser Hauptmarktplatz Mährens, eine zweite Verbindung mit dem Meere benötige.

Der Friedensvertrag legt uns die bittersten nationalen Opfer auf und jedes Herz ist darüber erfüllt von Trauer und Bitternis. Alle Herzen vereinigen sich heute in diesem Wunsche: Möge der Völkerbund, auf den wir hoffen, dessen Zusammentreten, dessen Funktionieren, dessen gerechte Tätigkeit in unseren Augen eine wesentliche Voraussetzung für die Gültigkeit und den Bestand des Friedensvertrages von Saint-Germain ist (Zustimmung), möge dieser Völkerbund das Unrecht, das Saint-Germain geschaffen hat, wieder aus der Welt schaffen!

Das nationale und politische Ergebnis des Friedens von Saint-Germain ist, daß die Staatsbezeichnung, die wir uns selbst gegeben haben, die Bezeichnung „Deutschösterreich“, nicht mehr den Tatsachen entspricht. Deutschösterreich — das sollte besagen, alle Deutschen des ehemaligen Österreich, sind vereinigt und bilden einen Staat. Nun sind die Sudetendeutschen von den Alpendeutschen getrennt und unser Staat ist seinem Wesen nach nur mehr die Republik der deutschen Alpenlände. Dieses Staatswesen der deutschen Alpenlände ist in gewissem Sinne eine Wiederholung der Schweiz, ein Bund sich selbst regierender Städte und Landschaften, der mitten in das Herz Europas gebettet, durch seine Lage und durch seine ökonomische Gebundenheit von selbst gehalten ist, eine Politik des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern zu machen. Aber mit einem gewaltigen Unterschied: die Schweiz ist eine durch Jahrhunderte gewordene, in sich selbst ausgeglichene Wirtschaftsgemeinschaft. Wir aber sind durch den Krieg verarmt, wir sind von einem Wirtschaftskörper nur ein Bruchstück! Und das Gefühl dieser Verarmung und das Gefühl, als Bruchstück nicht selbstständig leben zu können, zusammen mit dem unzertütbaren Gefühl der nationalen und kulturellen Gemeinschaft mit den Deutschen des Reiches (Beifall) hat die Nationalversammlung bestimmt, zweimal in feierlicher Weise den Anschluß an das Deutsche Reich zu verkünden. Es gehört zu meiner schmerzlichsten Pflicht, dem Hause zu berichten, daß der Friedensvertrag uns die Freiheit dieser Entschließung nimmt. Wir müssen es versuchen, zunächst allein zu stehen. Da wir es müssen, so müssen wir es auch wollen! Eines allerdings nimmt der Friedensvertrag in Aussicht: auch in dieser Frage soll der Völkerbund entscheiden, und das Ideal, das diesem Staatswesen von seiner Geburt eingeboren ist, das Ideal der Vereinigung mit dem deutschen Mutterlande, kann nur mehr vollzogen werden im Wege der Verhandlungen mit dem Völkerbunde, im Wege der Überzeugung der Großmächte von der Notwendigkeit dieses Anschlusses. Ich bin nicht berufen, die

künftige Politik Deutschösterreichs vorher festzulegen, aber ich hege meine persönliche Überzeugung, daß Deutschösterreich diesen Weg zur gegebenen Zeit unter den geeigneten Umständen in loyalster Weise beschreiten wird.

Für dieses Staatswesen der deutschen Alpenlande steht nun der Vertrag den Namen „Republik Österreich“ vor und unter diesem Namen sollen, wenn der Friede gezeichnet ist, die deutschen Alpenlande völkerrechtlich Anerkennung finden. Ich glaube, da die schlimmsten Folgen, die aus der Fiktion der Rechtsnachfolge abgeleitet worden sind, beseitigt worden sind, können die deutschen Alpenlande diesen Namen auf sich nehmen. Sie nehmen diesen Namen auf sich, weil er geschichtlich da ist, aber mit dem klaren Vorsatz und Vorbehalt, daß dieser unser Staat ein neues, frei gegründetes freiheitliches Staatswesen ist, das mit den sogenannten österreichischen Traditionen nichts zu tun hat. (Lebhafter Beifall links.) Mit diesem ausdrücklichen Vorbehalt können wir in diese Änderung willigen.

Und nun, hohes Haus, obliegt es den Parteien selbst, auszusprechen, ob sie gewillt sind, unter den skizzierten Bedingungen mich mit der Bezeichnung des Friedensvertrages zu beauftragen. Die Entscheidung ist ernst und verantwortungsvoll. Der Kabinettsrat hat sich seiner Verantwortung nicht entzogen und gibt Ihnen den Rat, zu zeichnen. Wird der Friede gezeichnet, so erwächst uns daraus der unmittelbare Vorteil, daß unser Staat und seine Staatsform völkerrechtlich anerkannt ist, der Vorteil, daß der entsetzlichen Ungewissheit und der moralischen, politischen und wirtschaftlichen Einschließung endlich ein Ende bereitet wird. Wie groß die moralischen und politischen Opfer sein mögen, die der Friedensvertrag mit sich bringt, eines ist gewiß: wir können weder den Krieg wiederaufnehmen, noch können wir auch noch weiterleben in dem Zustande, in dem wir uns befinden. Wir müssen das Kellergewölbe, in das wir gleichsam eingemauert sind, zersprengen, wir brauchen Luft, Licht, freie Bahn nach allen Seiten, wir müssen herauskönnen, wir müssen aber auch die Unseren, die noch in der Fremde schmachten, heimführen! Wenn dieser entsetzungsvolle Krieg wirklich und endgültig abgeschlossen ist, erst dann werden wir zur vollen Selbstbestimmung kommen! Dann wollen wir uns fragen, wie wir uns einrichten, wie wir unsere Verfassung gestalten, wie wir unser Wirtschaftsleben wieder aufbauen. Ich bitte Sie, Männer und Frauen, bringen Sie das Opfer, schließen Sie die Vergangenheit ab und öffnen Sie uns den Weg in die Zukunft! (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Ich bitte den Herrn Abgeordneten Hauser, den Bericht des Haupthausschusses zu erstatte.

Abgeordneter Hauser: Hohes Haus! Hohe Nationalversammlung! Im Leben eines jeden einzelnen Menschen, im Leben einer jeden Familie, in der Geschichte eines großen Reiches gibt es verschiedene trübe, schwere Tage und schwere Stunden. Ein so schwerer Tag und eine schwere, trübe Stunde sondergleichen ist heute für uns gekommen. Wenn ein Mensch über einen anderen ein Todesurteil fällt und wenn er zu diesem Todesurteil die Unterschrift hinzufügen soll, so kommt es ihm schwer an. Aber, hohes Haus, ich glaube, noch viel schwerer, noch viel entsetzlicher ist es, wenn man sein eigenes Todesurteil unterschreiben muß (Sehr richtig!) und in dieser traurigen Lage, in dieser Situation, in dieser trüben Stunde sind wir, daß wir durch die Verhältnisse gezwungen sind, unser eigenes Todesurteil zu unterschreiben.

Die erste Nachricht, welche unsere Friedensdelegation über die Friedensbedingungen der Entente gebracht hat, war für uns wie ein betäubender Schlag, aber in diesem Zeitpunkte hatten wir noch eine Hoffnung; wir hatten noch die Hoffnung, daß es vielleicht doch der Geschicklichkeit, der Klugheit, dem Fleiße unserer Delegation und dem Rechte, das auf unserer Seite ist, gelingen wird, diese schweren Bedingungen wenigstens in den wesentlichsten Punkten zu mildern und abzuändern. Heute haben wir das Resultat der Bemühungen unserer Friedensdelegation vor uns. Unser hochverehrter Herr Staatskanzler, welcher die Friedensdelegation geführt und, wie das ganze hohe Haus anerkennen wird, dort Großartiges geleistet hat, (Lebhafter Beifall,) kann heute selbst nur eines sagen: das, was er zurückbringt, ist noch immer ungeheuerlich und über all das, was er zurückbringt, geht der Schrei des Entsetzens auf unserer Seite: Uns geschieht Unrecht! Und das Instrument, es ist zwar, wie er sagt, in einigen Punkten geändert, aber es ist noch immer geeignet, uns zu erwürgen und umzubringen.

Wir haben bei der Entente die Gerechtigkeit, die Einsicht, die Vernunft, die Zivilisation und die Kultur angerufen, die Entente hat uns aber leider keinerlei Gerechtigkeit widerfahren lassen. Was heute noch an Hartem, an Ungerechtem, an Gewalttätigem in diesem Frieden übrig bleibt, ist in der Geschichte der Völker unerhört, ist für ein kleines Staatswesen, wie wir es sind, unerträglich, und ich sage es offen, es ist auch von uns nicht zu verlangen und wir müssen befürchten, daß wir nicht in der Lage sein werden, auch wenn wir unterschreiben, all das zu halten, was wir unterschreiben. Nicht allein, daß uns alles verwehrt ist, was uns eine Hilfe bieten könnte, es wird uns auch noch das Wenige genommen, das wir besessen haben. Es wird uns besonders das genommen, was uns wenigstens in moralischer Beziehung einige Erleichterung hätte bieten können. Meine verehrten Herren! Eines der

unreigensten Rechte eines Menschen ist, daß er, wenn er von jemandem verfolgt wird, wenn er im Unglück ist, irgendwo eine Zuflucht sucht und auch eine Zuflucht findet. Und wo anders soll er Zuflucht suchen und Zuflucht finden als bei seiner eigenen Familie? (Ruf: Bei der Mutter Germania!) Uns wird die Zuflucht zu unserer Mutternation, zur Mutter Germania verweigert. Die Lasten, die wir zu tragen haben, sind groß. Wenn wir sie auf viele Schultern verteilen könnten, es wäre für uns eine Erleichterung. Aber diese Erleichterung, sie wird uns verwehrt, weil wir uns an unsere Brüder in Deutschland nicht anschließen dürfen. Wir wissen ganz genau und wir geben uns keiner Täuschung hin: auch in Deutschland würde uns kein Paradies winken, auch dort sind Schwierigkeiten über Schwierigkeiten. Aber, verehrte Herren, geteiltes Leid ist halbes Leid, und wenn eine Familie zusammenhält, und wenn sie beisaumen ist, dann kann sie auch das Schwerste ertragen.

Es mag ja sein und wir hoffen es, daß der Völkerbund auch in dieser Beziehung eine Wandlung schaffen wird. Ich weiß es, in unserem Volke lebt die Überzeugung, daß wir allein nicht existieren können und daß uns nur der Anschluß an unsere Brüder in Deutschland retten kann. (Lebhafter Beifall.) Wir sind geknebelt und gefesselt in unseren Entschließungen, aber das ist der Entente noch nicht genug: wir werden auch noch verstümmelt. Der sehr verehrte Herr Staatskanzler hat bereits dargelegt, wie drei und eine halbe Million unserer deutschen Brüder von uns einfach herzlos weggerissen werden, gegen jedes Recht, gegen jede Geschichte und gegen jedes Herkommen. Ich bin der Überzeugung, daß auch in dieser Beziehung das Wort wahr ist: Was Gott verbunden hat, das soll der Mensch nicht trennen. Und was verbunden ist durch die Liebe und durch das Blut und durch die gleiche Sprache und durch die gleiche Geschichte, das kann kein Mensch trennen, ohne daß er sich an der ganzen Menschheit und an der Menschlichkeit veründigt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Unser kleines Staatswesen wird in Zukunft ein Krüppel sein. Wir sind zerissen und diese vielen unglücklichen Leute, welche jetzt noch als eine traurige Erinnerung an den furchtbaren Krieg durch die Straßen schleichen, sie werden ein Symbol unserer armen Republik sein. Wenn auch einzelne Glieder von uns weggerissen sind, eines hoffe ich zu Gott, wie es ja auch der Herr Staatskanzler ausgesprochen hat: daß das Herz intakt und aufrecht bleibt, daß die Seelen nicht gebeugt werden können und daß das Band, das da gewoben ist aus Blut und Liebe, von keinem Menschen zerschnitten werden kann, ohne daß es sich in Zukunft rächt, und daß wir diejenigen, welche von uns geschieden werden, in

Ewigkeit als unsere Brüder betrachten und uns von ihnen nicht trennen lassen. (Beifall und Händeklatschen.)

Ein Lichtblick ist Deutschwestungarn. Nicht alles, was uns von Deutschwestungarn gebührt hätte und was durch seine Sprache und Nationalität zu uns gehören würde, haben wir, wie es die Gerechtigkeit verlangt, bekommen; aber wenigstens einen Teil. Verehrte Anwesende! Wir begrüßen die deutschen Brüder von Westungarn vom ganzen Herzen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Gerne hätten wir ihnen etwas mehr geboten, als wir ihnen bieten können, wir sind arme Leute, wir sind nicht in Glanz und Größe. Aber ein Herz voll Liebe bringen wir ihnen entgegen und das Wenige, was wir an Selbstregierung und an Selbständigkeit haben werden, wollen wir mit ihnen gerne und mit Freuden brüderlich teilen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Zu dem nationalen Unglück kommt das wirtschaftliche. Wir sind durch den Friedensvertrag zu Bettlern gemacht. Wir waren nie reich, Österreich hat nie als reiches Land gegolten; aber dasjenige, was wir besaßen, war auskömmlich. Wir waren nie prunkvoll, wir waren immer einfache Leute; aber ich möchte sagen, wir waren doch anständig und gut gekleidet. Aber jetzt ist unser Haus niedergebrannt, unser Hab und Gut ist dahin und wir werden von der Entente in die Armenversorgung genommen. So stehen wir jetzt da. Und wie wird es uns mit der Fürsorge der Entente gehen?

Nicht genug, daß man uns das Wenige weg nimmt, man belastet uns auch noch. Haben Sie schon einmal gehört, daß man einem Bettler Steuern auferlegt, haben Sie schon einmal gehört, daß man von einem Volke erhofft, es werden sich von ihm Milliarden herauspressen lassen? Wir sind arm und wir sollen der Entente im Wege der Wiedergutmachung Milliarden zahlen. Gewiß, der Fleiß, die Genügsamkeit und rastlose Tätigkeit der Alpenländer sind sprichwörtlich. Wir werden es an Arbeit und Tätigkeit auch in Zukunft nicht fehlen lassen. Aber, hohes Haus, ich weiß es nicht und ich glaube es nicht, daß wir dasjenige werden leisten können, was die Entente von uns fordert und von uns verlangt.

Nachdem ich nun die Situation, in die wir durch den Frieden versetzt werden, kurz, sehr kurz gezeichnet habe, frage ich mich: Und dieses Instrument sollen wir unterschreiben? Das Gefühl der Gerechtigkeit baut sich dagegen auf, unser ganzes Wesen entsetzt sich davor, denn es geschieht uns ja, wie der Herr Staatskanzler gesagt hat, Unrecht. Und wenn jemandem Unrecht geschieht, so läßt sich das auf die Dauer nicht ertragen. Die Entscheidung ist schwer, die Lage für uns ist entsetzlich und dennoch, hohes Haus, muß ich mich fragen: Haben wir denn überhaupt die Möglichkeit der Entscheidung?

Haben wir denn die Wahl? Können wir denn in dem heutigen Augenblick tun, was wir wollen, können wir sagen, wir unterschreiben eventuell nicht? Können wir das verantworten? Ganz Deutschösterreich hat die schwersten Ernährungskrisen durchgemacht und es ist merkwürdig, daß wir, weil sich die Ernte um drei bis vier Wochen verspätet hat, gerade jetzt, zur Zeit der Ernte, in einzelnen Ländern Ernährungskrisen haben, wie sie während des ganzen Krieges nicht ärger gewesen sind. Wenn wir nicht von anderer Seite Zufluss und Hilfe erhalten, dann werden vielleicht Tausende unseres Volkes verhungern. Können wir sie verhungern lassen, können wir auf die Hilfe von auswärts verzichten? Nein. Wir können das nicht und weil wir das nicht können, brauchen wir die Entente, und weil wir die Entente brauchen, müssen wir unterschreiben.

Unsere Lage ist entsetzlich. Unsere einzige Hoffnung ist, daß wir durch Arbeit und Fleiß und Ausdauer aus dieser traurigen Lage wieder herauskommen, daß wir den kranken Organismus von innen heraus wieder gesund machen, daß wir dann auch an der Wohltat dieses Organismus teilnehmen, indem ein gesunder Organismus schließlich und endlich die schwersten Wunden mit einer Schnelligkeit heilt, die man nicht vorausgesehen hat, und daß für uns vielleicht auch die Wohltat des Vergessens eintritt, da merkwürdigerweise der Mensch die traurigsten Zeiten und die schwersten Leiden, die er durchgemacht hat, schnell wieder vergisst.

Aber, meine verehrten Herren, wenn wir arbeiten wollen, dann brauchen wir Kohle, dann brauchen wir Rohstoffe, dann brauchen wir Kredit. Das können wir ohne Entente nicht haben und, weil wir die Entente brauchen, um Kohle, Rohstoffe und Kredit zu bekommen, müssen wir unterschreiben.

Wie der sehr verehrte Herr Kanzler bereits ausgeführt hat, befinden wir uns in einem Keller. Wir sind eingesperrt, wir sind isoliert, wir können uns politisch nicht rühren, wir haben nirgends die Möglichkeit eines Anschlusses oder einer Ansprache. Wenn wir aus diesem Keller heraus wollen, müssen wir uns an die feindlichen Mächte wenden und die feindlichen Mächte sind die Entente. Wenn wir mit ihnen reden wollen, müssen wir unterschreiben, es bleibt uns nichts anderes übrig.

Aber noch etwas, daß ich das ja nicht vergesse! In unserem Sitzungssaal herein tönen heute die herzerreißenden Klagen von Tausenden von Familien, von Müttern, Vätern, die ihre Kinder schon jahrelang in der Gefangenschaft haben. (Zustimmung.) Manche von unseren Brüdern sind jetzt schon fünf Jahre in der Gefangenschaft. Hohes Haus! Fünf Jahre heimwehkrank in einem fremden Lande,

in Elend und Ungemach, es ist unerträglich! Und diese rufen uns an und flehen zu uns, daß wir ihnen doch helfen möchten, daß sie nach Hause kommen können. Die Gefangenen, sie werden nicht zurückkehren können, wenn es die Entente nicht gestattet, und die Entente wird es nicht gestatten, wenn wir nicht unterschreiben. (Zustimmung.) Ich möchte es nicht auf mich nehmen, daß einer von diesen Gefangenen auch nur eine Viertelstunde länger durch meinen Eigenmann in der Fremde schmachtet. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

So komme ich zum Schlusse. Es bleibt uns nichts anderes übrig, wir müssen der Gewalt weichen, wir müssen den Verhältnissen Rechnung tragen, wir müssen anerkennen, daß wir schwach sind und daß wir uns nicht helfen können. Wir werden unterschreiben, wenn sich auch unsere Hand sträubt gegen die Feder, die uns mit Gewalt, mit brutaler Gewalt von der Entente in die Hand gedrückt wird. Wir werden die ganze Welt zum Zeugen anrufen und unseren flammenden Protest hinausschreien durch alle Lande: Uns geschieht Unrecht! Wir sind unterdrückt, wir können uns nicht helfen!

In diesem Sinne, hohes Haus, hat sich gestern nach langer Beratung und nach Anhörung des Berichtes unseres hochverehrten Herrn Staatskanzlers der Hauptausschuß geeinigt, Ihnen einen Beslußantrag vorzulegen, den ich dann verlesen werde. Bevor ich das tue, glaube ich aber, im Sinne des ganzen hohen Hauses zu handeln, wenn ich dem Herrn Staatskanzler, seinen Begleitern, Herrn Professor Gürtler und Herrn Professor Schönbauer und allen anderen Mitarbeitern bei der Delegation unseres herzlichsten Dank ausspreche. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Es ist wahr, der Herr Staatskanzler hat es in seiner sprichwörtlichen Bescheidenheit selbst ausgesprochen, es hat sich nicht sehr viel erreichen lassen. Aber die Schuld unserer Delegation ist das nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist nicht leicht, mit einem schwerhörigen Menschen zu verkehren, noch schwerer ist es, mit einem Taubstummen sich zu verständigen, aber am allerschwersten, jemandem beizukommen, der einen gar nicht einmal anhört. Und das war eben die Lage unserer Delegation. Die hohe Entente und der hohe Fünferrat haben es mit ihrer Würde nicht vereinbar gefunden, auch mit unseren Delegierten zu sprechen und ihnen eine Aussprache zu gewähren. Wäre eine mündliche Aussprache möglich gewesen, hätte man ihnen sagen können, wie es bei uns steht, wie wir vergewaltigt sind und wie uns Unrecht geschieht, ich bin der vollsten Überzeugung, es wäre unserer Delegation gelungen, noch mehr zu erreichen. Aber auch das, was sie erreicht hat, ist dankenswert und ich spreche ihr unseren Dank aus. (Lebhafter Beifall.)

Gestalten Sie nun, hohes Haus, daß ich Ihnen den Beslußantrag des Hauptausschusses vorlese (liest):

„Die Nationalversammlung der Republik Deutschösterreich nimmt den Bericht des Staatskanzlers über den Verlauf und die Ergebnisse der Verhandlungen von St. Germain zur Kenntnis.

Die Nationalversammlung erhebt vor aller Welt feierlich ihren Protest dagegen, daß der Friedensvertrag von St. Germain unter dem Vorwande, die Unabhängigkeit Deutschösterreichs zu schützen, dem deutschösterreichischen Volke sein Selbstbestimmungsrecht nimmt, ihm die Erfüllung seines Herzenswunsches, seine wirtschaftliche, kulturelle und politische Lebensnotwendigkeit, die Vereinigung Deutschösterreichs mit dem deutschen Mutterlande, verweigert. Die Nationalversammlung spricht die Hoffnung aus, daß sobald der Friede den Geist nationaler Gehässigkeit und Feindseligkeit, den der Krieg hervorgerufen hat, überwunden haben wird, der Völkerbund auch dem deutschen Volke das Recht auf Einheit und Freiheit der Nation, das er allen anderen Völkern gewährt, nicht dauernd verweigern werde.

In schmerzlicher Enttäuschung legt sie Verwahrung ein gegen den leider unwiderstehlichen Besluß der alliierten und assoziierten Mächte, dreieinhalb Millionen Sudetendeutsche von den Alpendeutschen, mit denen sie seit Jahrhunderten eine politische und wirtschaftliche Gemeinschaft bilden, gewaltsam loszuziehen, ihrer nationalen Freiheit zu berauben und unter die Fremdherrschaft eines Volkes zu stellen, das sich in demselben Friedensvertrag als ihr Feind bekennt.

Ohne alle Macht, dieses Unheil abzuwenden und Europa die unvermeidlichen Wirren zu ersparen, die aus dieser Versündigung an dem heiligsten Rechte einer Nation erwachsen müssen, legt die deutschösterreichische Nationalversammlung die geschichtliche Verantwortung für diesen Ratschluß auf das Gewissen jener Mächte, die ihn trotz unserer ernstesten Warnungen vollziehen.

Die Nationalversammlung weiß sich eins mit allen Bürgern dieses Landes und spricht aus ihrer aller Herzen, wenn sie über die Abtrennung der Deutschen Südtirols von ihrem einheitlichen Heimatland Tirol, von den übrigen deutschen Alpenländern und damit von ihrer Nation vor der gesamten Kulturlwelt Klage und Protest erhebt. Sie weist angefichts ihres Vorschlages, das Land militärisch zu neutralisieren, den zur Erklärung der Annexion angeführten Scheingrund einer nötigen militärischen Grenzsicherung zurück, den übrigens auch die Wehr- und Machtlosigkeit unseres verstümmelten Staatsgebietes als haltlos erscheinen läßt.

Die Nationalversammlung erwartet, daß der Völkerbund das unfaßbare Unrecht, das an den Sudetendeutschen, an Deutschsüdtirol sowie an wichtigen Teilen Kärtents, Steiermarks und Niederösterreichs verübt werden soll, ehebaldigst wieder gutmachen wird. Die abgetrennten Volksgenossen im Norden und Süden geleitet in ihre kampfreiche Zukunft der heißeste Segenswunsch der deutschösterreichischen Nationalversammlung! So innig, wie die natürliche Gemeinschaft des Blutes und der Sprache, welche den Wechsel der Staatsformen überdauert, wird uns mit ihnen jene tiefe Sympathie dauernd verbinden, die aus den Jahrhunderten gemeinsamer Geschichte und gleicher Schicksale erwachsen ist.

Mit Befriedigung nimmt die Nationalversammlung zur Kenntnis, daß die alliierten und assoziierten Mächte den ethnischen und ökonomischen Tatsachen in Deutschwestungarn Rechnung getragen und den Anspruch dieser Gebiete auf Vereinigung mit den deutschen Alpenländern anerkannt haben. Sie begrüßt die Volksgenossen Deutschwestungarns und beauftragt die Staatsregierung, sofort alle Vorkehrungen zu treffen, um den Deutschen Westungarns die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes zu sichern, dem Lande durch allgemeine, gleiche Verhältniswahlen eine geordnete Vertretung zu schaffen, es mit allen Rechten der Selbstregierung zu beließen und ihm die Mitregierung in den gemeinsamen Angelegenheiten zu ermöglichen.

Die Nationalversammlung entnimmt der Antwort der alliierten und assoziierten Mächte auf die vorgeschlagenen finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen die Zufiicherung, daß sie willens seien, unserer außerordentlichen Bedrängnis Rechnung zu tragen und uns die notdürftigste Existenz zu sichern. Bereit, das Mögliche zu leisten, um die Vergangenheit abzuschließen und sich eine neue Zukunft unter den Völkern zu eröffnen, hält die Nationalversammlung einen großen Teil der wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen für un durchführbar und befürchtet, daß unser Volk sie einfach nicht ertragen kann.

Dennoch bleibt ihr keine Wahl: Land und Volk brauchen den endlichen Frieden, der ihnen die Welt moralisch und wirtschaftlich wieder öffnet und den Massen unseres Volkes dahheim und in der Fremde wieder Arbeit schaffen kann; sie brauchen den Frieden, der die Kriegsgefangenen endlich den Ihrigen wiedergeben wird; sie brauchen den Frieden, der die völkerrechtliche Anerkennung des Staates bewirken und ihm den ruhigen Ausbau seiner Verfassung und die Wiederherstellung seiner Volkswirtschaft möglich machen soll.

Es bleibt ihr auch deshalb keine Wahl, weil unser Land in der Versorgung mit Nahrungs mitteln, Kohlen und industriellen Rohstoffen wie in

der Wiederherstellung seines Kredits und seiner Währung von den Großmächten abhängt.

Dieser Zwangslage muß die Nationalversammlung leider Rechnung tragen, obschon sie den Frieden von St. Germain für national ungerecht, politisch verhängnisvoll und wirtschaftlich undurchführbar hält. Politisch und national muß sie die Verantwortung den Mächten überlassen, wirtschaftlich muß sie abwarten, welche Pläne die Mächte für die Durchführung der wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen haben. Sie erwartet, daß die in der Antwort gegebenen Zusicherungen von den Mächten erfüllt werden, sie sieht in dem Völkerbund jene Instanz, die berufen sein wird, auch unserer Republik ihr Recht wiederzugeben und dauernd zu sichern, und beauftragt den Kanzler, den Friedensvertrag zu zeichnen."

Ich bitte das hohe Haus, diesen Beschuß anzunehmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Ich eröffne über den Antrag des Hauptausschusses, betreffend den Bericht des Staatskanzlers, die Debatte. Zum Worte vorgemerkt sind: Kontra die Abgeordneten Dr. Dinghofer, Dr. Reutt-Nicolussi, Skaret, Muchitsch, Richter, Forstner, Dr. Adler, Hueber, Schiegl, Dr. Danneberg, Dr. Butte, Dr. Schönbauer, Kittinger, Dr. Urssin, Dr. Gimpl, Mayer Josef, Eisenhut, Fischer, Dr. Molinari, Paulitsch; pro die Abgeordneten Leuthner, Kunischak, Frau Dr. Burjan, Schönsteiner, Födermahr, Dr. Seipel, Dr. Aigner, Dr. Goldmund, Heinal, Meißner, Hermann, Pich, Dr. Ellenbogen, Polke, Höglz.

Ich erteile dem ersten Kontrahendner, Herrn Abgeordneten Dr. Dinghofer, das Wort.

Abgeordneter Dr. Dinghofer: Hohes Haus! Hunderttausende, vielleicht Millionen Menschen, insbesondere unter uns Deutschen, die wir ja immer dem Idealismus mehr zuneigen, übrigens Menschen, die nicht zu den schlechtesten gehören, hatten die frohe Hoffnung, daß dieser unselige Krieg mit all seinen furchtbaren Erscheinungen der letzte sei, hatten die Hoffnung, daß der Völkerhaß für immer getilgt sein werde. Welche Saat sehen wir nun auffeilen? Habguth allüberall hat die meisten Menschen ergriffen, Habguth hat auch die Völker ergriffen und dazu unersättlicher und unüberwindlicher Haß. Aus diesem Gefühl wurde der Friede diktiert, welcher uns heute vorliegt, Haß gegen alles, was deutsch denkt und fühlt, was deutsch ist, ganz gleich ob innerhalb der schwarz-rot-goldenen Pfähle Reichsdeutschlands oder außerhalb derselben. Manche, speziell hier in Wien, hatten die Hoffnung, daß

Frankreich uns ein wohlwollender Gönner und Freund sein werde. Auch diese Hoffnung hat bitter enttäuscht. Die Franzosen starren noch heute angstfüllt hinüber über die Vogesen und es ist uns allen bekannt, daß auch nicht einmal Frankreich gegen die übermäßigen Wünsche und Forderungen unserer feindlichen Nachbarn sich für uns eingesetzt hätte.

Aber, meine sehr geehrten Herren, diese brutale Gewalt, welche an uns ausgeübt wird, auch die wird sich rächen, denn das Wort, welches Kramár am 12. Dezember 1913 in einer Delegationsrede gesprochen hat und das dahin ging, daß jede Politik der Gewalt und Unterdrückung sich am Ende rächt, wird Wahrheit werden, Wahrheit in vielleicht nicht allzuferner Zeit.

Und wenn wir an die großen Versprechungen zurückdenken, an die Reden, die der amerikanische Präsident gehalten hat und denen vielfach, besonders in unseren deutschen Kreisen leider geglaubt wurde, so kommen uns diese Worte heute, wo uns das Produkt dieses Friedensvertrages vorliegt, wie ein Hohn, wie eine Ver spitzung vor. „Dem deutschen Volke gegenüber hegen wir kein anderes Gefühl als das der Sympathie und Freundschaft, wir sind froh, für die Befreiung der Völker einschließlich des deutschen Volkes zu kämpfen. Wenn der Sieg gewiß ist, können wir uns erlauben, großmütig zu sein. Die Zeiten der Eroberung und Ausbeutung sind vorbei.“ Das sind seine Worte. Und wenn Sie diesen Worten heute die Tatsachen gegenüberstellen, so werden Sie gerade das Gegenteil finden. Von einer Großmut ist keine Rede. Ein armes, zermürbtes, zermartertes Volk wird für Generationen gänzlich zugrunde gerichtet, sein Schicksal ist heute unabsehbar. Nicht einmal den einfachsten Grundsatz, die erste Forderung, die überall in der Welt gilt, nämlich die Öffentlichkeit der Verhandlungen, konnte der Heiland aus dem Westen durchsetzen. Es war ja eine beschlossene Sache, daß der Friede nicht ein Friede der Gerechtigkeit, nicht ein Friede der Willigkeit sein dürfe, sondern daß er ein Nachfrieden werden muß. Und ein derartiges Friedensdiktat kann doch nur hinter verschloßenen Türen gefunden werden, ein derartiger Friede kann nur unter der strengsten Knebelung der Presse und unter dem Schutze vor der Öffentlichkeit zustande gebracht werden.

Der Friede nennt sich einen Friedensvertrag. Auch das ist ein Hohn. Zu einem Vertrag gehört die Willensübereinstimmung der Vertragschließenden. Von einer Willensübereinstimmung kann aber wohl gar keine Rede sein; es ist das Produkt, es ist der Ausdruck einseitigen Willens haßerfüllter Gegner.

Eigentlich ist der Friede nichts anderes als eine verschlechterte Ausgabe des deutschen Friedensvertrages. Die Oberflächlichkeit, die Geringsschätzigkeit, mit der wir in dieser Richtung von Seiten

unserer Gegner behandelt wurden und werden, geht beweiskräftig daraus hervor, daß in den ersten Vorlagen, die uns überreicht wurden, an manchen Stellen nicht einmal der Name „Deutschland“ ausgestrichen und dafür „Österreich“ gesetzt worden war.

Bezeichnend für den Geist des ganzen Vertrages, für den Haß, mit dem diese Grundsätze niedergelegt worden sind, ist, daß sogar das Herrschmliche, was in jedem Friedensvertrage, wenigstens seit die kulturelle Welt besteht, überall war, fehlt, daß es nämlich in der Einleitung nicht heißt: „Mit der Unterzeichnung, beziehungsweise mit der Ratifikation dieses Friedens herrscht wieder Friede und Freundschaft“. Es wird in der Einleitung lediglich festgestellt, daß mit der Unterzeichnung, beziehungsweise mit der Abschließung dieses Vertrages nur der Kriegszustand beendet sei.

Von Freundschaft ist keine Rede, und wir finden es auch vollkommen begreiflich. Die Herren von der Entente mögen sich wohl selbst gesagt haben, daß bei einem derartigen Frieden, welcher uns wirtschaftlich, sozial und finanziell vollständig knechtet, welcher uns die Unabhängigkeit auf dem Papier verheißt und in den realen Bedingungen in Wirklichkeit wegnimmt, daß bei einem derartigen Frieden nicht noch die Freundschaft und die Liebe eines solchen Volkes verlangt werden kann.

Wenn wir uns den Friedensvertrag in seinen Grundzügen vor Augen führen, so sehen wir vor allem, daß derselbe auf zwei Rechtsfiktionen aufgebaut ist.

Die eine Rechtsfiktion geht dahin, daß wir, wir Deutschösterreicher, uns zwar ausgerechnet die sechs Millionen Deutschen, welche in Deutschösterreich sich befinden, den Krieg verschuldet haben. Die zweite Rechtsfiktion geht dahin, daß wir die alleinigen Rechtsnachfolger des alten Österreich, beziehungsweise, wie der offizielle Titel geheißen hat, der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder sind.

Aus der ersten Rechtsfiktion, daß wir allein die Schuld am Kriege tragen, wird dann der Friede aufgebaut in der Richtung, daß wir für sämtliche Schäden, welche durch diesen Krieg entstanden sind, auch zu haften haben, selbstverständlich soweit diese Schäden in Beziehung mit dem alten Österreich gebracht werden können. Diese Einschränkung muß ich deshalb erwähnen, weil als Hauptschuldner in dem Friedensvertrag nach wie vor Deutschland festgelegt ist, Deutschland offenbar deshalb, weil dieses der zahlungskräftigste Gegner ist.

Nun die Schuld am Kriege. Wir Deutschösterreicher sollen Schuld am Kriege sein. Meine sehr geehrten Frauen und Herren, erinnern wir uns doch einige Jahre zurück: Wer ist denn damals

an der Spitze der Regierung gestanden? Wer waren die verantwortlichen Faktoren, welche dem Kaiser zur Kriegserklärung geraten haben? Waren es Deutsche? Es käme da nur ein Name in Frage, nämlich der damalige Ministerpräsident Graf Stürgkh. Nun, ich glaube, daß Graf Stürgkh nicht den Einfluß besessen hat, den zum Beispiel der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza damals ihm gegenüber besessen hat. Und wenn wir uns an den Leiter des Ministeriums des Äußern erinnern, so finden wir, daß auch da wieder ein Ungar an der verantwortlichen Stelle gestanden ist. Wenn wir uns ferner an den Reichsfinanzminister erinnern, der damals zweifellos auch eine bedeutende Rolle gespielt hat, so finden wir, daß es ein Pole war und daß wir ja bekanntermassen eigentlich auch für Polen in den Krieg gezogen sind, für Polen, daß es nun rechtzeitig verstanden hat, ein Doppelgesicht zu zeigen und sich auf die Seite zu schlagen, wo ihm das Schicksal ein besseres Los bietet und bieten wird. Ganz ähnlich haben es ja auch die Tschechen und Südlawen gemacht. Auch sie hatten ihre Vertreter in der Regierung, auch sie haben dieses Doppelspiel gespielt und nun wollen sie die Früchte dadurch erreichen, daß sie den Verrat, den sie gegenüber dem alten Staate ausgeübt haben, auf der anderen Seite zu bekräftigen trachten. Nun kann man uns zum Vorwurf machen — und ich glaube, dessen brauchen wir Deutschen uns nicht zu schämen — daß, als des Schicksals Würfel gefallen waren, wir Deutsche in Österreich unsere Pflicht gegenüber dem Vaterlande erfüllt haben. In dieser Richtung müssen wir aber auch der Wahrheit gemäß Zeugnis ablegen, daß nicht minder große Volksteile der slawischen Nationen, der Tschechen, der Polen, der Ruthenen und der Südlawen ebenfalls an unserer Seite mitgekämpft haben, und es ist daher geradezu ein Wahnsinn, es ist eine Ungerechtigkeit himmelschreiendster Art, daß uns allein, die wir an der unmittelbaren Kriegsursache in keiner Weise mitbeteiligt waren, die Last dieser Schuld allein aufgelegt wird, daß wir nun die Folgen dieser Schuld allein tragen sollen. Ich habe gesagt: an der unmittelbaren Kriegsursache, denn die weiteren Ursachen, meine sehr geehrten Frauen und Herren, sind ja — das wissen wir alle ebenfalls — nicht in Österreich zu suchen, sondern ganz wo anders, bei unseren Feinden draußen. Die weitere Ursache dieses furchtbaren Weltbrandes war der Imperialismus, und ich glaube, uns Deutschen in Österreich kann man keinen Imperialismus vorwerfen. Was hätten wir denn auch gewinnen sollen? Wir hatten ohnehin schon so viele Slawen in diesem Reiche, daß wir Deutsche uns seit fünfzig Jahren auf der Abwehrslinie befunden haben. Wenn wir nun eine Ausdehnungspolitik, sagen wir gegen Osten oder Südosten betrieben hätten, so wäre überall

der eventuelle Gewinn nur eine Vermehrung um Slawen gewesen. Ich erinnere auch daran, daß die deutschen Abgeordneten im Jahre 1878 gegen die Okkupation von Bosnien und der Hercegovina gestimmt haben. Die imperialistische Politik wurde aber seit Jahrzehnten von den großen Mächten England, Frankreich und Russland betrieben. Dort sind die wahren Kriegsursachen zu finden; durch ihre Einkreisungspolitik haben sie den Krieg verursacht.

Wir werden weiter als die alleinigen Rechtsnachfolger der Monarchie bezeichnet. In dieser Richtung ist der Gedanke im Friedensvertrag nicht strikte und nicht gänzlich durchgeführt, offenbar deshalb, weil es immerhin auch Situationen geben kann, wo es für die feindlichen Nachbarstaaten, die sich in dem ehemaligen Österreich befunden haben, ganz günstig erscheinen mag, wenn man doch auch etwas teil hat an den Aktiven, wenn sie auch noch so wenig und noch so gering sind wie die Aktiven, die das alte Österreich-Ungarn übrig gelassen hat.

Freilich, wo es sich um die Schulden handelt, wo es sich um die Passiva handelt, wird der Versuch gemacht, uns allein als Rechtsnachfolger hinzustellen. Wie widersprüchsvoll der Friedensvertrag in dieser Richtung ist, geht daraus hervor, daß wir auf der einen Seite als ein vollkommen neuer Staat bezeichnet werden, also als Rechtsnachfolger allein überhaupt nicht in Frage kommen können, sondern rechtlich genommen nur die Summe der verschiedenen neuen Staaten, die entstanden sind, auf der anderen Seite wieder, wie zum Beispiel im Kapitel der Reparation, von einer geänderten Regierungsform gesprochen wird, also von einer geänderten Regierungsform, für die doch die Voraussetzung nur sein kann, daß wir wieder die Rechtsnachfolger der alten Monarchie sind.

Was die Schuldfrage anbelangt, meine sehr geehrten Frauen und Herren, so meine ich, daß es von außerordentlicher Wichtigkeit ist und die Öffentlichkeit in der ganzen Welt am besten aufgeklärt wird, wenn endlich die Dokumente, die im Staatsante des Äußern liegen, veröffentlicht werden. (Zustimmung.) Es gereicht mir zur besonderen Freude, daß der Haupptausschuß in der gestrigen Sitzung einen derartigen Auftrag an den Staatskanzler beschlossen hat. Ich bin überzeugt, daß diese Veröffentlichung der Dokumente über die Entstehung und die Ursachen des Krieges viel zur Aufklärung beitragen und insbesondere auch das Märchen von der Hegemonie der Deutschen zerstören wird, ein Wort, das allerdings auch unser Staatskanzler in der Völkerbundnote gegenüber der Entente gebraucht hat, wodurch er ihr eine Waffe in die Hand gab, die sie geschickt benutzte. Von einer Hegemonie der Deutschen konnte seit vielen Jahrzehnten nicht mehr die Rede sein. Sie wissen alle,

dß wir uns gegen die Übermacht der Slawen fortwährend im Abwehrkampfe befunden haben, daß wir die Angegriffenen gewesen sind und daß, abgesehen von einem kleinen Bruchteil unser deutsches Volk gerne bereit war, den anderen Nationen in der alten Monarchie eine Selbstverwaltung und diejenigen Rechte zu geben, die sie zu ihrem wirtschaftlichen und politischen Leben brauchen. Ein Beispiel in dieser Richtung war ja Galizien. Erinnern Sie sich daran, wie viele Hunderte und Hunderte von Millionen deutscher Steuergelder nach Galizien geflossen sind! Erinnern Sie sich daran, welche Selbstregierung eigentlich Galizien hatte! Galizien war ein Staat im Staat. Infolgedessen ist es, wie ja der ganze Vertrag, wie wir sehen, zum großen Teile auf Lüge aufgebaut ist, gleichfalls eine Unwahrheit und Unrichtigkeit, wenn von einer Unterdrückung der anderen Nationen in diesem Staat die Rede ist. Von einer Unterdrückung kann keine Rede sein. Alle anderen Nationen waren ja an der Regierung selbst beteiligt und wir wissen, daß Jahrzehnte in diesem Staat gar nicht deutsch, sondern direkt slawisch regiert worden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bitte sich nur an das Regime Taaffe zu erinnern.

Eines der schwersten rechtlichen Bedenken hinsichtlich des Friedensvertrages muß in der Richtung geltend gemacht werden, daß eigentlich die Adresse verfehlt ist. Der Friedensvertrag richtet sich an eine „Republik Österreich“. Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Eine „Republik Österreich“ existiert gar nicht, ein „Österreich“ existierte überhaupt seit Jahrzehnten nicht, mindestens seit dem Jahre 1866 nicht. Der offizielle Titel war „die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“. Wir sind ein vollkommen neuer Staat, wir haben eigentlich mit den früheren Teilstaaten oder mit dem früheren Staat Österreich, wenn man ihn kurz so nennen will, nicht mehr zu tun als die Tschechen, die Südlawen, die Polen, kurz die übrigen Völker, welche sich aus diesem Staat herausgegliedert haben.

Es ist sehr auffallend, daß sich dieser Widerspruch nicht schon zu Beginn der Verhandlungen von St. Germain gezeigt hat. Es mußte sich doch schon beim Austausch der Vollmachten klarstellen lassen, daß die Adresse eine verfehlte ist und es ist juristisch die Frage aufzuwerfen, ob infolgedessen unser Staatskanzler überhaupt berechtigt war, sich auf Verhandlungen einzulassen und einen derartigen Friedensvertrag entgegenzunehmen. Von uns wird niemand einen falsch adressierten Brief annehmen. Vielleicht wäre es überhaupt besser gewesen, wenn wir nicht nach St. Germain gegangen wären und wenn wir an der Anschauung des Staatsrates, welche der Vertreter des Staatsamtes des Äußern Dr. Bauer am 6. November vertreten, die der Staatsrat genehmigt hat und die dahin ging, daß

der Friede nur im Vereine mit Deutschland geschlossen werden darf (*Rufe: Sehr richtig!*), wenn wir an diesem Grundsätze festgehalten hätten. (*Zustimmung.*) Halbheiten rächen sich. Auf der einen Seite haben wir am 12. November 1918 und dann wieder in der jetzigen Nationalversammlung beschlossen, daß wir ein Bestandteil des Deutschen Reiches sind und auf der anderen Seite haben wir unsere Selbständigkeit herausgekehrt und haben nun einen selbständigen Frieden zu erlangen gesucht. Ich gebe zu, daß im November die Situation des Vollzuges des staatsrechtlichen Anschlusses an das Deutsche Reich keine besonders günstige war. Leider war damals Deutschland selbst tief bis ans Herz, tief offenbar deshalb, weil es glaubte, wenn es allein bleibe, einen besseren Frieden erhalten zu können. Wir wissen, daß sich Deutschland in dieser Hinsicht getäuscht hat, daß sich Deutschland in dieser Berechnung geirrt hat. Aber auch wir haben einen Fehler begangen; wir glaubten, daß wir, wenn wir selbständig bleiben, den staatsrechtlichen Anschluß nicht vollziehen und wenn wir insbesondere die Herren Franzosen nicht verschnupfen, dann auch einen besseren Frieden erhalten werden. Was ist das Resultat? Ein Elandfrieden vernichtendster Art, wie man sich denselben grauslicher, beschämender und erbarmungsloser nicht mehr denken kann. (*So ist es!*)

Wenn wir nun die sachlichen Bestimmungen des Friedensvertrages kurz ins Auge fassen, so müssen wir sagen, daß an und für sich gegen die militärischen Bestimmungen eigentlich nichts einzubwenden wäre. Wenn wir auch mit dem System nicht einverstanden sind, indem wir uns natürlich mit einem Söldnerheere nicht befrieden können, so sind wir gewiß mit dem Prinzip der Abrüstung einverstanden, aber nur soll dieses Prinzip nicht einseitig durchgeführt werden, sondern allgemein in der Welt und ich glaube, darüber besteht Einigkeit, daß in Zukunft nicht ein Großteil der Arbeitskraft für militärische Rüstungen verbraucht werden soll, ich glaube, darüber besteht Einigkeit, daß in Zukunft die großen Kapitalien, die großen Summen, die für militärische Rüstungen aufgewendet wurden, besser für unsere Wohlfahrtsanstalten zu verwenden sind, für unsere Entwicklung in sozialer Beziehung, für die Gesundheit unserer Bevölkerung, für das Wohlergehen derselben.

Ganz unannehmbar aber und geradezu vernichtend und ein Hohn auf die Gerechtigkeit, die uns versprochen worden ist, sind die Bestimmungen des Friedensvertrages in territorialer, in wirtschaftlicher, in finanzieller und in verkehrs-politischer Beziehung. Das Selbstbestimmungsrecht sei das Ziel, welches die Großmächte erringen wollen, der Schutz der kleinen Völker, damit sie ihre Selbständigkeit

für alle Zukunft wahren können — so hieß es — und auch Kramer sagte schon am 15. November 1912: Wenn eine Nation besiegt wird, so haben jene Völker, die im Kampfe geschlagen wurden, nur ein Recht: das Recht, daß man ihre Nationalität wahrt. Und erinnern wir uns an Wilson, der in seinen Reden vom Selbstbestimmungsrecht gesagt hat, daß jedes Volk das vollkommene Recht haben soll, die Souveränität zu wählen, unter welcher es leben will; das nationale Sehnen müsse geachtet werden; Selbstbestimmung sei nicht eine bloße Redensart. Sezen Sie diese Worte, die einer der ersten Führer unserer Gegner gesprochen hat, in die Tat um, vergleichen Sie diese Worte, mit den heutigen Zuständen, so kommen Sie wieder zu keinem anderen Schlüsse, als daß es eine Täuschung war, eine Täuschung fürchterlichster Art, die gegen uns und unser armes Volk begangen worden ist. Vom Selbstbestimmungsrecht darf für das deutsche Volk keine Rede sein, das deutsche Volk soll zerschmettert, soll in kleine Teile aufgelöst werden, damit es für alle Zeiten ohnmächtig bleibt. Nicht allein im Norden hat man uns $3\frac{1}{2}$ Millionen Sudetendeutsche entrissen, welche durch Jahrhunderte mit uns auf das engste im politischen, im wirtschaftlichen und im sozialen Leben verknüpft waren, mit deren Vertretern wir hier in diesem Hause einmütig zusammengearbeitet haben, auch im Süden hat man uns die Brüder weggenommen. Ich bedauere nur, daß es heute den Deutschen aus den Sudetenländern nicht möglich ist, auch in diesem Hause das Wort zu ergreifen und mit uns vereint unser Schicksal in öffentlicher Sitzung zu besprechen. Es war ein Fehler, daß die Nationalversammlung die Berufung von Vertretern aus den Sudetenländern unterlassen hat (*sehr richtig!*), obwohl die Wahlordnung der Provisorischen Nationalversammlung die entsprechende Handhabe hierfür geboten hätte. Südtirol hat man uns ebenfalls weggenommen. Südtirol war der Judaslohn für den Verrat der Italiener, Südtirol wurde ihnen im Londoner Vertrage zugesagt. Und ebenso geht es unseren Stammesgenossen in Kärnten, in Steiermark und in Niederösterreich. Nur einen Lichtblick sehen wir: daß ein kleiner Teil der Deutschen in Westungarn uns wieder angeschlossen werden soll. Ein kleiner Teil der Deutschen in Westungarn, welche ja widerrechtlich durch habsburgische Willkürpolitik seinerzeit von uns losgerissen worden sind, werden ihre Heimkehr, zu uns wiederfinden.

Trotzdem sage ich: Wenn auch in territorialer Beziehung der Friede eine Missachtung der einfachsten, natürlichen, ethnographischen, kulturellen und völkerrechtlichen Grundsätzen bedeutet, wenn auch durch ihn uns vier Millionen Stammesbrüder genommen werden, so habe ich die Überzeugung, daß bald wieder die Zeiten kommen werden, wo wir in gemeinsamer Arbeit vereinigt sein werden. (*Heil!*)

Auch in wirtschaftlicher, finanzieller und verkehrspolitischer Beziehung, meine sehr verehrten Frauen und Herren, ist die Annahme des Vertrages ganz unmöglich. Wirtschaftlich bedeutet der Friede, daß wir unmöglich arbeiten können; wir steuern direkt einem Chaos zu. Und die finanziellen Bedingungen bedeuten den fast restlosen Zusammenbruch unseres Kreditsystems von unzähligen Privatwirtschaften, nicht bloß den Zusammenbruch des Staates. Denken Sie nur an die überaus harten Bestimmungen hinsichtlich der Aufteilung der Schulden, denken Sie an die überaus harten Bestimmungen, welche unter den Begriff „Entschädigungen“ fallen, wonach zum Beispiel für die Invaliden, für die Witwen und Waisen die Kosten aufgebracht werden, welche, sagen wir, Serbien erlaufen sind, aber nicht nach dem wirklichen Wert, welchen eventuell Serbien bezahlt oder ausgegeben hat, sondern nach dem höchsten Tarif, den die Entente kennt, nämlich nach dem französischen Tarife, also Aufwendungen erfordern, die gar nicht der Wirklichkeit entsprechen. Man will eben offenbar auf diesem Wege auch für die einzelnen kleinen Staaten eine Entschädigung herauspressen. Wenn wir an unsere finanzielle Lage denken, an unsere wirtschaftliche Lage, so haben wir die Überzeugung, daß wir überhaupt nicht bestehen können, auch ohne diesen Frieden. Wir können nicht existieren, wir erzeugen nur ein Drittel von den Lebensmitteln, welche für den Bedarf der Menschen und der Tiere in diesem Staate notwendig sind; wir produzieren höchstens 6 bis 8 Prozent an Brennwert von Kohle, welche wir für diesen Staat brauchen; wir sind finanziell fertig, unser Kredit schwindet immer mehr und mehr. Und nun kommen diese drückenden Bestimmungen, welche unsere bisherige wirtschaftliche Kraft zur Gänze vernichten, welche unsere Finanzwirtschaft zur Gänze zu Grunde richten. Auch verkehrspolitisch drücken uns die Bestimmungen zu einem Vasallenstaat herab. Es ist geradezu ein Hohn, wenn uns die Unabhängigkeit, die unveräußerliche Unabhängigkeit versprochen worden ist, und anderseits wir den andern gestatten müssen, daß sie hier tun und lassen können, was sie wollen. Die Tschechen können Bahnen führen, sie können unsere Post, unsere Telegraphen benutzen.

Zu all dem soll nun als Kuratelbehörde zu uns die sogenannte Wiedergutmachungskommission kommen. Vielleicht ist sie zum Teile ein Glück für uns, vielleicht ist sie imstande, Ordnung zu machen. Ich bezweifle es aber. Ich habe übrigens schon heute die Überzeugung, daß diese Wiedergutmachungskommission eine sehr arge Enttäuschung erleben wird. Sie wird kaum den Zweck erfüllen können, den sie hat, nämlich aus uns noch Milliarden herauszupressen, sondern sie wird vielleicht höchstens die Aufgabe erfüllen können, daß sie uns Kredite, Rohstoffe verschafft, daß sie uns zu einem wirt-

schaftlichen Leben bringt und es uns ermöglicht. Ich bezweifle, ob diese Wiedergutmachungskommission auch nur die Kosten der Zwangsverwaltung aufbringen wird. Sie wird ein Heer von Angestellten brauchen und diese Angestellten muß sie — natürlich in ausländischer Valuta — gut bezahlen. Wer unsere valutarischen Verhältnisse kennt, wird wissen, welche Ausgaben das erfordert. Ich habe dazu die Empfindung, daß diese Arbeiten der Wiedergutmachungskommission, so sehr wir sie mit Rücksicht auf unsere traurige Lage begrüßen müssen, schließlich doch nicht die Erwartungen erfüllen werden, die vielfach in unseren Kreisen, besonders aber in der wirtschaftlichen und finanziellen Welt an sie geknüpft werden. Man muß sich doch darüber klar sein: mag der Wirkungskreis der Wiedergutmachungskommission noch so weit gehen, die Bestimmungen des Friedensvertrages an und für sich wird sie nicht abändern können. Sie wird versuchen, die Bestimmungen des Friedensvertrages durchzuführen — die Tschechen werden sich aber nichts abhandeln lassen, auch die Südslawen nicht, kurz und gut, in dieser Beziehung werden die Hoffnungen, die in dieser Richtung bestehen, getrübt werden.

Gestatten Sie mir noch, auf einen Punkt hinzuweisen, welcher heute hier noch nicht erwähnt worden ist und auch in der Öffentlichkeit meines Wissens nicht beziehungsweise nur sehr flüchtig erwähnt wurde. Ich habe zum Ausdruck gebracht, daß wir territorial, finanziell und wirtschaftlich erwürgt werden, daß wir unter Kuratel gestellt werden. Es geht noch weiter: man will uns auch noch die Ehre, das bisschen Würde, das wir haben, nehmen. Sehen Sie von der persönlichen Frage ab — es ist eine Schande und Schmach für einen Staat, wenn er seine eigenen Staatsbürger an eine fremde Justiz ausliefert. Auch in dieser Richtung besteht eine Bestimmung gleich der des Deutschen Reiches.

Wenn nun diese Friedensbedingungen, wie sie heute vor uns liegen, für Deutschösterreich den politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Untergang bedeuten, wenn diese Friedensbedingungen zweifellos soziale Erschütterungen bedeutendster Art hervorrufen werden, ja wenn sie vielleicht sogar gewisse Strömungen in den verschiedenen Ländern draufziehen, welche nicht klein sind, vermehren, ja sogar den Zerfall dieses kleinen Staates in weitere Teile herbeiführen werden, dann, meine sehr verehrten Frauen und Herren, sollen wir trotz dieser Verhältnisse unsere Zustimmung zur Unterzeichnung eines derartigen Friedens geben?

Ja, sagen Sie darauf, wir sind wehrlos, wir haben ja keine Macht, wir müssen Hungers sterben, unsere Kriegsgefangenen, haben wir gehört, kommen nicht nach Hause. Gewiß sind das Punkte, die bei

der verzweifelten Lage, in der wir uns jetzt befinden, ganz gewiß in sehr bedeutendem Maße in Erwägung gezogen werden müssen. Aber man muß die Waagschale gegenseitig halten. Wir sind wehrlos. Wenn die Entente will, braucht sie gar nicht weit zu marschieren. Wir haben zu wenig Lebensmittel. Aber glauben Sie wirklich, daß man ein Sechsmillionenvolk verhungern lassen kann? Glauben Sie wirklich, daß die Entente es auf ihr Gewissen wird nehmen können, wo Frankreich, England und Amerika angeblich an der Spitze der Zivilisation marschieren, für die kleinen Völker gekämpft und in diesem Kampfe ihre geschichtliche Mission gesehen haben? Glauben Sie wirklich, daß mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages die Kriegsgefangenen sobald nach Hause kommen werden? Glauben Sie, daß der Abschluß des Friedens einen wesentlichen Einfluß auf die baldige Rückkehr der Kriegsgefangenen aus Sibirien haben wird? Wir haben nur die Überzeugung, daß die Kriegsgefangenen aus Italien möglichst rasch kommen werden, sie kommen jetzt schon. Ich gebe zu, daß das Los der Kriegsgefangenen ungeheuer traurig ist, und ich bedaure, daß insbesondere den Kriegsgefangenen in Albanien, wo die schrecklichsten Zustände herrschen sollen, bisher nicht eine bessere Hilfe geleistet worden ist.

Wenn nun die Verhältnisse so stehen, daß wir auf der einen Seite vollkommen machtlos sind, auf der anderen Seite aber das Todesurteil entgegennehmen, müssen wir nicht dann das Äußerste daran setzen, dieses Schicksal abzuwenden? Und haben wir dieses Äußerste bereits angewendet? Wenn ich diese Frage zu beantworten suche, so komme ich zu einem Nein. Was uns heute vorgelegt wurde, ist noch nicht das Ultimatum der Entente, es ist eine Erwiderung auf die Antworten, die unser Staatskanzler, die unsere Delegation nach Paris gegeben hat. Es ist zwar richtig, daß es in der Mantelnote heißt, die Änderungen, die jetzt an dem Friedensvertrage vorgenommen worden sind, sind endgültig. Ich mache aber aufmerksam, daß das auch anlässlich des Friedensvertrages vom 20. Juli behauptet wurde, und es erscheint mir daher notwendig, daß wir, bevor wir uns zu dem Opfer der Unterzeichnung entschließen, nicht ruhen und nicht rasten, sondern unseren letzten Blutstropfen hergeben, wie Präsident Hauser am 7. Juni in diesem Hause gesagt hat, und das Äußerste versuchen, um dieses unheilvolle Elend abzuwenden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß wir als Minorität ein leichtes Spiel haben, daß wir uns der Verantwortung entkleiden und ruhig gegen die Unterzeichnung des Vertrages stimmen können. Nein, wir stimmen an dem heutigen Tage gegen die Unterzeichnung des Friedens, weil wir die

Überzeugung haben, daß noch nicht die letzten Schritte gemacht worden sind, daß noch ein letzter Versuch möglich ist, daß unsere Delegation nach St. Germain fahren und dort das Äußerste noch zu versuchen hat. (Beifall.) Ich gebe zu, es ist vielleicht zweifelhaft, ob dadurch ein Erfolg erzielt werden kann, aber diese Möglichkeit besteht hente noch und ich bedaure, daß die Mehrheit, daß die Regierung diesen Weg nicht mehr gehen will, daß sie ihn offenbar als nutzlos ansieht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe versucht, in objektiver Art und in Kürze die Gründe auseinanderzusetzen, welche für und welche gegen die Unterzeichnung sprechen. Ich habe zum Ausdruck gebracht, daß meines Erachtens heute noch nicht der Tag ist, an dem der Unterzeichnung bereits zugestimmt werden muß. Und ich werde in dieser Meinung bestärkt durch die Ausführungen, welche in diesem Hause von staatlichen, beziehungsweise hervorragenden Faktoren in früheren Sitzungen gegeben worden sind. Erinnern Sie sich an die Worte, welcher unser Staatssekretär für Finanzen Herr Dr. Schumpeter in der Budgetdebatte am 4. Juli gesprochen hat, als er sagte, die Friedensbedingungen brauchen nur ratifiziert zu werden, um die Katastrophe bei uns unvermeidlich zu machen. Erinnern Sie sich an die Worte, welche Präsident Seitz am 26. Juli unter allgemeiner Zustimmung hier sprach, indem er sagte, es sei dies ein Friede des Bankrotts, ein Friede des vollen Zusammenbruches, ein Friede, der uns das Recht auf Selbstbestimmung raubt, ein Friede, der uns das Recht auf die Arbeit raubt, ein Friede, der uns das Recht auf die Existenz raubt. Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, wollen Sie einem derartigen Frieden, der von Ihnen eigenen Leuten so gekennzeichnet ist und mit dem es sich zweifellos auch so verhält, wollen Sie einem derartigen Frieden die Zustimmung geben und ihn unterschreiben? (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Ich kann das nicht glauben, meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, noch einen letzten Weg, noch einen äußersten Weg zu versuchen, vielleicht kehrt doch die Vernunft bei unseren Gegnern ein, daß sie uns schließlich die Bedingungen geben, die für uns erträglich sind.

Im Namen der Großdeutschen Vereinigung habe ich die Erklärung abzugeben, daß wir nicht in der Lage sind, der Unterzeichnung dieses Friedens unsere Zustimmung zu geben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Leuthner.

Abgeordneter Leuthner: Hohes Haus! Welche Worte sollen wir dem Gefühl finden,

womit uns das Friedensdiktat von St. Germain erfüllt? Wut, Empörung, tiefste Demütigung bestürmen unser Herz und drängen uns Tränen ohnmächtigen Zornes in die Augen. Aber Worte! Was sind Worte, Worte, die wir wechseln, Verhandlungen, die wir hier führen? Es ist eitles Gerede, denn wir wissen es ja alle: wir müssen, wir müssen rettungslos. Am 9. September, 7 Uhr abends, hat die Antwort dem hohen Biererrat vorzulegen. Wird diese Antwort nicht lauten, so wie sie anbefohlen, so behält sich der hohe Rat vor, alle Maßnahmen zu treffen, die er für notwendig hält, um seine Bedingungen zwangsläufig durchzuführen.

Wir liegen, gefesselt an Händen und Füßen, vor dem Sieger und unser Ja ist nicht mehr der Ausdruck unserer Willensmeinung, sondern ein Echo seines Gebots. Es sage hier keiner, daß wir noch eine Frist haben, wage keiner, mit dem Worte Frist zu spielen. Wir wissen doch, daß wir keine Woche leben können ohne die Zufuhren von Mehl; wir wissen, daß wir keinen Tag bestehen können ohne die Zufuhren von Kohle. Wir wissen, daß unser ganzes wirtschaftliches und geschäftliches Leben abhängig ist von der Gnade der Entente. Wir wissen aber auch, daß Hunderttausende von Mutter- und Frauenherzen sehnslüchtig schlagen nach diesem Tage, der ihnen endlich, endlich ihre Lieben zurückgeben soll. Und wer nun wagen wollte, ein Spiel der Verzögerungen zu beginnen, er würde nichts gewinnen als bloß das Leid noch vermehren. Aber freilich, nur deshalb, weil wir diesen Frieden unterzeichnen müssen, nur weil wir unsere völlige Ohnmacht fühlen, nur deshalb können wir diesen Frieden unterzeichnen, der uns nicht bloß einer beispiellosen Ausbeutung und beispiellosen Last anheimgibt, sondern der uns zugleich in unserer Souveränität als Staat und Volk vernichtet, der zum wirklichen Herrn dieses kleinen Staates die Wiedergutmachungskommission mit den Gewalten eines despotischen Herrschers einsetzt. Noch im letzten Augenblick, sei es, um den Stachel noch einmal giftiger eindringen zu lassen, sei es, weil vielleicht bis dahin ein Schwanken und Bedenken gewaltet hat, haben uns die hohen Friedensbringer eine neue demütigende, niederdrückende Bedingung auferlegt: das Verbot des Anschlusses an Deutschland, dieses Verbot, heuchlerisch verborgen in dem Befehl, unsere Unabhängigkeit zu wahren.

Es wäre müßige Beschäftigung, uns mit der Moral zu befassen, aus der dieses Gebot erfließt. Die Entente ist allmächtig. Sie kann alles. Sie hat zwar im Namen des Selbstbestimmungsrechtes den Krieg geführt. Im Namen des Selbstbestimmungsrechtes verteilt sie die Länder und Völker und schneidet die Landkarte von Mitteleuropa zurecht. Aber, wenn es der allmächtigen Entente beliebt, kann sie auch ihrer eigenen Moral Hohn sprechen

und ihre eigenen Grundsätze mit Füßen treten. Wir können es nicht hindern. Sie ist von Allmacht umschattet. Allein, wenn wir es auch nicht hindern können und wenn es wahr ist, daß die Entente mit der Lösung des Selbstbestimmungsrechtes ausgezogen ist und nun in uns, dem großen deutschen Volke, den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes vernichtet, und wenn es weiter wahr ist, daß unser Staat, dieser arme schwache Staat sich fügen muß und wir als die verantwortlichen Träger des Staatswillens uns gleichfalls fügen müssen, so werden wir doch, jeder einzelne von uns, jedes Glied dieses unglücklichen und besiegt Volkes, uns innerlich dem Gebot, das uns hier auferlegt ist, nicht beugen. Könnte einer von uns als wahr zugeben, was in diesem Gebote ausgesprochen ist, daß wir minderen Rechtes sind als andere, daß wir allein des Anspruches entbehren, unser Schicksal selbst zu bestimmen und zu unserer Volksgesamtheit, zu den übrigen Deutschen zu gehen, mit ihnen zu einer Einheit und gemeinsamen Staatslichkeit uns zu verbinden? Dieses Recht, das jeden Volkes ursprüngliches Recht ist, dieses Recht, auf das sich der ganze demokratische Staatsaufbau gründet, dieses Recht, ohne das eine Demokratie unmöglich und undenkbar ist, können wir in uns selbst nicht verleugnen, wir können uns nicht selbst für minderen Rechtes erklären, können uns nicht selbst ausscheiden aus der Gemeinschaft der Menschen, ausscheiden aus der Gleichheit des Rechts, wir können uns nicht selbst als Minderwertige brandmarken.

Ich meine, daß das Anschlußverbot bei allen, bei allen denen zumindest, in deren Brust ein Mannesherz schlägt, den Gedanken der Einheit aller Deutschen, den Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes noch tiefer hat Wurzel fassen, noch tiefer unser ganzes Empfinden hat umschließen lassen als je vorher. Und das eine mindestens darf ich mit Bestimmtheit sagen, daß nichts mehr als das Verbot des Anschlusses in den breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung den Gedanken der Selbstbestimmung wird aufzulammen machen. (Sehr richtig!)

Hohes Haus! Das Selbstbestimmungsrecht, das wir in Anspruch nehmen, wollen wir auf dem Wege des Völkerbundes erlangen. Sehe das niemand für eine listige Ausflucht an, für eine leere Redensart! Für uns Sozialdemokraten ist es gewiß keine leere Redensart. Wir suchen keine Gewaltmittel in der Entscheidung der großen Fragen der Geschichte, wir haben sie nie gesucht und haben es in der Geschichte stets aufs neue blutig und traurig erwiesen gefunden, daß alle Gewaltentscheidungen zuletzt doch das, was sie entscheiden sollen, nur in eine neue Verwirrung treiben. Mit voller Ehrlichkeit wenden wir unsere Hoffnungen und Erwartungen dem Völkerbunde zu, nicht vielleicht dem Völkerbunde, wie er uns augenblicklich entgegentritt, der eigentlich

nur ein Name ist für eine ganz andere Sache, eine Verbeugung des imperialistischen Lästers vor der demokratischen Tugend, ein volkstümliches Mäntelchen für eine Art nenerstandener heiliger Allianz der siegreichen Mächte.

Aber wenn dieser Völkerbund heute kaum anders wirkt, als Metternichs hohe Verbündete in Europa wirkten, so konnte die Form des Völkerbundes nicht geschaffen werden, ohne daß sie allmählich sich mit dem Geiste des Völkerbundes erfüllt. Und mögen heute die Clemenceau und Genossen diesen Völkerbund aufrichten, mag er heute ein Völkerbund der Ententeregierungen sein: er wird morgen ein Völkerbund werden der Völker, die in ihm zusammengefaßt sind, erfüllt von ihrem Geist, erfüllt von ihrem Willen zur Freiheit und zur Gleichheit. An diesen Völkerbund, der aus der Heuchelei von heute zur Wahrheit des Morgen sich wandeln wird, an diesen wirklich demokratischen Bund der Völker wenden wir uns und wir wissen, daß die Wege dahin sichere und gangbare sind.

Meine Herren und Frauen! Wir sind überzeugt, daß der Gedanke des Selbstbestimmungsrechtes, gerade weil er nichts vom Nationalistischen an sich hat, weil er so, wie wir ihn verstehen, keinen Funken Chauvinismus an sich trägt, weil er nicht ein Herrschaftsrecht, nicht das Vorrecht irgendeines Volkes gegen das andere, sondern das gleiche Recht aller Völker und nichts mehr als das Recht jedes Volkes auf eigene Regierung und eigene Bestimmung seines Geschickes verkündet; wir sind überzeugt, daß dieser Gedanke des Selbstbestimmungsrechtes sich sieghaft durchsetzen muß und daß das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen morgen eine Forderung nicht nur aller, die unter uns Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten sind, werden wird, sondern aller Menschen überhaupt, denen demokratische und sozialdemokratische Grundsätze mehr als eine bloße Phrase sind. Wenn die Nebel dieses Krieges verflogen sein werden — es werden wenige Jahre, vielleicht nur wenige Monate vergehen —, so wird ein Gefühl der Scham, ein Gefühl der Selbstentehrung die Sieger über das Schicksal erfüllen, das sie dem deutschen Volke bereiten. Und so wie einst die Freiheit und die Einheit Polens auf jenem internationalen Kongresse das letzte Wort war, so werden die kommenden internationalen Kongresse sprechen von der Freiheit und Einheit, von dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen. An derselben Stelle, von der heute das Wort der Vernichtung gegen uns ergeht, an derselben Stelle, wo uns heute die Knechtshaft geschmiedet wird, an derselben Stelle, im Paris Clemenceaus, werden unsere französischen Genossen sich erheben und werden die Lösung der deutschen Freiheit und des deutschen Selbstbestimmungsrechtes hinausrufen mit dem gleichen

Mut, mit dem wir in Berlin und in Wien die Lösung der polnischen Freiheit und Einheit in den Tagen der polnischen Zerstückelung ausgesprochen haben. Das wissen wir und wir haben die Bürgschaft dafür in dem Mute, den heute schon trotz des ungeheueren Druckes, den der Sieg, und der Sieg nirgends so wie in Frankreich, auf die Gemüter ausübt, die französischen Sozialdemokraten in ihren Protesten gegen das in den Friedensverträgen beschlossene Unrecht bewahren.

Aber, meine Herren, vergessen wir nicht, daß der Gedanke des Anschlusses nicht nur äußere Feinde gehabt hat, sondern auch innere. Vergessen wir nicht, daß es viele gab, die uns immer wieder zuzischelten, es wäre klüger gewesen, wir hätten es mit dem Anschluß nicht gar so eilig gehabt. Wir hätten uns vielmehr von vorneherein als die füglichen Diener der Entente gebärden und unsere Sache daraufstellen sollen, ihr Wohlwollen zu erringen. Diesen, die heute nicht mehr zischeln, sondern laut rufen und gellend herauschreien, ist zu sagen, daß der Verlauf der Verhandlungen genau das Gegenteil erwiesen hat. War doch der Gedanke des Anschlusses für uns das einzige, was uns zu einem politischen Wert gemacht hat. In Paris werden keine Liebeserklärungen ausgetauscht, dort ist kein Stelldichein verliebter und zärtlicher Geister. Dort handelt es sich lediglich um Interessen und wenn irgend etwas in der chaotischen Verwirrung des halbgestalteten Mitteleuropas sichtbar wird, so ist es der Herrscherwille Frankreichs, hier Staaten zu formen, die nach ihrer ursprünglichen Bestimmung, nach ihrer Zusammensetzung, nach ihrer bisherigen Geschichte geeignet sein sollen, als Werkzeug einer gegendeutschen Politik zu dienen. Und als diese Werkzeuge seiner gegendeutschen Politik hat Frankreich sich wohl die Tschecho-Slowakei, hat es sich Polen, hat es sich die Südslawen erkoren. Sie sind ihm empfohlen durch ihre Vergangenheit, sie sind ihm empfohlen dadurch, daß sie genau so wie Frankreich jetzt auch deutsches Gebiet herrschend umschließen. Glaubt man, daß dieses Frankreich, das hier mit sicheren Positionen seiner Zukunft zu rechnen glaubt, unserer schönen Augen will von seiner Bahn abweichen wird, je abgewichen wäre?

Meine Herren, wir konnten uns noch so tief, wir konnten uns bis zum Staube vor den Füßen unserer Gegner demütigen, wir konnten unser Wesen noch so feige verleugnen, wir konnten unsere eigene Art noch so schmälich bespotten, wir konnten uns jedes Rechtes auf unser eigenes Dasein und auf eigene Regelung unseres Daseins begehen, wir würden in den Augen der Franzosen nie aufgehört haben Deutsche zu sein, wir wären nie geeignet erschienen als das, wozu ihnen die Tschecho-Slowaken, die Polen und die Südslawen dienen sollen, nämlich als Werkzeuge ihrer gegen Deutschland gerichteten

Machtpolitik. Denn wenn wir wahrlich bis zur tiefsten Gemeinheit herabgesunken wären, hätte man uns diese Gemeinheit nicht einmal geglaubt, weil sie ohne Beispiel in der Geschichte wäre und wir wären sogar in aller Niedertracht noch als Henchler erschienen. Es ist unmöglich für uns, etwa die Politik zu wiederholen, die in den Sechzigerjahren das Haus Habsburg an der Seite Frankreichs zu machen versuchte; denn dieses Haus Habsburg gab über ein zu $\frac{4}{5}$ nichtdeutsches Land, ihm war ein gegendeutsches Bündnis zuzutrauen. Uns aber, wenn wir uns auch bis zur tiefsten Stufe der Selbstentehrung herabwürdigten, würde man nicht einmal das Recht geben, diesen Verräterdienst zu erweisen, weil man uns als Deutschen nicht trauen würde.

Darum ist alle jene Politik, die nach Sympathien hascht, eine Politik der eitlen Bemühungen. Und meint man vielleicht, daß irgendwo in der Welt Selbstwertung und Selbstentehrung Sympathien erringt? Haben diejenigen, die uns Feigheit als die beste diplomatische Kunst vorschlagen, nie die Geschichte des polnischen Volkes verfolgt? Erinnern sie sich nicht, daß dieses polnische Volk in allen Wandlungen und Krümmungen seiner so wirrenreichen Politik, auch damals, als es die dreifache Loyalität verkündete, stets an einem Gedanken festhielt, an dem Gedanken der Freiheit, des Selbstbestimmungsrechts, der Einheit, daß es jedesmal unter allen Verklausulierungen, unter allen Verkleidungen seiner Diplomatie jeden seiner Herren, daß es sogar den Zaren deutlich fühlen ließ, daß es in dem Kerne seines Wollens unangreifbar und unzerstörbar bleibe. Und die Kraft, die das polnische Volk besaß, das, was an ihm berücksichtigt wurde, was war es sonst als das Gefühl, das es bei seinen Beherrschern zu erwecken verstand: Hier ist ein Wille zur Einheit und Freiheit, der sich um keinen Preis abkaufen, durch kein Mittel bezwingen läßt. Und so sehr hat dieser Gedanke der polnischen Einheit und Selbstständigkeit sich sieghaft durchgesetzt, daß, als der Weltkrieg entsprang, alle die Teilungsmächte, die einst Polen zerrissen hatten, sowohl Russland als die Mittelmächte, nun wetteiferten, selbst diese Einheit und Selbstständigkeit wieder herzustellen, bis der Krieg aus seinen Flammen und seiner Asche den polnischen Staat wieder erstehen ließ. Wen aber selbst dieses Beispiel, dem sich hundert andere anreihen ließen, nicht belehrt, den mag die Erfahrung des täglichen Lebens belehren, daß nur der verloren ist, der sich selbst preisgibt, und also auch nur über ein Volk, das sich selbst dahingibt und seine eigene Ehre und Selbstständigkeit nicht im Herzen trägt, die Geschichte hinwegschreitet. Aber äußere Schicksale können uns nicht zertrümmern, wenn wir die innere Kraft haben, uns ihnen entgegenzusehen.

Meine Herren und Frauen, dieser Friedensvertrag fügt zum Unrecht noch den Hohn. Er ge-

bietet uns die Unabhängigkeit und in denselben Vertrag spricht er aus, daß vier Millionen von zehn, also fast die Hälfte aller Deutschösterreicher, dahingegeben sein sollen fremder Herrschaft, unterworfen sein sollen der Macht anderer, ihrer Selbstständigkeit völlig und endgültig entkleidet. Nie ist seit Jahrhunderten ein schwereres Unrecht geschehen, als es den Deutschen der Sudetenländer zugefügt wird. Hier ist dreimal Elsäß. Mit diesem Volke der Sudetenländer verbindet uns nicht nur die Geschichte wie einst die Franzosen mit den Elsäßern, sondern Sprache und Blut, und seit Jahrhunderten sind wir in Eins verwachsen. Man weiß nicht für seine Gedanken Worte zu finden, man weiß nicht, welche Ausdrücke man wählen soll, den Schmerz auszusprechen, der uns erfaßt, wenn wir erwägen, welcher Verlust uns trifft, uns Sozialdemokraten vor allem! Vierzig Jahre sind wir mit den deutschböhmischen Arbeitern einen Weg gegangen, haben wir dieselben Schlachten geschlagen. Jeder kleine und kleinste Schritt, den wir vorwärts kamen, jede kleine und kleinste Errungenschaft der Freiheit, von etwas mehr Licht, von etwas mehr Recht, die wir in dem alten Polizeistaat errangen, ist immer gleichzeitig auf dem Boden von Wien und auf dem Boden von Reichenberg, Aulzig und Teplitz gewonnen worden. Ein Herz hat geschlagen in diesem Körper und ein Geist hat ihn erfüllt. Was wir Wiener Arbeiter sind, wir verdanken es in erster Linie der Hilfe der Mitkämpfer, die heute von uns gerissen sind. O, dieses Volk der deutschböhmischen Arbeiter, in dem sich die edelsten Tugenden der Deutschen verkörpern, diese Sinnierer, diese Menschen des unerschrockenen Gedankens, die selbst nach harter Werkstattarbeit noch Zeit und Kraft und Lust haben, in die Abgründe des Denkens hinabzudringen, diese nach außen so stillen und ruhigen Menschen, in denen eine so starke Leidenschaft lodert — sie von uns gerissen zu wissen, sie aus unseren Kampfreihen gerissen zu wissen, nichts gleicht dem vernichtenden tödenden Schmerze. Wir wissen, sie werden sich morgen wieder erheben, wir wissen, sie werden ihren Kampf führen, ihren großen Kampf, so wie sie ihn immer geführt haben, als eine Elitetruppe in der internationalen Sozialdemokratie, einen Kampf, zugleich für die hohen und gemeinsamen Ideale des Proletariats und einen Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen auf dem tschecho-slowakischen Boden.

Aber mögen wir auch glauben, ja mögen wir überzeugt sein, daß ihnen eine große und siegreiche Zukunft bevorsteht, und mögen wir diese Überzeugung aus der Kenntnis ihrer Tüchtigkeit, ihrer geistigen Kräfte, ihres Muttes schöpfen, so wird uns hängen bei dem Gedanken an die Kämpfe, die sie zu bestehen haben werden. Nicht nur und nicht eigentlich deshalb, weil es so schwere und harte Kämpfe sein werden; sondern so kleinliche, so grausam

tückische, so niedrige Anfeindungen werden es sein, die in ihr tägliches Leben eindringen werden. All die Schmach, all die Niedertracht, all die Gemeinheit des alten Österreich mit seinen Ausartungen des dümmsten Provinzchauvinismus hat sich ja in der Tschecho-Slowakei neu herausgeboren, wuchert dort weiter und durchdringt zerstörend das ganze politische Leben. Diesen Kampf auszufechten gegen den Chauvinismus in seiner Provinzausgabe, in seiner rohsten Knüppelhaftigkeit, in seiner verkniffensten Bosheit, diesen Kampf auszufechten, ist die schwerste Zumutung, die einer Arbeitersklasse gestellt werden kann, einer Partei, deren ganzes Wesen auf die höchsten Ziele eingestellt ist, deren ganzes Wesen auf einen gewaltigen, großen, von den höchsten Tendenzen getragenen Kampf eingestellt ist und die sich erst mühselig die Fähigkeit erwerben muß, in den Schlammbunnen dieses chauvinistischen Alltags der Kleinstädterstraße hinabzusteigen.

Und wenn wir das Schicksal der Südtiroler betrachten: wie schlagend tritt dabei der Wahnmotiv des Imperialismus hervor, wie hat er nach all dem Entsetzen und Grauen des Krieges seine Torheit unbesehrt und unversehrt bewahrt! Welche schmerzliche Wunde schlagen uns die Italiener, indem sie Südtirol von uns wegreißen! Für uns ist Bozen und Meran das Märchen des Südens, der Zauber von Sonne und Schönheit umkleidet es für uns. Aber was kann es denn sein für die italienische Nation, über der sich der Himmel Neapels wölbt? Was kann es sein für diese Nation, die so vollreich, so mächtig, so stark geworden ist und die um 200.000 Menschen fremden Stammes ihre Macht glaubt vermehren zu müssen? Und tut sie sich nicht selbst die schwerste Schmach an, diese Nation, deren heiligste Erinnerungen es sind, für Einheit, Freiheit und Unabhängigkeit gekämpft zu haben, durch deren Literatur und Dichtkunst der hohe Sang der Selbständigkeit, des Selbstbestimmungsrechtes klingt, die das Volk der Märtyrer des Kampfes gegen die nationale Unterdrückung ist? Dieses Volk, das fast monomanisch von dem Gedanken seiner nationalen Einheit, seiner einheitlichen Staatlichkeit beherrscht war, es hat kein Empfinden dafür, daß ein ebenso großes, ebenso kulturelles, ebenso hochstehendes Volk eine unheilbare Wunde empfängt, wenn ihm ein solch teueres, ein solch unersetzliches Stück aus seinem Leibe gerissen wird? Unfassbar erscheint diese Verwirrung der Geister. Die großen Linien des Volksgeschehens, des Weltgeschehens werden zerschnitten durch die niedrigsten Triumphe der Diplomatie, die heute nach all den laut verkündeten Grundsätzen der Demokratie schrankenloser zu herrschen scheint als jemals.

Weil das Geschäft mit Trieste nicht gelungen oder wenigstens nicht nach Wunsch gelungen ist, weil der Raub in Kleinasien düstiger ausfiel, wird

die Entschädigung in den Leibern der Deutschen Südtirols gezahlt, etwa wie in den Tagen, als Metternich mit Talleyrand die Welt aufteilte, etwa wie in den Tagen des westphälischen Friedens. Und doch müßte selbst fühlreiche Politik den Italienern sagen, daß in dem Augenblick, wo feindlicher Wettbewerb der andern Nachbarn fühlbar wird, sie nicht unnütz einen Gegensatz erwecken sollten, der seine Quelle in den ursprünglichen Empfindungen weder des italienischen noch des deutschen Volkes hat. Denn wenn es irgend ein Volk gibt, das wir immer geliebt haben, wenn es irgend ein Land gibt, bei dem es keinem Deutschen und selbst nicht dem wahnwitzigsten norddeutschen Chauvinisten und Alddeutschen je eingefallen wäre, an Eroberungen zu denken, so ist es Italien und kaum kann man sich vorstellen, daß zwei Völker so rein und vollkommen bestimmt wären, in Freundschaft und Frieden nebeneinander zu leben, wie diese beiden, die sich im Geben und Nehmen kultureller Güter wechselseitig so reich beschenkt haben.

Wenn wir aber ein so großes Volk so kleinlich handeln sehen, oder besser gesagt — da dieses Volk gefesselt ist durch den Kriegschaubauvinismus und den Imperialismus seiner Regierung — wenn wir also die Vertreter des italienischen Imperialismus so kleinlich handeln sehen, so sollen wir staunen über die Raubgier der Kleinen, die sich austobt in Kroatien und in Kärnten und an den Grenzen von Niederösterreich? Es wird aber für die Entente immerdar ein Denkmal der Schmach bleiben, daß sie dieses Mitteleuropa mit den Augen eines Kramär gesehen hat, mit den Augen jener kleinen Bosheit, die erwachsen ist in dem Kleinkampf der nationalen Reibungen von einem Menschenalter, daß sie bei ihrem Plane, Mitteleuropa zu gestalten, den breitesten Raum gelassen hat, niedrigen Gehässigkeiten, die sich in dem Neid gegen Wien, in dem Neid gegen die früher angeblich bevorzugte deutsche Nation in Österreich auslebten.

Was aber hat die Entente schließlich nun geschaffen, welches Werk hat sie in Mitteleuropa aufgerichtet? Stand es wirklich dafür, von dem hehren Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes abzuweichen, um jenes Monstrum eines tschecho-slowakischen Staates zu bauen, in dem sich die historische Ungeheuerlichkeit Österreichs als eine konstruierte Ungeheuerlichkeit wiederholt, als eine Ungeheuerlichkeit, die uns schon aus den sieben Sprachen der tschecho-slowakischen Banknoten entgegengesetzt? Und hat die Macht der Entente, die keine Grenzen kennt, auch nur in einem dieser Staaten den Frieden herzustellen vermocht, hat nicht vielmehr das Abweichen von ihren eigenen Grundsätzen, die Mischung der historischen und nationalen Prinzipien im Aufbau der Staaten allen

imperialistischen Lastern der Kleinen die Zügel freigegeben, so daß der Osten Europas heute das Schauspiel darbietet, etwa des Deutschlands des Dreißigjährigen Krieges oder Italiens der Renaissance, daß ein Haufen von Condottieri und Landsknechthauptleuten die Geschicke von hunderttausenden und Millionen von Menschen bestimmt?

Dies ist das bisherige Ergebnis jenes großen Friedenswerkes, das in Paris eine neue Welt errichten sollte. Uns aber, diesem kleinen deutschösterreichischen Staate und Volke, uns haben sie ein festes und Unabänderliches geschaffen. Es ist verkörpert in der Wiedergutmachungskommission. Man wird diesen Namen später einmal mit Entsetzen aussprechen und alle jene, die die Freiheit lieben und denen Unabhängigkeit und Selbständigkeit keine leeren Worte sind, werden ihn mit bebenden Lippen nennen. Welche Schranken hat die Macht der Wiedergutmachungskommission? Der Friedensvertrag sagt es ausdrücklich: Die Kommission ist an keine Gesetzgebung, noch an bestimmte Gesetzbücher, noch an besondere Vorschriften über Beweiserhebung oder Verfahren gebunden, sie läßt sich von der Gerechtigkeit, der Billigkeit und dem guten Glauben leiten. Sie kann die Zahlung jeder unbeglichenen Restsumme nach Gutdünken auf später verschieben, sie kann also die 30 Jahre, die sie uns vorgesezt ist, noch nach ihrem eigenen Belieben verlängern. Sie hat überdies das Recht, ihre Auskünfte auszudehnen nicht nur auf die finanzielle Gebarung des Staates, der Länder und der Städte, sondern auch auf die wirtschaftliche Gebarung aller Staatsbürger Deutschösterreichs. Sie hat die Befugnis, die Vorschriften, auf denen sie ruht, selbst zu interpretieren und auszulegen, sie hat also gewissermaßen das Recht, ihr eigenes Recht weiter auszubauen. Und ebensowenig hat sie irgendwelche Grenzen für ihre Vollstreckungsmaßnahmen. Ist ja ein Herrscher absoluter über ein Volk gesetzt worden als diese Wiedergutmachungskommission? Selbst der russische Zar hatte einen Senat zur Seite als Hüter des Rechts und er hielt sich der Form nach an den Wortlaut der Gesetze seines Staates. Hier aber hört jedes Recht und Gesetz auf und das Gutdünken — das Wort "Gutdünken" wiederholt sich immer wieder in den Bestimmungen, die die Wiedergutmachungskommission betreffen — das Gutdünken der Wiedergutmachungskommission, in der auch unsere besten Freunde, die Nachfolgestaaten, vertreten sind, wird das oberste Gesetz sein, das uns gegeben ist. Was soll neben dieser Wiedergutmachungskommission, wenn sie einmal in unser wirtschaftliches und finanzielles Leben eingreift, noch die deutschösterreichische Regierung, was das Parlament, was sollen alle anderen Vertretungskörper Deutschösterreichs bedeuten? Und doch, wenn man diese tolle, widersinnige, bis zum Wahnsinn gesteigerte

Konstruktion betrachtet, so muß man sich wohl sagen: auch sie kann in dieser Form nicht Bestand haben, auch sie kann in dieser Form sich nicht auswirken. Haben sich die Herren dabei vielleicht so ein Verhältnis gedacht, wie es etwa Frankreich zum Bey von Tunis hat, so fehlt dem deutschösterreichischen Tunis der Bey. Es ist möglich, durch einen Residenten einen Staat zu regieren, an dessen Spitze ein absoluter Herrscher steht, den man zur Puppe verwandelt; aber in einem demokratischen Staatswesen wie Deutschösterreich bildet sich der Staatswille im steten Geräusch der Versammlungen, im Lärm der Presse, in den Kundgebungen der öffentlichen Körperschaften. Überall wird dieser Wille laut, wird lebendig, tritt körperlich hervor. Und wenn sich die Wiedergutmachungskommission ihm entgegenstellt, so muß sie sich ihm deutlich und sichtbar entgegenstellen und muß den Willen brutal und deutlich vernichten, muß ihm entgegentreten als die Herrin und Gebieterin, muß ihm entgegentreten als die sichtbare und fühlbare absolute Gewalt. Und das verträgt unsere Zeit nicht, das werden am wenigsten die Völker vertragen, in deren Namen die Kommission hier walten wird. Und darum meinen wir, daß diese Kommission, so wie sie mit unbegrenzten Rechten umkleidet ist, vor der Geschichte zur Unwahrheit werden wird wie alle anderen Ungeheuerlichkeiten dieses Friedens. Ihre wirkliche Wirksamkeit wird aber vielleicht gerade darin bestehen, die Friedensbedingungen ins Exträglichere umzuformen.

Denn darüber haben wir uns freilich keiner Täuschung hinzugeben, die wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen, wie sie uns heute vorgelegt wurden, würden unser Leben und Sein schier unmöglich machen. Wohl sind einige und nicht unbeträchtliche Erleichterungen erwirkt worden, wohl ist es unseren Vertretern gelungen, dort, wo der Friedensvertrag in völligem Wahnsinn, in klarer Gestalt seiner Unausführbarkeit hervortrat, Änderungen herbeizuführen. Was übrig bleibt, ist jedoch genug, um unser wirtschaftliches Dasein bis zu dem Grade zu erschweren, daß die Frage gestellt werden muß, wie es denn weitergeführt werden soll.

Ja, wir empfangen das Urteil der Vernichtung, aber wir müssen uns doch auch fragen, wieso es zu diesem Urteil der Vernichtung kam. Wir haben die Mantelnote Clemenceaus vor Augen, in der er die Anklage gegen Deutschösterreich erhebt. Wir wissen, daß die Geschichtskonstruktion, die er versucht, falsch ist. Wir wissen, daß dieser Krieg wohl von hier, von Wien, ausgegangen ist, aber wahrscheinlich nicht von denen, die heute Deutschösterreich ausmachen, sondern von den Gewalthabern und Gewaltträgern der Vergangenheit, die einen ganz anderen Staat, der mit unserem Staat keinen

Zusammenhang mehr hat, lenkten und leiteten. Und es waren das zufällig der Hauptfache nach nicht einmal Deutsche, es waren Ungarn, Kroaten und Polen, die im engsten Rate saßen, als jenes nie zu sühnende Verbrechen geschah.

Nie wollen wir es leugnen, daß es hier geschah. Und wenn die genauen Zusammenhänge der Dinge klar werden, wird noch deutlicher hervortreten, daß die Auffassung, die bisher vorwaltet, als wäre in Berlin der „böse Versucher“ gesessen und die Wiener Gewalthaber wären nur seine Werkzeuge gewesen, vielmehr in ihr Gegenteil zu lehren ist: hier saß die Trivialität, der mit dem Völkerschicksal blutig spielende Zynismus. Hier saßen die Bankerotteure, die die letzte Karte ausspielen wollten, weil sie fühlten, daß auch ohne Krieg dieses morsche Gebäude in seiner inneren Fäulnis zusammenfallen müsse, die sich sagten, wir wagen ohnehin nichts mehr, denn dieses Haus Habsburg ist in seiner Herrschaft ohnehin nicht zu erhalten, außer durch ein Babanquespiel, bei dem nichts anderes einzusezen ist als das wohlfeile Leben Hunderttausender oder Millionen von Bürgern dieses Staates.

Über zu gewinnen war noch etwa für ein Menschenalter die Wiederherstellung der habsburgischen Macht! Aus diesem Geiste heraus ist der Krieg entstanden und die deutsche Diplomatie, die wir wahrlich nicht für unschuldig erklären wollen, ist der Hauptfache nach schuldig geworden durch ihre beispiellose Unfähigkeit, durch ihre völlige Unkenntnis der österreichischen Dinge, durch das Sich-gebunden-glauben an das Schicksal eines Staates, der als Bundesgenosse immer nur in passiver Rolle brauchbar war. Hat aber die Schuld, die da gehäuft worden ist, etwas gemein mit unserem ganzen Tun und Lassen? Sind die Machtträger von damals nicht völlig aus diesem Lande verbannt? Kann irgendeiner der Gedanken, irgendeiner der Triebe und Antriebe, die in jenem Regime walten, in uns sich noch fortregen, die wir ein kleiner Staat ohne alle Herrschaftsansprüche, ohne alle Machtmöglichkeiten sind?

Dennoch, meine Herren, werden wir nicht verkennen, daß für den Versuch Clemenceaus, die Schuld uns beizumessen, sich wohl nicht dem tiefer Prüfenden, aber dem oberflächlich Betrachtenden Argumente darbieten. Es ist gar nicht übel hier gesagt worden, daß es niemals das Interesse der Deutschen war, den österreichischen Imperialismus zu verfechten. Mein, es war wahrlich kein Interesse der Deutschen, die Habsburgervormacht auf dem Balkan oder gegenüber dem Zaren oder ihren alten Streit mit dem Hause Savoien als ihre Sache auf sich zu nehmen. Es war sicherlich von all dem, was deutscher Lebenswert ist, weit und fern geschieden.

Schade nur, daß diese Erkenntnis erst heute zum Ausdruck kommt (*Zustimmung*), schade nur, daß diese Erkenntnis erst heute hier in Worte gefaßt wurde. Schade nur, daß es ein deutsches Bürgertum vor dem Kriege gab, das den Anschein annahm, als wären die rein dynastischen Machtinteressen der Habsburger Lebensvoraussetzungen für die Deutschen Österreichs, das seine ganze zünftige Wissenschaft aufmarschieren, Geographie und Ökonomie und Geschichte notzüglichen ließ, um die Beweise dafür zu häufen, daß es für die Deutschen Österreichs und für die Deutschen überhaupt nichts Wichtigeres gäbe, als daß die Habsburger ihre Gewalt über die Tiebellöcher Albaniens und über das serbische Volk erstrecken könnten und ihre Vorherrschaft auf der Adria zu behaupten vermöchten.

Kann man diese ganze Literatur, die sich zu ungeheuren Makulaturbergen gehäuft hat, ableugnen? Kann man ableugnen diese Selbstbesleckung einiger der besten und angesehensten Geister der deutsch-österreichischen Wissenschaft? Und kann man in Abrede stellen, daß das, was aus der Schändung wissenschaftlicher Wahrheit geboren wurde, als Schlagwort dann hinausging: als Politik der Straße und als Politik der Presse mit nur noch frecherer und nur noch naiverer Verdrehung aller Tatsachen? Wahr ist es, daß bloß deutsches Blut im Spiele war und nicht deutsches Interesse, als der alte Franz Joseph jenes Ultimatum unterschrieb. Aber wahr ist auch, daß die deutsche Presse Wiens dieses Ultimatum mit Jubelgechrei begrüßte, daß sie es mit einem erlösten „Endlich!“ empfing. Wahr ist, daß sie schon die zwei vorangehenden Jahre Tag um Tag sich zum Werkzeug jeder offiziösen Irreführung machte, die doppelt Irreführung und doppelt Verbrechen war, denn sie hegte einen Teil der Bevölkerung Österreichs in einen wahnwitzigen, sinnlosen Gegensatz zu einem Volke, zu dem wir nie einen Gegensatz empfanden, und sie erzeugte zugleich in Deutschland das Gefühl, als wäre hier eine Siedehölze, als wäre hier eine Volksleidenschaft lebendig, als wären hier so gesteigert und so gespannt die Empfindungen, daß, wenn Deutschland in der Frage der von Serbien verletzten habsburgischen Ehre nicht bedingungslos mitginge, der Gegensatz zwischen den alten Verbündeten für immer auflösbar müßte. Diese doppelte Täuschung, sie war die Brücke, auf der die Lüge des Ballplatzes in die Welt der Wirklichkeit hinausschritt, in eine Welt des Entsezens, in eine Welt des Blutes, in die Welt des Krieges. Das ist die Mischschuld, die festzustellen die Wahrheit gebietet.

Und wenn man heute sagt, es war ja gar nicht unser Interesse, so erwidern wir: Um so schlimmer! Durchbar ist ein Volk, das um seines

Vorteils willen keine Grenzen der Sitte und der Menschlichkeit achtet, das mit blutigen Händen sich an den Rechten anderer vergreift, um seine Macht zu erweitern. Aber noch widerwärtiger und grauenregernd ist eine Politik, die aus Sklaven- und Besientensinn fremde, dem eigenen Volke feindliche Interessen in das Gewand der Interessen des eigenen Volkes kleidete und die Schlachten der Habsburger schlagen lies als Schlachten für das deutsche Volk, und die dort, wo Hunderttausende und Millionen Deutscher geopfert wurden für den nichtsnuigsten Zweck, für den je Menschen geopfert worden sind, sprach von der großen deutschen Sache, für die deutsche Söhne gefallen seien. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wenn es noch Wahrheit wäre, daß sich hinter dieser Politik Machiavellismus verbarg! Aber wenn es ein Machiavellismus war, dann war es der von Auffig oder Trautnau. Es war die Unfähigkeit von Kleinbürgern, sich hinauszudenken aus den Bosheiten und Nichtigkeiten ihres engen Daseins. Sie wußten ja selbst — hätten sie doch sonst die schlimmsten Toren sein müssen —, daß, wenn dieser Krieg auch siegreich enden würde, er gegen das deutsche Volk ausfallen müsse, gegen das deutsche Volk im Reiche und gegen das deutsche Volk hier. Sie wußten, daß jeder Sieg uns über Grenzen hinausführen werde, wo wir statt Gewinn nur neue Verlegenheiten finden werden, eine neue, schlimmere Entmachtung der Deutschen innerhalb Österreichs und eine labilere Stellung des Deutschen Reiches in Europa. Sie wußten, daß ein Sieg der deutschen Waffen vor allem bedeutet hätte die Aufrichtung jenes dreibeinigen habsburgischen Reiches Österreich-Polen-Ungarn, das von dem Tage seines Entstehens an die ewige Gefahr des mitteleuropäischen Friedens, die ewige Gefahr für die Deutschen in Österreich und für die Deutschen im Reiche gewesen wäre. Sie wußten es und es genau wissend, haben sie den austropolnischen Plan unterstützt, weil eben zum Entgelt dafür die „Belange“ die Möglichkeit gaben, einen seit Jahrzehnten unter kleinen Advokatenkniffen geführten Prozeß mit Kramář und Stránský mit einem scheinbaren Erfolg zu schließen. Wenn etwas uns mit Entsezen, mit Grauen durchdringen muß, so ist es die Nichtigkeit, die Kleinheit, die Erbärmlichkeit der Kräfte, die in diesem Staate wirksam waren, um das furchtbare Geschehen, das die Geschichte gesehen hat, hervorzurufen. Nicht einmal Größe der Bosheit, nicht einmal Größe des Gemeinen war hier lebendig. Sondern ein müffiger, horizontaler Provinzgeist und eine in der Vergangenheit erstarnte diplomatische Machtrechnerei haben Weltgeschichte und Weltschicksal spielen dürfen, haben Millionen begraben dürfen unter der kühlen Erde, haben unschätzbare Kulturgüter zerstören dürfen, haben verwandeln dürfen ein blühendes Kulturvolk

in ein Volk armer Bettler, die heute ihr Brot bei dem Feinde erbitten müssen.

Das ist es, was wir die Mitschuld des deutschen Bürgertums nennen. Doch liegt darin keine Begründung für die Übergriffe des Friedensvertrages, der eine Verantwortung konstruiert, wo sie nicht war. Denn der deutschbürgerliche Anteil an der habsburgischen Politik, er war kein Anteil der Entscheidung und kein Anteil des Antriebes. Es waren nur sich hinzudrängende Bediente eines hohen Herren, der ohne sie seiner Wege gegangen wäre und bei der Heilheit der Wiener Presse es auch ohne jede Parteiunterstützung zuwege gebracht hätte, vor Europa den Schein einer Volksbewegung zu erwecken, vor Europa, das immer und sogar heute noch diese Wiener Presse liest, als wäre sie die Vertreterin eines Volksteils, einer Volksstimme, sie, die doch nichts anderes vertritt als die Anmaßung ihrer Herausgeber und den Geschäftsgenossen der Unternehmungen, die dahinter stecken. Allein wenn wir dies feststellen, wenn wir feststellen, daß Clemenceau kein Recht hat, einen Zusammenhang zwischen dem armen, schwachen deutschösterreichischen Volke, das nie lenkend, nie bestimmend in dem alten Reiche war, und dem Ausbruch des Krieges herzustellen, so dürfen wir erst recht die Vertreter der Nachfolgestaaten in Paris fragen, ob sie sich denn nicht schämen, daß sie diese Anklage nicht nur mit unterschrieben haben: nein, sie waren es ja, die sie den großen, gebietenden Herren eingesetzt haben. Wissen die Tschechen nichts von der deutschen Sozialdemokratie, die heute wie damals schon die Mehrheit des deutschen Volkes in Österreich verkörperte? Wissen Sie nichts mehr von jenen beispiellos tapferen Kämpfen, die die „Arbeiter-Zeitung“ gegen das Unrecht geführt hat, das während des Krieges gegen die Tschechen verübt wurde? Hat der Herr Kramář schon vergessen, daß er und alle die andern, die unter dem Fallbeil der Militärgerichte standen, keine andere Zuflucht hatten als unsere Hilfe, keinen andern Anwalt als unseren Mut? Und vor denselben Renner, bei dem Kramář und die andern alle, die Südslawen besonders, so oft in jenen traurigen Tagen der Militärdiktatur Rat suchten, wagt er hinzutreten mit der Anklage, das deutschösterreichische Volk, das deutschösterreichische Volk in seiner arbeitenden Mehrheit hätte etwas gemein mit den Schurkereien der Habsburger, hätte etwas gemein mit dem vergossenen Blut, das dieses Regime brutaler Unfähigkeit innerhalb und außerhalb der Grenzen seines Reiches während des Krieges in Strömen ausgeschüttet hat! Es gibt keine schlimmere Fehlerei, als sie in dieser Haltung der Vertreter der Nachfolgestaaten kündigt.

Oder gibt es doch vielleicht noch eine schlimmere Fehlerei? Ach, schlagen wir nur an

unsere eigene Brust! Meine Herren und Frauen! Das deutsche Bürgertum Österreichs, das gehorsam im Gefolge der Habsburger ging, das für ein Linzgericht seine Freiheit, ja sein Dasein für eine erhoffte kurzlebige Gnadenepoche einer freundlichen Unterstützung durch den Hof dahingab, dieses Bürgertum hat, kaum daß der Zusammenbruch geschah, gar selbstsam die Richtung seiner Politik gewandelt. Wir sind in den Tagen tiefster Trauer, tiefster Zerstörung und kein Bemühteln, kein Beschönigen ist mehr unser Recht, bekennen wir es also offen: Das Bürgertum aller Länder, der Kapitalismus aller Völker wird, wo sein Gewinn in Frage kommt, sich wenig kümmern um Moral, um Humanität und um alle die edlen und großen Grundsätze, mit denen sich sonst die Programme der bürgerlichen Politik schmücken. Es wird um einen guten Gewinn seine politische Freiheit schachern, es wird um einen fetten Profit die Demokratie hingeben. Eines ist aber wohl noch bei keiner anderen Nation Ereignis geworden, daß die Bourgeoisie auch ihr Volk verkauft. Die deutsche Bourgeoisie aber — wir müssen es gestehen, die bittersten, die schmerzlichsten, die demütigendsten Erfahrungen der letzten Monate lehren es uns — ist imstande, ihr Volk zu verkaufen, und zwar dann zu verkaufen, wenn dieses Volk zerstört, blutend, niedergetreten zu Boden liegt. Sprechen wir nicht von den Dreistigkeiten, deren sich Franzosen am Rhein erkämpfen — sie wären nicht möglich, wenn es dort nicht Leute gäbe, die Vertreter der Schwerindustrie und ähnliches Gelichter, die früher, solange der Nationalismus als Knüppel gegen die Arbeiter zu verwerten war und als ein Hilfsmittel des Kriegsgewinns, die Nationalisten der Nationalen waren und die jetzt in weisen Erwägungen schon lange bedenken, ob es nicht doch vernünftiger wäre, eine selbständige Republik zu gründen und den neuen Herren jenen Keltengeist bedientenhaft vorzuspielen, auf den sich ein frivoler Redner in der Pariser Kammer berufen hat. Und die Verräter am Rhein stehen nicht allein! Wir haben auch unsere heimischen oder jetzt leider nicht mehr heimischen Kelten in den Sudetenländern kennengelernt und wahrlich, bei ihrem Anblick wandelt sich wieder, wie so oft, wenn man zu dem alten, geliebten Österreich zurückkehrt, Wut und Zorn in physischen Ekel. Das also waren die Kerle, die unsere Arbeiter Jahrzehntelang des nationalen Vertrates bezichtigt, die alle Hunde der chauvinistischen Demagogie hinter ihnen hergetrieben, die mit der nationalen Phrase das Kleinbürgertum gegen die Forderungen der Arbeiter aufgeboten haben — das also waren diese Kerle, die erzdeutschen deutschböhmischen Fabrikanten, die, kaum daß das heilige Reich der „Bellange“ zusammengebrochen war (*Heiterkeit*), sofort den Weg zu den neuen Herren fanden und sofort

klug und weise die Nützlichkeit und Notwendigkeit des Zusammenhangs zwischen Prag und dem nordböhmischen und westböhmischen Industriegebiete zu erwägen und zu berechnen wußten. Sie waren die ersten Überläufer, und ich wage die Behauptung, daß der moralische Widerstand, der in Böhmen anfänglich bei manchen Tschechen gegen den Imperialismus lebendig war und der jetzt ganz erloschen ist, daß dieser moralische Widerstand vielmehr wohl die Furcht vor dem aberwitzigen Versuche, $3\frac{1}{2}$ Millionen Menschen unter die Gewalt von $6\frac{1}{2}$ Millionen Menschen zu bringen — eines der tollsten Wagnisse der Geschichte überhaupt —, daß diese Furcht, diese Bedenken sich zum Teil dadurch auflösten, daß jene zwar nichtsbedeutenden und fast gar keine ernsthaft in Betracht kommenden Volkschichten verkörpernden aber desto mehr im Vordergrund stehenden, desto mehr Lärm verbreitenden Vertreter des Kapitalismus sich in so früher und so vollendet Devotion den Annahmen des tschechischen Imperialismus unterwarfen.

Und weil das böhmische Beispiel so schön war, so haben wir es in Wien nur in großstädtischer Erweiterung redlich nachgemacht. Die Geschichte des Kampfes gegen den Anschluß, meine Herren und Frauen, ist vor allem innere Geschichte, sie ist ein Kapitel unserer Moralgeschichte. O, es wird die Menschen der Zukunft immer bis zur Drolligkeit selbstsam berühren, sie als weltgeschichtliche Posse anmuten, daß auf demselben Papier, auf dem alle die Brandartikel gegen die Entente, gegen das dreimal versuchte Albion, gegen Serben und Russen und Italiener zu lesen waren, daß auf demselben Papier nach dem Zusammenbruch die Machträger der Entente unmittelbar zum Wiener Volk reden durften. Ja, dieselbe Motivform an derselben Stelle des Blattes und von derselben Hand geschrieben, die einst die Lügen des Ballplatzes verbreitete, verbreitet jetzt die Heilswahrheiten verschiedener hoher Herren aus der Fremde, die uns heute zu gebieten haben. Es ist der immer gleich bereite Gehorsam, und ich bin mir dessen gewiß, daß diejenigen, die heute in den Vorzimmern aller möglichen Missionen sich herumdrängen, sich morgen ebenso in den Vorzimmern der Beamten der Kommission schmiegen werden.

Und nun frage ich Sie: Hat der Kampf, den diese Presse gegen den Anschluß führte, nicht den Anschlußgedanken in Wahrheit getötet? Sie werden sagen, das ist eine Übertreibung, der Wille der Entente sprach dawider. Ich werde mir das nicht ohne weiteres entgegnen lassen. Mögen die heutigen Gewalthaber der Entente auch mit diktatorischen Geberden auftreten, sie sind nicht russische Generale von einst, nicht österreichische Staatsanwälte von einst. Sie kennen das Volk, aus dem sie emporgestiegen sind, dieser Kenntnis, der sicheren

Beobachtung und Beherrschung der Volksseele, ver- danken sie allein ihre Macht. Lloyd George und Clemenceau werden Sie nicht lehren, was wirk- licher Volkswille vermag, denen werden Sie nicht eintreden, daß ein geschlossen denkendes und fühlen- des Volk wirklich einem fremden Gebot unterworfen werden könnte. Es ist sicher, wenn hier ein einiger, ungebrochener zweifelloser Wille zutage getreten wäre und wenn das Treiben der Wiener Presse nicht die Politik, die wir, die Sozialdemokraten, in der Person meines Parteifreundes Bauer hier machten, nicht konterkariert hätte, so hätten die Dinge einen anderen Ausgang nehmen müssen. Denn die fein- siebenden Seelenkenner, die feinfühlenden Beobachter der Massenpsyche, die englischen und die französischen und amerikanischen Volksbeherrschter wissen, daß, wenn ein Volk etwas wirklich will, wenn es etwas leidenschaftlich will, wenn in dem Volke ein Frei- heitsgedanke groß und stark und unbeugsam walitet, wenn es keinen gibt, der an diesem Gedanken zweifelt, wenn dieser Gedanke herrscht als Gefühl des Unter- bewußtseins und jedes zutage tretende Gespräch und das ganze Handeln eines Volkes bestimmt, so wie es bei den Freiheitsgedanken der Italienern der Fall war: dann gibt es keine Gewalt und am wenigsten heute eine Gewalt, die mehr als Ephemeris erzeugen könnte, sobald sie Scheidungen schafft, wo das Band der nationalen Einheit nicht in Worten, nicht in Programmen, sondern in der ungebrochenen Kraft des Gefühles lebt.

Und es war nun das Vergehen der Wiener bürgerlichen Presse, diese Front durchbrechen und vor die Schicksalsentscheidenden in Paris das täuschende Bild zu stellen, als wäre hier ein Schwanken und ein Wanken, und als wären wir bereit, um irgend- einen niederen Lohn die Verbindung, das Blutband mit dem deutschen Volke im Reich aufzugeben. Und das war mindestens, wenn auch nicht das volle Maß der Gründe, so doch sicher — und der späte Eintritt der Verbotsklausel spricht auch für meine Auffassung — ein gewaltig bestärkender Grund für das Vorgehen der Entente.

Man kann aber, meine Herren, solche fes- same Handlungen nicht in die Welt setzen, ohne daß sie auch ihre Folgen zeitigen. Es wird vielleicht einmal bekannt werden, mit welch freigebiger Brüderhand uns Deutschland empfangen, wie wahrhaft brüderlich es mit uns die Lasten teilen, wie es uns wirk- lich die Möglichkeit bieten wollte, wiederum aufzu- leben. Und wenn diese ganze Wahrheit bekannt werden wird, dann wird die Wut, die Empörung sich im Volke erheben, das man betrogen, dem man die letzte Möglichkeit zu einem selbständigen und erträg- lichen Dasein abgeschnitten hat. Aber gut. Sie ist nun abgeschnitten. Dieselben, die uns hinein- getrieben haben in das Blutmeer des Krieges

als Diener einer höheren Gewalt, die haben nun als Diener einer fremden Gewalt daran mitgewirkt, daß dieses letzte Band, das uns ans Leben bindet, zerrissen wurde. Da stehen wir nun, ein Trümmer- werk! Stehen verlassen, allein. Ach, wollen wir doch keine Phrasen gebrauchen! Wir können in Wahrheit nicht leben, dieser Staat mit einer Landwirtschaft, die nur für wenige Monate des Jahres den Bedarf deckt, ohne Rohstoffe, ohne die großen Industrien, diese Verquickung einer Weltstadt mit den starren- den Felsen der Alpen: wo sind seine Lebens- möglichkeiten? Ist seine anbefohlene Unab- hängigkeit nicht die traurigste Hungerabhängigkeit? Ja, das ist die Tatsache und diese Tat- sache muß auch ihre Folgen zeitigen. Meine Herren, wenn wir an Deutschland angeschlossen wären, es wäre sicherlich kein leichtes Dasein ge- wesen. In die Tiefe hinabgestürzt mit dem deutschen Volk — aber wie seicht ist diese Tiefe gegenüber dem Abgrunde, in dem wir liegen — in diese Tiefe hinab- gestürzt hätten wir uns doch wieder hinaufgearbeitet mit dem deutschen Volke, mit diesem Volke, das, sobald die inneren Wirren vorbeigehen, sich wieder aufrichten wird in seiner alten Kraft und Tatenlust und das, in seinen weiten Grenzen auch die materiellen Voraussetzungen für den Wiederaufbau der Wirtschaft hat. Wir haben sie nicht. Und wenn daher das Bürgertum in Deutschland mit dem Reichsnottopfer wegkommen kann, so wird es bei uns bei dem Reichsnottopfer nicht bleiben. Uns geht es an die nackte Existenz und für diese nackte Existenz der 6 Millionen wird die verfehlte Politik seines Bürgertums bezahlen müssen. Wir werden andere als Reichsnottopfer fordern müssen, wir werden anders, radikal hineinschneiden müssen in den Vermögenskörper des Kapitalismus von Deutsch- österreich, der sich zweimal den Luxus gestattet hat, weltgeschichtliche Tollheiten zu begehen. Dieses Urteil spricht nicht die Bosheit einer Partei, sondern die Not des Sechsmillionenvolkes wird es fällen und wird die Vollstreckung heischen.

Aber weil die Dinge so liegen, hat es mich einigermaßen gewundert — ich möchte mich wahr- lich nicht in Polemik versetzen —, daß mein Vor- redner Ihnen vorschlagen konnte, daß wir auf Grund- lage des jetzigen Vertrages den Frieden nicht schließen möchten. Er hat uns die tröstliche Versicherung gegeben, es sei noch nicht das letzte Wort. Aber bei aller Achtung vor dem Redner — ich weiß nicht, ob wir ihm mehr Glauben schenken sollen als der Entente, die gesagt hat, es sei ihr letztes Wort, und die ausdrücklich erklärte, daß sie, wenn wir dieses letzte Wort nicht mit einem endgültigen „Ja“ erwiedern, ihre Maßnahmen ergreifen werde. Mein Vorredner hat gemeint, die Entente gelte für so menschlich und sie werde doch $6\frac{1}{2}$ Millionen Menschen nicht verhungern lassen. Meine Herren

und Frauen, für diese $6\frac{1}{2}$ Millionen Menschen sind wir verantwortlich und wir können es auf keine Probe der Menschlichkeit Anderer ankommen lassen! (*Lebhafte Zustimmung.*) Wir müssen die Bürgschaften dafür haben, daß diese $6\frac{1}{2}$ Millionen Menschen leben können und wir wissen seit Monaten: sie können nur Dank der Hilfe der Entente leben, sie leben nur durch ihre Gnade und wir möchten es nicht auf eine auch nur 14tägige Probe der Ungnade ankommen lassen. (*Sehr richtig!*)

Weil dem so ist, so bestreite ich den Herren von der Großdeutschen Partei das Recht, heute Opposition zu machen. Man kann sonst in anderen Fragen in der Opposition sogar manchmal um Grade über das hinausgehen, was man selbst leisten könnte, weil es doch noch immer in der Linie dessen liegt, was man leisten will und weil im Kampfe Übertreibungen vorkommen dürfen. Aber man kann nie etwas fordern, was man selbst dem Begriff nach nie leisten könnte. Und stünden Sie heute da als Verantwortliche, wüßten Sie nicht, daß ihr Votum gedeckt ist durch unser Votum, unschädlich gemacht ist durch unser Votum (*lebhafte Zustimmung!*), so würden Sie es selbst nicht wagen, Nein zu sagen, sondern würden genau so Ja sagen wie wir. Und wäre dies aus keinem andern Grunde notwendig, so wäre es notwendig um dieser Hunderttausende willen, die draußen in der Kriegsgefangenschaft schmachten (*lebhafte Zustimmung*) und denen jeder Tag der Verzögerung neue Häufung ihrer Qualen bedeutet. Vergessen wir nicht, daß jeder Monat, der draußen für unsere Gefangenen vergeht, neue Tausende von Todesopfern fordert. Sie zu retten, sie zu ihren Familien zurückzuführen und ein schwer zerrüttetes Dasein wieder aufzubauen zu lassen auf einem neuen Untergrunde, das ist eine unserer heiligsten Pflichten.

Allein wenn wir darum sagen: Wir müssen unterschreiben, so tun wir es wahrlich in dem vollen Gefühl dessen, was diese Handlung bedeutet. Wir tun es wie jemand, der seine Waffe zückt gegen das, was ihm das Liebste und Teuerste ist. Denn wir täuschen uns darüber nicht, daß die Annalen dieses Friedens eingeschrieben sein werden in den Sterbelisten unserer Säuglinge, eingeschrieben sein werden auf den blässen und abgehrimten Gesichtern unserer Kinder und Frauen, ausgedrückt sein werden in der ergebnislosen Arbeitsqual unserer Männer. Und, was dem rechten Manne noch mehr ist als Leben und Gesundheit: wir wissen, daß wir mit diesem Friedensvertrage unsere halbe Selbständigkeit, unsere halbe Freiheit dahingeben, daß wir unserer halben Souveränität beraubt sind, daß über uns eine Macht gesetzt ist, die uns dient zur Vernechtung, denen aber, die sie über uns gesetzt haben, wahrlich nicht zum Ruhme. (*Zustimmung.*)

Aber wir müssen, wir müssen, weil wir sonst zu Mördern werden an denen, denen wir Vertreter sind. (*Lebhafte, langanhaltender Beifall und Händeklatschen.* — *Beifall auf der Galerie.*)

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Reut-Nicolussi.

Abgeordneter Dr. Reut-Nicolussi: Hohe Nationalversammlung! In der Stunde, in der sich die Wolken eines schweren Verhängnisses über Tirol zusammenballen, bin ich von meinen Kollegen aus Tirol beauftragt worden, hier unsere Auffassung zum Friedensvertrag zum Ausdruck zu bringen. Die Ausführungen des Herrn Staatskanzlers entheben mich der Verpflichtung, auf die Fadenscheinigkeit und Unhaltbarkeit jenes einzigen strategischen Grundes hinzuweisen, den die Entente angeführt hat, um die Abtretung Südtirols, seine Auslieferung an Italien zu rechtfertigen. Vielleicht ist es aber nicht zwecklos, daß ich hier nur die geschichtliche Tatsache feststelle, daß im Verlaufe des letzten Krieges die ganze österreichisch-ungarische Wehrmacht dreimal versucht hat, die südliche Barriere der Alpen im Lande Tirol zu durchstoßen und Italien tatsächlich so zu bedrohen, wie es die Entente im Begleitschreiben zum Friedensentwurf darstellt. Es ist jedesmal mißlungen. Hohe Nationalversammlung! Wäre die Grenze in Tirol so gezogen, wie es Vernunft und Recht gebieten, so würde Italien zu dieser letzten Barriere noch vier weitere starke, unüberwindliche Zonen für seine Verteidigung bekommen. Es ist also von diesem Gesichtspunkte historisch widerlegt, was im Begleitschreiben zum Friedensentwurf der Entente für diese Bergewaltigung Tirols angeführt ist.

Nun zur Haltung der Tiroler Abgeordneten zum Friedensvertrag. Erlauben Sie mir, daß ich Ihnen zur Kenntnis bringe, was der Tiroler Landesrat über den Friedensvertrag, dieser Tage beschlossen hat (*liest*):

„Laut der der deutschösterreichischen Delegation zugekommenen Antwortnote der Friedenskonferenz ist über den Inhalt des Friedensvertrages die endgültige Entscheidung gefallen. Die Bestimmungen des zweiten Abschnittes über die Staatsgrenzen, wodurch Deutschsüdtirol Italien zugesprochen wird, wurden trotz aller Einwendungen und Proteste nicht geändert. Tirols Einheit soll zerschlagen, das deutsche und ladinische Südtirol soll seiner Freiheit beraubt und, ohne daß die Bewohner gefragt würden, gegen deren Willen einem volksfremden Nationalstaate unterworfen werden.“

Die Frage, ob dieser Vertrag im Namen von Deutschösterreich unterzeichnet und von der deutschösterreichischen Nationalversammlung ratifiziert

wird, hält der Tiroler Landesrat bei der Zwangslage, in der sich Deutschösterreich befindet, für nebensächlich.

Entscheidend erscheint der Vertretung des Landes Tirol, daß kein Rechtsfriede, sondern ein Gewaltfriede vorliegt, auferlegt unter Bedingungen, durch welche die von den siegenden Staaten selbst als Grundlage des Friedens verkündeten Rechtsgrundsätze vergewaltigt werden.

Tirol erkennt daher den Zustand, der durch den Frieden geschaffen werden soll, nicht als Rechtszustand an und wendet sich jetzt an den Völkerbund, damit er dem betreffs Südtirol mit Füßen getretenen Selbstbestimmungsrechte Anerkennung verschaffe und im Interesse der Aufrechthaltung des Friedens und gerechter und ehrenhafter Beziehungen zwischen den Nationen das schwere Unrecht beseitige, das dem Lande Tirol widerfahren ist."

Das, hohe Nationalversammlung, ist der Beschluß des Tiroler Landesrates zur Friedensfrage. In Südtirol haben im Verlaufe der letzten Woche die Vertreter sämtlicher Parteien beim italienischen Gouverneur Gredaro vorgesprochen und haben ihm einmütig eine Rechtsverwahrung zur Kenntnis gebracht, womit sie den Friedensvertrag in der jetzigen Fassung ablehnen und für immerwährende Zeiten auf dem Selbstbestimmungsrechte Südtirols bestehen. Sie werden es mir zubilligen, daß ich als Südtiroler keine andere Haltung einnehmen kann. Es ist jedes Pathos zwecklos und es ist auch unmöglich, jene Gefühle zu schildern, die einen Mann beseelen, der in den Reihen der Tiroler Jäger gegen Italien gekämpft, der beim Schutze seines Vaterlandes sein Blut vergossen hat und jetzt mit seinem Volke in die Knechtshaft wandert. Nur eines kann ich sagen: gegenüber diesem Friedensvertrage haben wir mit jeder Faser unseres Herzens, in Zorn und Schmerz nur ein Nein, ein ewiges und unwiderrufliches Nein! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Hohe Nationalversammlung! Ich kann nicht gegen die wichtigen Gründe polemisierten, denen sich ja niemand verschließen kann, welche die Nationalversammlung bestimmen werden, vielleicht einen anderen Beschluß zu fassen, als er eben uns diktiert ist. Aber ich kann hier in Ihrer Mitte namens meiner Parteifollegen aus Tirol nur feststellen, daß Tirol selbst an dieser Entscheidung keinen Anteil haben will, daß es sich weder positiv noch negativ an dieser Entscheidung beteiligen kann und daß wir daher an der Beschlusffassung über die Unterfertigung des Friedensvertrages nicht teilnehmen werden.

Wenn ich dieser Präzisierung unseres Standpunktes noch etwas hinzufügen möchte, so ist es eine Bitte: Es wird jetzt in Südtirol ein Verzweiflungskampf beginnen um jeden Bauernhof und um jedes Stadthaus, um jeden Wald und um

jeden Weinberg, es wird ein Kampf sein mit allen Waffen des Geistes und mit allen Mitteln der Politik, ein Verzweiflungskampf deshalb, weil wir eine Viertelmillion Deutsche sind gegen 40 Millionen Italiener, wahrhaft ein ungleicher Kampf! Verehrte Damen und Herren! Sowohl aus den Worten des Herrn Staatskanzlers wie aus jenen des Herrn Präsidenten Hauser hat das Versprechen geklungen, daß Sie die Solidarität der Sprache, der Kultur und der Geschichte, die Südtirol bisher mit Deutschösterreich verbunden haben, nicht vergessen wollen. (Rufe: Gewiß nicht!) Wir nehmen Sie beim Worte. Wenn wir jetzt in diese finstere Zukunft hineingehen, so soll das doch unser einziger Trost sein, daß wir Landsleute und Volksgenossen haben, die uns in unserer Stunde der Not nicht vergessen, die uns in diesem entsetzlichen Ringen, das nun anhebt, ihre Hilfe leihen werden, jene Hilfe, die sich ergeben muß aus unserer gemeinsamen deutschen Freiheitsliebe.

Gestatten Sie, daß ich hier daran erinnere, wie Jakob Grimm vor genau 71 Jahren in der Frankfurter Nationalversammlung als ersten Artikel der deutschen Verfassung die Worte vorgeschlagen hat: "Alle Deutschen sind frei, deutscher Boden duldet keine Knechtshaft und selbst der fremde Unfreie, der ihn betritt, wird frei." Meine Herren und Damen, die Zukunft hat nur zwei Möglichkeiten: Entweder werden aus dem Angesichte der Menschheit jene häßlichen Falten des Hasses, der Rachsücht und der Raubgier weggeschaut und es wird das Recht neu geboren, oder aber es muß zu einem deutschen Sklavenaufstand kommen, damit wieder wahr werde, daß alle Deutschen frei sind, daß deutscher Boden keine Knechtshaft kennt und daß sogar der Fremde, der auf unsern Boden kommt, hier in deutscher Luft frei wird. (Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen. — Redner wird vielseitig beglückwünscht.)

Präsident: Zu einem formellen Antrag hat sich der Abgeordnete Forstner zum Worte gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Forstner: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Präsident: Ich bitte die Plätze einzunehmen. Der Abgeordnete Forstner beantragt Schluß der Debatte. Ich bitte jene Mitglieder, die dem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Zum Worte sind noch gemeldet: Für die Abgeordneten Kunischak, Burian, Schönsteiner, Födermahr, Seipel, Aigner, Goldemund, Heinl, Meißner, Hermann, Pick, Ellenbogen,

Polke, Hölzl, Dvořák; gegen sind gemeldet die Abgeordneten Skaret, Muchitsch, Richter, Forstner, Adler, Hueber, Schiegl, Danneberg, Butte, Schönbauer, Kittinger, Ursin, Gimpl, Mayr, Eisenhut, Fischer, Molinari, Paulitsch, Steinegger, Niedrist, Dr. Lachner, Haueis, Kraft.

Ich bitte die Mitglieder, die sich pro eingezeichnet haben, sich rechts, und die Mitglieder, die sich kontra eingezeichnet haben, links zur Wahl der Generalredner zu versammeln. (Nach Vornahme der Wahl:) Zum Generalredner kontra wurde Abgeordneter Muchitsch, zum Generalredner pro Abgeordneter Kunschak bestimmt.

Nachdem der letzte Redner ein Kontraredner war, ertheile ich dem Generalredner pro, Abgeordneten Kunschak, das Wort.

Abgeordneter Kunschak: 'Hohes Haus! Die größte Tragödie unseres Volkes und nicht nur dieses allein, sondern die Tragödie Europas und der gesamten Menschheit hebt zum Schlußakte an. Erschütternd sind die Bilder, die sich in diesem Augenblick vor unserem Auge auftun, und wenn in unserer Brust zwei Gefühle um die Vorherrschaft ringen, ist es schwer zu entscheiden, welches von beiden den Vorrang erhalten soll: Die tiefe Beschämung ob der uns zugesuchten Erniedrigung oder die Empörung ob des unerhörten Unrechtes und der Vergewaltigung, die man uns zufügt, wobei man noch die ganze Menschheit anruft als Zeugen des „Wohlwollens“, das man uns gegenüber im Herzen trage.'

Wir sollen entscheiden über die Frage, ob der uns von unseren Abgesandten nach St. Germain überbrachte Friedensvertrag unterschrieben werden soll oder nicht. Eigentlich klingt es ganz unverständlich und widersprüchsvoll, wenn wir uns die Rolle des Entscheiders zunimmen. Die Frage ist doch entschieden, die Nationalversammlung hat gar nichts mehr zu entscheiden. Entschieden war sie an dem Tage, als die Machthaber in Paris unter ihr Machwerk die Unterschrift gesetzt und ihren Abgesandten zur Überreichung an unsere Delegation beauftragt haben. Unsere Aufgabe ist heute nur mehr die Erfüllung einer Formalität. (Sehr richtig!) Denn, wenn man jemandem eine Entscheidung unterbreitet, muß man ihm vor allem andern die Freiheit der Entschließung geben und die hat man uns durch das kategorische Entweder-Oder längst genommen. (Zustimmung.)

Die Freiheit der Entschließung ist uns nicht gegeben. In dem Augenblick, wo wir die Frage beantworten sollen, ob wir uns in die Knechtschaft der sogenannten Sieger — Sieger bar jeder

Gerechtigkeitsgefühls und bar jeden ritterlichen Sinnes (Sehr richtig!) — begeben sollen, sind wir ja längst schon Knechte geworden. Als unsere Abgesandten dieses Machwerk, dictiert von Rantune, von Haß und Heuchelei, entgegengenommen haben, war uns schon der Stempel der Knechtschaft auf die Stirne gedrückt. Wir sind kein freies Volk mehr, kein freier Staat mehr, und wir sind nicht mehr der Willensvollstrecker eines freien Volkes, wir sind zu Statisten des Willens der Entente heruntergesunken. Unsere Aufgabe ist es nicht mehr, eine positive Handlung zu vollziehen, sondern dekorative Wirkungen hervorzubringen, damit das Schandwerk in der Öffentlichkeit etwas günstiger und schöner ausgehe. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Eine Erfahrung des täglichen Lebens drückt sich aus in dem Worte: Kleider machen Leute. Je größer der Lump, um so mehr ist er bemüht, sich möglichst fein herauszustaffieren. Durch die Kleidung will er verbergen, was ihm an innerem Wert, an seinem Charakter und seiner Moral gebreicht, durch die Kleidung will er imponieren und täuschen. Die Kleidung, die gute Auswahl der Kleidung ist bei ihm gleichzeitig auch noch der Ausdruck eines gewissen Schamgefühles. Wenn er schon ein Lump ist, will er wenigstens nicht gleich auf den ersten Blick von aller Welt als Lump erkannt werden. (Zustimmung.) Der Arzt wieder, der einen Schwerkranken zu behandeln hat, verabreicht ihm gefährliche oder sehr unschmackhafte Medikamente in Umhüllung. Die bittere Pille wird verzuckert oder wenigstens vorher in eine Oblate eingewickelt. Was uns hier als Friedensvertrag geboten wird, ist uns auch nicht nackt gegeben worden, ist auch gekleidet, eingehüllt in eine sogenannte Mantelnote, ist eingehüllt in eine Oblate. Wenn wir aber diese Mantelnote auf ihre Schönheitswirkung, wenn wir sie auf ihre Schmackhaftigkeit und auf den Geschmack prüfen, dem sie ihr Entstehen verdankt, dann muß man sagen, die Herrschaften haben kein Gewicht darauf gelegt, in der Öffentlichkeit den wahren Charakter ihrer Absichten durch eine hübsche Mantelnote zu verbergen. Sie haben gar nicht das Bedürfnis empfunden, die bittere Pille durch freundliche Worte uns schmackhafter erscheinen zu lassen. In voller Schamlosigkeit stellen sie den Friedensvertrag vor uns, in volle Schamlosigkeit haben sie ihn eingehüllt . . .

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich muß den Herrn Redner bitten, sich in seinen Ausführungen vorsichtiger auszudrücken und, obwohl ich von vornherein annehme, daß er nicht die Absicht hat, sich in beleidigenden Äußerungen zu ergehen, doch auch den Schein zu vermeiden, als wollte er Beleidigungen gegen die

Mächte aussprechen, zu denen wir eben in freundschaftliche Beziehungen treten sollen.

Abgeordneter Kunzthakl: Ich erlaube mir selbstverständlich gegen die Ermahnung des Herrn Präsidenten keinen Widerspruch und konstatiere, daß es mir nicht einfällt, gegen irgend jemand beleidigend aufzutreten. Aber des deutschen Mannes Pflicht ist Wahrhaftigkeit. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wenn des Kindes Name häßlich ist, dann mögen seine Väter das verantworten. (Zustimmung.) Die Mantelnote, die uns hier vorliegt, macht auf uns sofort den Eindruck, daß es sich hier nicht um eine Oblate handelt, die man verwendet, um etwas leichter zum Schlucken zu bringen, sondern daß es sich hier um ein Kleid handelt, das man vorher in die Fauche getaucht hat, um schon unserem Geruchssinne zum Bewußtsein zu bringen, daß wir Knechte geworden sind, die des Stallgeruches nicht mehr los werden sollen. (Lebhaftes Zustimmung.)

Es wird uns in dieser Mantelnote vor gehalten, warum wir so gedemütigt werden müssen, was wir an der Menschheit und an unseren Feinden verbrochen haben, daß wir so gezüchtigt werden müssen. Die Mantelnote besagt, daß wir eines der unerhörtesten Verschulden dadurch uns haben zu schulden kommen lassen, daß der Sitz der Regierung in unserer Hauptstadt gelegen hat, der Sitz der alten österreichischen Regierung in Wien war. Also ein ganz lokales Moment wird uns hier als Verbrechen angedichtet. Die Vertreter der Entente übersehen aber, daß das Wien von heute nicht mehr das Wien von ehemalig ist. Das Wien von heute ist die deutsche Hauptstadt des kleinen deutschen Österreich, das Wien von ehemalig war die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt. Ein gewaltiger Unterschied in der Bewertung der Bedeutung der Stadt von einst und jetzt! Daß die Regierung von damals, die Regierung, die den Krieg erklärte, die Regierung, die den Krieg führte, die Machthaber, die den Krieg verloren haben, ihren Sitz in Wien hatten, dafür kann man unmöglich uns die Verantwortung aufladen, es uns noch zur Schuld anrechnen, uns, die schon längst in aller Klarheit und Deutlichkeit jede Gemeinsamkeit und Gemeinschaft mit den verantwortlichen Faktoren von ehemalig gelbst haben. Und man müßte doch untersuchen, wer denn diese verantwortlichen Faktoren von damals waren. Waren das etwa nur Vertreter der Deutschen in Österreich oder des kleinen Restes der Bevölkerung von Deutschösterreich? Keineswegs.

Es wird uns weiter die kühne Behauptung an den Kopf geworfen, daß unser Volk, also die Bevölkerung des kleinen Deutschösterreich, den Krieg stürmisch mit seinem Beifall begrüßt habe und vom Beginn bis zu dessen Ende sein glühender Anhänger

gewesen sei. Auch diese Behauptung kann nur auf völlig unzutreffenden und unzulänglichen Informationen beruhen, die von bewußt die Tatsachen fälschenden Informatoren gegeben worden sind. (Sehr richtig!) Es ist nicht geleugnet und soll nicht geleugnet werden, daß, als der Krieg ausbrach, durch große Teile der Bevölkerung, durch den größten Teil der Bevölkerung, nicht nur der deutschen Bevölkerung, sondern all der Nationen, die Österreich-Ungarns Bevölkerung ausgemacht haben, ein Aufruhr der Erleichterung gegangen ist, daß man wirklich den Kriegsausbruch begrüßt hat. Das hat aber nicht dem Ausbruch des Weltkrieges gegolten, sondern dem Ausbruch einer kriegerischen Entwicklung zwischen der Monarchie und dem kleinen Serbien. Damals hat von den Leuten, die dem Kriege zugestimmt haben, niemand daran gedacht, daß sich dieser Krieg auch gegen Frankreich und Russland richten werde, gegen England und Amerika und schließlich auch gegen Italien, dessen Vertreter damals Huldigungen in Wien dargebracht worden sind, die dieser mit Worten der Zustimmung und Zeichen des Dankes vom Balkon der italienischen Gesandtschaft herunter quittiert hat. (Sehr richtig!) Also nicht allein die deutschösterreichische Bevölkerung, die österreichisch-ungarische Bevölkerung hat in ihrem großen Teile den Krieg begrüßt, den Krieg zwischen Serbien und Österreich-Ungarn. Daß dieser Krieg sich zum Weltkrieg ausgewachsen hat, mögen jene Leute geahnt haben, die in die Verhältnisse näher eingeweiht waren. Der Volksmasse war dies verborgen. Und wenn die Diktatoren von Paris heute mit der Behauptung so rasch zur Hand sind, daß die Kriegserklärung an Serbien gleichbedeutend war mit der Kriegserklärung an die ganze Welt, so liegt der Verdacht sehr nahe, daß die Leute damals, als Serbien eingegriffen hat, Serbien schon nicht mehr als selbständigen Staat, sondern nur mehr als vorgeschobenen Posten, als agent provocateur betrachteten. (Lebhafter Beifall.) Man macht uns also zu Unrecht die Schuld am Weltkriege zum Vorwurf.

Und wer gibt denn den Männern in Paris das Recht, so kategorisch uns die Schuld am Ausbruch des Weltkrieges und just der Bevölkerung von Deutschösterreich die Mitschuld daran zuschreiben? Ist denn diese Frage überhaupt schon entschieden? Ist denn diese Frage überhaupt schon geklärt? Ja, ist diese Frage überhaupt schon ernsthaft untersucht worden? Wer wagt es heute, in diesem Weltendrama die Entscheidung positiv mit Namensbezeichnung zu treffen? Wer wagt es, ob Politiker oder Diplomat oder Wissenschaftler? Alle klugen und gerechten Männer der ganzen Welt halten mit ihrem Urteil zurück und wenn sie ein Urteil abgeben, so ist es nur das, daß die ganze gesittete Welt die Verpflichtung hat, sich ruhig und leidenschaftlos an einem Untersuchungstische zusammen-

zusezen, um einwandfrei festzustellen, wer an dieser Katastrophe der Welt und Kultur schuldtragend ist, und die Schuldtragenden dann dem Urteil der Weltgeschichte zu überantworten. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.) So lange ein solches ausgereiftes und in den tatsächlichen Verhältnissen fundiertes Urteil nicht vorhanden ist, sind die Machthaber in Paris nicht berechtigt, ihren Urteilstab über uns zu brechen, und noch weniger sind sie berechtigt, aus diesem ihrem voreiligen und nicht zu begründenden Urteil über uns auch noch den Schulterspruch zu fällen. (Zustimmung.)

Ich will mich nicht weiter auf die Erörterung der Frage einlassen, wer an dieser großen Weltentragödie schuld trägt. Ich will es nicht tun, weil ich einbekenne, daß auch ich nur nach meinem Gefühl und nach meiner unzulänglichen Information, nach meinem engen Gesichtskreis urteilen würde und daher logischer- und konsequenterweise zu einem schiefen Urteil gelangen müßte. Aber dennoch ist es mir erlaubt, darauf zu verweisen, daß der Weltkrieg doch nicht mit der Kriegserklärung oder dem Ultimatum vom Juli 1914 begonnen hat, sondern daß diesem Weltkriege Jahre voraus schon die Ouvertüre gespielt wurde, und vielleicht wird die Weltgeschichte und das Weltgericht es auch bestätigen, daß in dieser Ouvertüre ein englischer Machthaber, der Einkreisungspolitischer König Eduard der Primgeiger gewesen ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Nachdem man uns die ungerechtfertigte und nicht zu rechtfertigende Beschuldigung an den Kopf geworfen hat, nachdem man uns mit Gewalt zum Schuldigen gemacht hat, spricht man auch noch das Todesurteil über uns und verlangt von uns, weil man die Macht dazu hat, daß wir dieses Todesurteil noch unterschreiben. Vor wessen Gedächtnis taucht da nicht die Erinnerung an die Grausamkeiten und Schrecklichkeiten der mittelalterlichen Inquisition auf? Willst du sofort in Stücke gerissen werden oder willst du langsam dem Hungertode, dem tiefsten Elend überantwortet werden, dann sage Nein. Willst du aber weitervegetieren, dann sage Ja, und wenn dieses Ja auch von Dir in Deinem Innern als eine Lüge empfunden wird. In dieser Rolle befinden wir uns im gegenwärtigen Augenblick. Und da hat man noch die Geschmacklosigkeit, um kein schärferes Wort zu gebrauchen, in der Mantelnote die Behauptung aufzustellen: "Wir würden entsprechend den geheiligten Regeln der Gerechtigkeit behandelt." Wenn es je ein Sakrileg gegeben hat an dem gesunden Menschenverstand, ein Sakrileg gegeben hat an der Wahrheit, ein Sakrileg an dem guten Geschmack, in der Behauptung, "daß wir nach den geheiligten Regeln der Gerechtigkeit behandelt werden", ist dieses Sakrileg im höchsten Maße zum Ausdrucke gebracht.

Man sagt uns da noch eine Reihe anderer schändlicher, ruchloser und strafwürdiger Handlungen nach: wir hätten ein System der Herrschaft und Bedrückung der anderen Volksstämme gutgeheißen und gestützt; wir hätten Millionen von Bürgern der alten Monarchie in Zwangsherrschaft, in Not und Elend verkommen lassen und erst der Weltkrieg und der Eingriff der westlichen Mächte habe kommen müssen, um diese Völker wieder an das Licht der Freiheit gelangen zu lassen.

Hohes Haus! Wer die Geschichte des alten Österreich, die Geschichte seiner Regierungshandlungen und seiner parlamentarischen Arbeiten verfolgt hat oder sich die Mühe gibt, sich in diesem Geestrüpp zu orientieren, wird zur Erkenntnis gelangen, daß auch diese Behauptung nicht richtig ist. Ob das alte Österreich es immer verstanden hat, seine nationale Politik in die richtigen Wege zu leiten, ob und in welchem Maße die Entscheidungen auf nationalem Gebiete einwandfrei gewesen sind, soll hier nicht untersucht werden. Man komme uns aber nicht mit der Behauptung, daß die anderssprachigen Völker in unserem Staate schlecht gehalten worden sind. Wenn wir vom tschechischen Volke sprechen — die Ansichten sind oft weit auseinandergegangen in der Frage, welche Stellung dem tschechischen Volke im Rahmen Österreichs zugeschrieben und zugebilligt werden sollte —, so muß und darf festgestellt werden: Das tschechische Volk hat sich in Österreich der größeren oder kleineren Freiheit, deren sich das deutsche Volk erfreuen konnte, in gleicher Weise miterfreut. (Sehr richtig!) Wenn wir nicht immer mit unserer Gesetzgebung, mit unserer Verwaltung auf der Höhe demokratischen Empfindens und freiheitlicher Entwicklung gestanden sind, dann hat das nicht einseitig etwa nur gegenüber der tschechischen Nation gegolten, dann war das eben der Ausdruck der feudal-kapitalistischen Herrschaft, aus der heraus wir den Entwicklungsgang zu einem demokratischen Staate genommen haben und unter der die Deutschen genau so gelitten haben wie die Tschechen und die anderssprachigen Bewohner dieses Staates.

Was die wirtschaftliche Lage der anderen Völker anlangt, so haben sie wahrhaftig kein Recht, sich zu beklagen. Die südlawischen Länder waren ja eine ständige Passivpost im Haushalte Österreichs. (Sehr richtig!) Jahr für Jahr sind Millionen und Millionen in die südlawischen Länder hinuntergewandert, um auch diese unsere ehemaligen Mitbürger zur Erkenntnis, zur Anschauung und zum Genüsse wahren kulturellen Fortschrittes zu bringen. (Zustimmung.)

Ein ganz eigenes Kapitel bietet auch die Stellung der Polen in unserem alten Österreich. Die Tatsache, daß das wichtige Finanzressort mit ganz geringen Unterbrechungen unausgesetzt in den

Händen der polnischen Delegation gelegen war (*Zustimmung*), bezeichnet ja so recht, welchen Einflusses sich diese Leute erfreut haben. Und wenn man heute in unserer Verwaltung und in unseren Staatsämtern bis hinunter zu der kleinen untergeordneten Bezirksbehörde so viel Beamte findet, deren Name auf das bekannte „ski“ ausklingt, so ist das auch nur ein Beweis dafür, daß die Machtfülle der Polen im alten Reich so groß war, daß sie ihre Intelligenz auf Kosten unserer Intelligenz an die staatliche Krippe zu bringen vermochten. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen*.)

Wenn wir die Frage vom Standpunkte der kulturellen Entwicklung beurteilen, dann, hochansehnliche Versammlung, darf gerade ein Volk, das uns mit so viel Haß, mit so viel unberechtigtem Haß gegenübersteht, sich nicht unter den Anklägern gegen uns in die erste Reihe stellen; ich meine das tschechische Volk. Ich habe niemals zu den Leuten gezählt, oft auch politisch zu meinem schweren Schaden, selbst auch in den leidenschaftlichsten nationalen Kämpfen nicht, die das tschechische Volk als ein minderwertiges Volk betrachtet haben; ich habe es immer anerkannt und anerkenne auch heute, daß die Tschechen ein Kulturstamm sind, daß sie eine hochentwickelte Kultur haben, daß sie ein hervorragendes Kulturrelement darstellen können, wenn ihnen zur kulturellen Entwicklung auch noch die Einsicht und sittliche Kraft eigen wird, ihre Rolle zu verstehen und sie entsprechend dem Sittengesetz im Völkerleben auszuüben. (*Sehr gut!*) Diese hohe Kultur, zu der das tschechische Volk in Österreich emporgestiegen ist, diese hohe Kultur, die das tschechische Volk an die Spitze aller slawischen Völker, auch der in Freiheit und Unabhängigkeit, in selbständiger nationaler Verwaltung lebenden Slawen gestellt hat, diese Kultur ist herangewachsen im Schatten der deutschen Eiche, im Lichte der deutschen Kultur. (*Stürmischer anhaltender Beifall und Händeklatschen*.) Sie hat sich aus der Rückständigkeit vergangener Zeiten an den Stäben, die deutsche Wissenschaft und deutsche Intelligenz aufgerichtet haben, emporgerankt zum Lichte, in dem sie dann die Entwicklung finden konnte, die wir heute neidlos an ihr anerkennen und die sie befähigt, als Kulturstamm an der Spitze der slawischen Völker zu marschieren. Wenn man sich in Paris nur einigermaßen Mühe genommen hätte, die geschichtliche, kulturelle und parlamentarische Entwicklung des alten Österreich zu untersuchen, so wäre man nicht zu dem Urteil gekommen, daß wir Deutsche eine Barbarenherrschaft über die anderen Nationen in Österreich ausgeübt haben, man wäre sicherlich nicht zu einem Resultate gekommen, das man als tragfähig genug hätte betrachten können, um gegen uns einen solchen Schuldentschluß auszusprechen, wie es durch diesen Friedensvertrag geschehen ist.

Sehr unglücklich gewählt ist es auch, daß die Mantelnote erwähnt und es uns als strafbar anrechnet, daß wir an den Grenzen Österreich-Ungarns irredentistische Bewegungen gezeitigt haben, die in Europa den Gärstoff der Erregung erhalten haben. Ja, es ist wahr, an unseren Grenzen gab es irredentistische Bewegungen, an den nördlichen und an den südlichen Grenzen, irredentistische Bewegungen, die aber nicht geboren wurden aus den Verhältnissen in Österreich selbst, sondern mit einem Riesenauflande von Geldmitteln (*Sehr richtig!*), ob sich das nun in der Form von Lire oder von Rubeln ausgedrückt hat, über die Grenzen in unser Reich, in unser Volk hineingetragen wurden. (*Lebhafter Zustimmung*.) Aber wenn wir von diesen irredentistischen Bewegungen als einer gegebenen Tatsache sprechen und wenn das strafbar ist und wenn wir dafür, daß wir den Gärstoff der Erregung durch diese irredentistischen Bewegungen an unseren Grenzen erhalten haben, ja, hat man in Paris nicht bedacht, daß man durch diesen Friedensvertrag die irredentistischen Bewegungen nicht aus der Welt schafft? (*Sehr richtig!*) Hat man denn nicht darüber nachgedacht, daß an die Stelle der österreichischen Irredenta eine Irredenta im südslawischen Staate, eine Irredenta in Italien und eine Irredenta im tschecho-slowakischen Staate geschaffen wird? Und was für eine Irredenta wird das sein, eine Irredenta, die nicht erst von uns gezüchtigt und künstlich hervorgerufen und künstlich erhalten zu werden braucht, eine Irredenta, die sich aus dem Friedensvertrag mit den Wirkungen eines Naturgesetzes ergeben muß. (*Sehr richtig!*)

Glaubt man denn in Paris, daß die dreieinhalb Millionen Deutschen, die so viele schwere Kämpfe in dem alten böhmischen Landtage mit ihren slawischen Mitbewohnern im Königreich Böhmen zu durchleben und auszufochten gehabt haben, glaubt man denn, daß die Deutschen in Schlesien und die Deutschen in Mähren, die auch in ihren Landtagen damals schon furchterliche Kämpfe gegen die Unterdrückungs- und Entnationalisierungsversuche ihrer slawischen Mitbürger durchgeführt haben, glaubt man denn, daß diese dreieinhalb Millionen jetzt gebrochenen Rückgrates sich in den tschecho-slowakischen Staat eingesiedeln werden? Nein! Mit tief verletztem Herzen, mit schwer beleidigtem sittlichen Empfinden, mit betrübtem Gemüte, aber mit ungebrochenem Rückgrat, mit ungebrochener Treue und mit der Entschlossenheit, mit noch größerem Eifer für ihr Volkstum einzustehen als bisher (*lebhafter Beifall*) werden sie den Weg in die tschecho-slowakische Gefangenschaft antreten!

Bevor noch die Mantelnote des Friedensvertrages uns die Irredenta zum Vorwurfe mache, die im alten Österreich bestanden hat, ist die Irredenta im tschecho-slowakischen Reich schon im Gange,

schon am Werke. Und bevor noch dieser Friedensvertrag von uns unterschrieben und bevor er noch ratifiziert sein wird, steht die Irredenta in den Bergen Südtirols auf. Daran werden wir nichts ändern und daran wird auch die Entente nichts ändern mit der Verurteilung der irredentistischen Gärungen, die Europa in Unruhe versetzen. Waren die irredentistischen Bestrebungen früherer Zeit eine ständige Beunruhigung, die im Interesse der Aufrechterhaltung der europäischen Ruhe und der europäischen Kulturentwicklung verdient hat, beseitigt zu werden, die Irredenta, die dieser Friedensvertrag schafft, die er mutwillig und gedankenlos schafft, diese Irredenta wird schlechter wirken und wird den Weltmächten größere und schwierigere Aufgaben zu lösen geben als durch Jahrzehnte hindurch das Balkanproblem. (Schr richtig!) Man möge uns also nicht für die alte Irredenta anklagen, man möge bedenken, welch schreckliche Irredenta jetzt geschaffen wird.

Die Tiroler sollen sich in die italienische Knechtschaft begeben. Mit ergreifenden Worten hat der Vertreter der Südtiroler die Gefühle zum Ausdruck gebracht, die diese Menschen jetzt beherrschten. Ich sehe im Geiste die Südtiroler in der Sklaverei, ich sehe im Geiste aber auch an den steilen Felshängen der herrlichen Tiroler Berge den Schatten eines Andreas Hofer aufsteigen (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen*), in der Erinnerung an diese Tiroler Helden und in dessen Geist wird der Kampf geführt werden, solange bis aller Widerstand überwunden und das erwachte Gewissen der ganzen Kulturwelt den Südtirolern ihren Platz wieder an der Seite der Nordtiroler, den Deutschen in italienischer Gefangenschaft die Freiheit an der Seite ihrer Brüder, des ganzen großen deutschen Volkes einzuräumen wird! (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen*.)

Das gleiche können wir auch von den Verhältnissen an der kärntnerischen und an der steirischen Grenze sagen. Man sollte doch meinen, daß ein Friedensvertrag wenigstens technisch einwandfrei sein sollte, daß er so gestaltet ist, daß nicht irgend ein Bürgerschüler an der Hand der Landkarte beweisen kann: Die Leute, die diese Grenzen gemacht haben, haben aber rein gar nichts verstanden. (*Heiterkeit*.) Wenn man in Kärnten eine Grenze festgesetzt hat, die nicht nur Dörfer, Wälder und Felder, sondern auch Häuser mitten auseinander schneidet (*Heiterkeit*), ja vielleicht sogar Ehen trennt, weil der Grenztrich mitten durch das Ehebett durchgeht (*Lebhaftes Heiterkeit*), dann kann man nicht sagen, daß ein solches Werk überdacht, daß ein solches Werk wirklich ernst zu nehmen ist und insbesondere von denen ernst genommen werden kann, die unmittelbar davon betroffen sind.

In Steiermark sind die Verhältnisse durchaus nicht anders. Die Abtrennung des Abtäller Beckens ist ja ein typisches und charakteristisches Beispiel der Leichtfertigkeit, mit welcher man da mit totem und lebendigem Besitz umgesprungen ist, nur um neue Grenzen herzustellen.

Hinsichtlich Kärntens möchte ich noch eines aussprechen. Man hat Kärnten das Recht gegeben, eine Volksabstimmung vorzunehmen. Das ist sehr loblich, wir anerkennen das. Aber wir müssen auch verlangen, daß die Voraussetzungen einer unbeeinflußten Volksabstimmung geschaffen werden. Wir wissen, daß in der Zone A über 14.000 Flüchtlinge noch abgängig sind und nicht die Möglichkeit haben, in ihre Heimat zurückzukehren. Solange diese Maßregel aufrechterhalten wird, bedeutet das eine künftliche und gewalttätige Korrektur des Abstimmungsergebnisses. Und wer kann denn glauben, daß unter der Aufsicht einer serbischen und slowenischen Besatzung wirklich eine wahrhaft getreue, der Volksabstimmung entsprechende Volksabstimmung zustande kommen kann? Was wir verlangen und verlangen müssen, ist, daß die Voraussetzung für eine unbeeinflußte Volksabstimmung geschaffen wird. Diese Voraussetzung besteht in der Möglichkeit, daß alle Flüchtlinge unbehindert und unbedroht in ihr altes Heimatland zur Ausübung ihrer nationalen und bürgerlichen Pflicht zurückzukehren vermögen, und zweitens, daß man die serbische und slowenische Besatzung entferne und dafür eine Besatzung hingabe, die die volle Gewähr dafür bietet, daß sie sich nicht einseitig orientiert und von Vorurteilen befangen in die Volksabstimmung einmengen wird. (*Lebhafte Zustimmung*.)

Hohe Nationalversammlung! Auf die wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des Friedensvertrages einzugehen, erübrigt sich. Es genügt hierfür das Wort, das aus dem berufensten Munde ausgesprochen wurde, das Wort und das Urteil unseres Staatskanzlers, das einfache kurze Wort: Unerfüllbar! Man möge uns nicht hinterher der Falschheit und Heimtücke zeihen, wenn wir nicht vermögen, den wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen zu entsprechen. Darüber wurde durch den berufenen Vertreter Deutschösterreichs, durch unseren Staatskanzler deutlich ausgesprochen, es soll aber auch aus dem Munde des Sprechers einer der Regierungsparteien in dieser Stunde ausgesprochen werden: Die wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen dieses Friedensvertrages vermögen wir nicht zu erfüllen, wenn unser Wille auch so stark wäre, daß er Berge zu versetzen vermöchte! (*Zustimmung*.) Wenn man mit einem solchen Friedensvertrage zufrieden ist und in ihm eine Befriedigung seiner Ansprüche erfüllen kann, dann soll es sein, dann soll auch unser Jawort dazu gegeben werden.

Ich will noch eines aussprechen. Wenn man uns letzten Endes auch aus dem Grunde verantwortlich macht, weil wir den Frieden verhindert und den Kriegszustand bis zum Zusammenbruch hinausgeschoben haben, so ist auch das eine Unwahrheit. Es ist richtig: es hat in Deutschösterreich starke Kräfte gegeben, welche für den Friedensschluß absolut nicht zu haben waren. Diesem einen Extrem stand aber ein anderes gegenüber, das vielleicht mit ebenso starken Kräften zum Ausdruck gebracht wurde und das die Forderung aufstellt: Frieden um jeden Preis! Wenn ich mich heute in diesem Saale umsehe und die Machtverhältnisse und die Entscheidungskraft beurteile, so sehe ich, daß sie sich zwischen Sozialdemokraten und christlichsozialer Partei teilen. Wir müssen heute die ganze Verantwortung für diesen Friedensvertrag übernehmen. Und wir übernehmen sie, so sehr wir auch empfinden, in welch schreckliche Situation man uns dadurch gebracht hat. Und nun fragen wir uns, die zwei Parteien, die heute hier zum Friedensvertrag ihr Jawort geben müssen und die gleichzeitig auch das deutschösterreichische Volk und den deutschösterreichischen Volkswillen repräsentieren: In welchem Grade sind diese beiden Parteien dafür verantwortlich zu machen, daß der Friede nicht zu einer Zeit geschlossen wurde, wo noch die Möglichkeit bestanden hat, ihn extraglicher zu gestalten, daß der Krieg bis zur vollen Erschöpfung und zum restlosen grausamen Zusammenbrüche geführt wurde.

Ich habe nicht der Anwalt der sozialdemokratischen Partei zu sein und diese hat auch gewiß gar kein Bedürfnis, sich durch mich vertreten zu lassen, ich will hier nur die Tatsache konstatieren, daß sie es war, die im Herbst 1917, also vor zwei Jahren, eine lebhafte Friedensagitation betrieben hat. Dieser Tatsache zur Seite stelle ich die zweite, daß auch die Partei, deren Redner ich heute zu sein die Ehre habe, in der damaligen Zeit das gleiche getan hat; ich erinnere an die große Friedenskundgebung im Festsaale des Wiener Rathauses, an der sich alle Vertreter unserer Partei und eine große Volksmenge beteiligt haben, und ich erinnere an die großen Kundgebungen, die in einigen Provinzstädten stattgefunden haben, an denen nicht nur das Volk, sondern — ich zitiere Olmütz und Salzburg — (Rufe: Graz!) auch die höchsten Kirchenwürdenträger, der Kardinal von Salzburg und der Kardinal von Olmütz unter Aufwand der ihnen zur Verfügung stehenden Macht sich beteiligt haben. Ich erinnere an die große Versammlung auch in Graz, in welcher unsere Partei ein ehrliches, offenes Bekennen zum Verständigungsfrieden abgelegt hat, und wenn ich Graz erwähne, so erinnere ich mich auch noch an einen Zusammenstoß, den ich damals mit einem Vertreter der Siegfriedenspartei hatte, der mir in öffentlicher Versammlung das Wort ins

Gesicht schleuderte: „Beträger des deutschen Volkes, Friedenswandler erbärmlichster Art!“

Wenn also das deutschösterreichische Volk in seiner Haltung beurteilt werden soll und wenn es nur nach der Haltung der Parteien beurteilt werden kann, die es durch das demokratischste Wahlrecht, das es gibt, das an demokratischem Inhalt hoch über dem Wahlrecht der sogenannten demokratischen Republiken Amerika und Frankreich steht, zu seiner Verbreitung berufen hat, dann muß man sagen, liegt kein Grund, kein Recht vor, das deutschösterreichische Volk zu beschuldigen, daß es einem rechtzeitigen Friedensschluß in den Weg getreten wäre. Wenn beide Gruppen sich nicht durchzusehen vermöchten, wenn der Friedensruf der Sozialdemokraten und der Friedensruf der Christlichsozialen in dem Siegfriedensgeschrei übernationaler Ideologen und von auswärts gekommener Demagogen untergegangen ist, dann, hochanh�nliche Versammlung, ist das nicht die Schuld des deutschösterreichischen Volkes, dann ist das nur ein Beweis dafür, daß das deutschösterreichische Volk (Zwischenrufe des Abgeordneten Dr. Waber.)

Präsident: Ich muß den Herrn Abgeordneten Dr. Waber bitten, die Verhandlungen nicht zu stören!

Abgeordneter Kunischak: dann ist das nur ein Beweis dafür, daß das deutschösterreichische Volk unter den damaligen Verhältnissen seinen Willen nicht zur Geltung zu bringen vermochte, daß Einflüsse unverantwortlicher Faktoren stärker waren, als der Wille des armen arbeitenden Volkes. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Und wenn man weiß, daß die Entente — ich will diese ihre Haltung durchaus nicht kritisieren, sondern nur als ein Argument für unsere Rechtfertigung anführen — wenn man weiß, wie die Entente liebevoll einer Unmasse von Menschen mit Verantwortung die Wege geebnet hat, um sich der Verantwortung zu entziehen, so darf man von dieser Entente auch verlangen, daß sie das unverantwortliche deutschösterreichische Volk nicht in solcher Weise züchtige und büßen lasse, wie es durch diesen Friedensvertrag geschieht.

Möge dieser Friedensvertrag nun seine Gültigkeit erlangen, möge er den Charakter eines feierlichen Dokuments und eines durch ein Bekenntnis der deutschösterreichischen Nationalversammlung legalisierten Dokuments annehmen — eines wird dieser Friedensvertrag doch immer bleiben: eine Bestätigung dafür, daß in der Welt wieder einmal die Lüge stärker war als die Wahrheit, daß in dieser Welt wieder einmal die Macht über die Gerechtigkeit den Sieg davongetragen hat. (Zustimmung.) Wir werden — und die Weltgeschichte mit uns — diesen Friedens-

vertrag jenen Dokumenten an die Seite reihen, die uns in den berühmten 14 Punkten und in dem berühmten Selbstbestimmungsrecht den Blick in eine Zukunft eröffneten, die ihr ein Eiland vorgezeichnet, in welchen nur brüderliches Verstehen und ewiger Friede und freundshaftliches Neben- und Miteinanderarbeiten die Herrschaft führen wird. Diese Nebeneinanderreihung wird uns bestätigen, daß, was uns in diesen Dokumenten vorgetragen war, nur die Eigenschaft eines Irrlichtes hatte. Wir wollen aber heute geloben und aussprechen: mag man uns auch geirrlichtert haben, mag man uns auch in einen Sumpf geführt haben, des deutschösterreichischen, des gesamten deutschen Volkes Willen und Kraft, des ganzen deutschen Volkes sittliches Empfinden wird man in diesem Sumpfe nicht zum Ersticken bringen. Es wird der Tag wieder kommen, an dem es der Welt klar werden wird: man kann den Körper in Knechtschaft zwingen, aber Geist und Seele kann man nicht in Fesseln schlagen. Es wird der Tag kommen, der dem gesamten deutschen Volke wieder ankündigen wird seine nationale, seine politische, seine wirtschaftliche Freiheit, der der Welt das deutsche Volk zeigen wird im neuen Glanze, in neuer Kraftfülle, die es aber nicht gebrauchen wird, um Rache zu nehmen, sondern um der Welt zu zeigen, wie ein wahres Kulturvolk Leiden ertragen, Leiden erdulden und Böses dann durch Gutes wieder vergelten kann. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Diesen Tag sehe ich kommen, ich glaube, er wird rascher kommen als so mancher vermeint, und diesen Tag will ich bezeichnen als das Philippi, an das ich heute die Macher dieses Friedensvertrages mahne, mit dem Beifügen: bei diesem Philippi sehen wir uns wieder! (Stürmischer anhaltender Beifall und Händeklatschen. — Redner wird beglückwünscht.)

Präsident: Von den noch vorgemerkten, durch den Schluß der Debatte um das Wort gekommenen Rednern hat der Abgeordnete Richter einen Resolutionsantrag eingebracht, der lautet (liest):

„Schon seit Jahren schmachten in Albanien, Mazedonien, Rumänien und Serbien, in England, Frankreich und Italien, in Ägypten und Syrien, in Russland, China und Japan, in den Eisfeldern Sibiriens, in den Wüsten Turkestans und in den Bergen des Kaukasus und Afghanistan hunderttausende Kriegsgefangene; die Feindseligkeiten sind fast ein Jahr schon eingestellt, der Kriegszustand soll nun durch den Friedensschluß ein Ende finden.“

In bangen Sorgen um die Lieben, von denen oft schon seit Jahren keine Nachricht gekommen ist, ersehnen tausende Eltern- und Frauenherzen den Tag, der ihnen die Stütze des Alters, den Ernährer und Trost der schweren Gegenwart wieder bringen soll.

Nach Artikel 160 der Friedensbedingungen soll erst nach Inkrafttreten des Vertrages die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen „so bald wie möglich“ stattfinden.

Im Namen unzähliger Greise, Frauen und Kinder, im Namen der Menschlichkeit appellieren wir an die alliierten Mächte, nun, da die Schranken gefallen sind, die zwischen den Völkern der Erde standen, voll Mitleid mit den Dualen der unschuldigen Opfer des Krieges, die nun, obwohl der Friede geschlossen sein wird, einem furchtbaren sechsten Kriegswinter und damit nur zu oft dem sicheren Tode entgegengehen, auf jener Bestimmung des Vertrages nicht zu bestehen und sofort nach der verbindlichen Unterzeichnung des Vertrages durch unseren bevollmächtigten Delegierten die Heimbeförderung aller Kriegsgefangenen, vor allem aber der in Sibirien, Turkestan und im Kaukasus festgehaltenen, durchzuführen.“

Der Antrag ist gehörig unterzeichnet und steht mit in Verhandlung mit dem vom Abgeordneten Hauser namens des Hauptausschusses gestellten Beschlusenantrage.

Zum Worte gelangt noch der Generalredner kontra, der Herr Abgeordneter Muchitsch; ich ertheile ihm das Wort.

Abgeordneter Muchitsch: Hohe Nationalversammlung! Ich habe im Namen der Abgeordneten, deren Gebiete durch den Friedensvertrag vom Gebiete der deutschösterreichischen Republik losgelöst werden, folgende Erklärung abzugeben:

„Die Abgeordneten Alois Dengg, Wolfgang Edlinger, Christian Fischer, Dr. Georg Gimpl, Simon Klug, Karl Lischegg, Hans Muchitsch und Johann Zwanzger aus Steiermark; die Abgeordneten Dr. Hans Angerer, Bernhard Egger, Josef Gabriel, Florian Gröger, Philipp Größbauer, Georg Hubmann, Michael Paulitsch, Ambros Scharfegger und Maria Tusch aus Kärnten; die Abgeordneten Dr. Karl Buresch, Matthias Dersch, Leopold Diwald, Josef Eisenhut, Leopold Höchtl, Karl Kittinger, Hans Lenz, Ferdinand Hannisch, Karl Mühlberger, Franz Schöchiner, Dr. Ernst Schönauer, Anton Weber, Rudolf Wedra und Richard Weigl aus Niederöster-

reich erheben namens der um ihr Selbstbestimmungsrecht betrogenen Bevölkerung dieser Länder feierlich Verwahrung gegen den Raub des unveräußerlichen Rechtes auf nationale Zusammenghörigkeit mit den Stammesbrüdern in Deutschösterreich und erklären den ihnen auferlegten Vertrag nicht anzuerkennen.

Der den Deutschen in Österreich in St. Germain auferlegte Vertrag reißt wichtige Glieder des Volkskörpers aus ihrer Staatlichkeit, unterstellt sie einer nationalen Fremdherrschaft, löst sie aus der alten Kulturgemeinschaft der Deutschen.

Die Gewalt des Siegers mag die Hand des Bevollmächtigten unserer Republik zur Unterschrift des Vertrages zwingen, das vergewaltigte Volk aber wird nicht rasten und ruhen, bis ihm sein unveräußerliches Selbstbestimmungsrecht wiedergegeben wird, wird mit seinem ganzen Sinnen und Denken in der uralten Gemeinschaft seiner Stammesbrüder verbleiben, mögen auch Grenzfähle zwischen sie gesetzt werden.

Das Friedensdiktat wird für Mitteleuropa nicht einen Zustand des Friedens bringen, sondern schafft einen neuen Balkan, neue unerlöste Gebiete, die nach nationaler Einigung strebend, Herde der Beunruhigung des Kontinents sein werden, aus denen sich schon am Tage des Friedensschlusses ein neuer Weltenbrand zu erheben droht." (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich zum Worte gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Waber; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Waber: Hohes Haus! Mit großer Erregung haben wir die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kunschak gehört, die den Verdacht aufkommen lassen, als ob seitens der nationalen Partei in Österreich irgendeinmal der Krieg verlängert worden wäre und als ob irgend einmal eine Gelegenheit . . .

Präsident (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich bitte, das ist eine Polemik. Die kann ich natürlich jetzt nicht zulassen. Ich habe Ihnen nur das Wort erteilt, um eine behauptete Tatsache richtigzustellen. (Zwischenrufe.)

Abgeordneter Dr. Waber: Gegenüber dieser Behauptung des Herrn Abgeordneten Kunschak stelle ich tatsächlich fest, daß von seiten aller Nationalen alle Bestrebungen, den Frieden herbeizuführen und die Greuel des Krieges zu beenden, immer unterstützt worden sind. Ich stelle fest, daß wir die Bestrebungen der Regierungen, die an die Entente gerichtet waren, immer unterstützt haben, soweit sie auf eine Ablösung des Krieges gerichtet waren.

(Zwischenrufe). Ganz richtig, Sie werden uns nicht ein Wort hier in diesem Hause . . .

Präsident: Herr Abgeordneter, Sie müssen doch erkennen, daß Sie sich in einer Polemik ergehen, die ich aber absolut nicht zulasse.

Abgeordneter Dr. Waber: Ich muß feststellen, daß ich durchaus nicht polemisiere, sondern Tatsachen anführe. Ich berichtige tatsächlich, daß wir den Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei in Stockholm, durch Verhandlungen von Arbeiterpartei zu Arbeiterpartei den Frieden herbeizuführen, mit aller Sympathie gefolgt sind und daß wir es außerordentlich begrüßt hätten . . . (Abgeordneter Schiegl: Sie haben uns hier im Hause verhöhnt!) Wir haben hier im Hause bedauert, daß diese Bestrebungen in Stockholm zu keinem Ergebnis geführt haben und daß Sie aus diesen damaligen Ergebnissen nicht die Folgerung gezogen haben, sich auf unsere Seite zu stellen.

Ich stelle fest, daß wir sofort die 14 Punkte des Wilson begrüßt haben, daß wir von Haus aus für nichts anderes eingetreten sind . . .

Präsident: Ich bitte, Herr Abgeordneter, Sie können doch nicht die Mitteilung, daß Sie etwas begrüßt haben, als etwas anderes auffassen als eine Polemik. Ich muß Sie noch einmal, und zwar zum letzten Male, ersuchen, sich auf eine tatsächliche Berichtigung, das heißt auf eine Berichtigung von Tatsachen, die behauptet worden sind, zu beschränken. Sie sind ja Jurist und werden den Unterschied erkennen.

Abgeordneter Dr. Waber: Durch diese Hinweise glaube ich übrigens, den Zweck meiner Ausführungen erfüllt zu haben, und ich schließe damit, daß ich diese Unterstellung und Verdächtigung des Herrn Abgeordneten Kunschak als eine undeutsche Handlung und Impertinenz auf das entschiedenste zurückweise. (Lebhafter Beifall. — Stürmische Zwischenrufe und Gegenrufe.)

Präsident: Die Ausdrücke, in denen sich der Herr Abgeordnete Dr. Waber ergangen hat, sind parlamentarisch unzulässig. (Zustimmung.)

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Kunschak zum Worte gemeldet.

Abgeordneter Kunschak: Ich berichtige hier nur tatsächlich unter Zeugenhaft des ganzen Hauses, daß ich von einer deutschnationalen Partei, von dieser oder jener, nicht gesprochen habe, sondern nur von einer Siegfriedenspropaganda. Wenn sich der Herr Abgeordnete Dr. Waber getroffen fühlt, kann

ich ihm nicht helfen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen. — Lebhafte, andauernde Rufe und Gegenrufe. — Präsident gibt das Glockenzeichen. — Ruf: Siegfriedenswurstel!)

Präsident: Ich muß die Herren bitten, auf das Glockenzeichen zu achten. (Ruf: Ist der Ausdruck zulässig: Siegfriedenswurstel? — Unruhe.) Ich muß die Herren bitten, auf das Glockenzeichen zu achten! (Abgeordneter Dr. Dinghofer: Eine sehr würdevolle Verhandlung! — Abgeordneter Schönsteiner: Es ist nicht zulässig, aber . . .)

Ich bitte, Herr Abgeordneter Schönsteiner, nun endlich einmal mit diesem Gegenstand abzuschließen.

Zum Worte hat sich der Herr Staatskanzler gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Staatskanzler Dr. Renner: Hohes Haus! Der Augenblick der Entscheidung ist gekommen. In wenigen Minuten wird das hohe Haus darüber beschließen, ob der Vertrag unterschrieben werden soll oder nicht. Obwohl unsere Nationalversammlung vor der Ratifikation noch einmal endgültig Beschluß fassen wird, unterliegt es doch keinem Zweifel, daß diese Entscheidung bindend ist. Und darum habe ich das Bedürfnis, der ganzen Öffentlichkeit, nach innen und nach außen, noch einmal die Bedeutung derselben in die Erinnerung zurückzurufen.

Ich habe selbst ausgeführt, daß der Friedensvertrag nach meiner Auffassung in vielen Teilen undurchführbar sein wird, daß seine Belastung unerträglich ist, und einzelne Redner haben dieses Wort aufgenommen und unterstrichen. Ich betone, daß damit nicht ausgedrückt sein soll und nicht ausgedrückt sein kann, daß wir das, was wir unterschreiben, nicht nach unseren Kräften auch redlich erfüllen wollen. (Zustimmung.) Es war von den einzelnen Rednern auch nicht anders gemeint. Sie haben aber den Grundsatz geltend gemacht, der jeden Handelnden entlastet, den Grundsatz: Ultra posse nemo tenetur, über das eigene Vermögen hinaus kann niemand gezwungen werden. (Zustimmung.) Wir unterschreiben redlichen Willens, aber die Entente selbst hat in den Friedensbedingungen anerkannt, daß es noch nicht klar ist, wie weit unsere Leistungsfähigkeit geht, und sie hat zu diesem Zwecke die Reparationskommission eingesetzt. Wenn in diesem Hause selbst der Zweifel und das Bedenken und die Zaghaftheit laut geworden sind, ob man das, was man unterschreibt, auch wird erfüllen können, so ist das nur in diesem Sinne gemeint und knüpft an das an, was der Friedensvertrag selbst enthält.

Der Entwurf, wie er uns vorliegt, gibt sich selbst als letztes Wort und es ist, glaube ich, eine

nicht zutreffende Kritik des Verhaltens der Entente, wenn gesagt wurde, es sei noch nicht das letzte Wort, man könne noch einmal weiter verhandeln.

Ich habe mich davon überzeugt und die ganze Friedensabordnung hat sich davon überzeugt, daß dies das letzte Wort der Entente ist und daß wir auf dieses letzte Wort nur mit Ja oder Nein antworten können. Das ist ja auch natürlich und selbstverständlich. Dieser Vertrag der sechs Millionen ist bedeutend länger verhandelt worden als der Vertrag der 70 Millionen Deutschen. Und man kann nicht leugnen, daß sich die Vertreter der Mächte, alle in ihrer Weise, die einen mehr, die anderen weniger, um diesen Vertrag besonders bemüht haben.

Im Zuge dieser Verhandlungen, das bezeuge ich mit meinem Wort, war nicht mehr zu erreichen und infolgedessen haben wir uns jetzt zu entscheiden und die Entscheidung kann nicht verschoben werden.

Allerdings hat der Vertrag in sich seine Instanzen. Wir haben den Völkerbund offen und ich hege die feste Zuversicht, daß die Zeit kommt, wo der nationale Haß abgebaut werden, wo die Welt uns verstehen wird, wo sie vor allem verstehen wird, daß dieses Österreich der Demokratie, dieses Österreich arbeitender Menschen in Stadt und Land ein ganz anderes ist als das Österreich der vielen Nationen mit seinen feudalen Einflüssen und mit einer ganz unkontrollierten Militärgewalt, und daß unser Staat es tatsächlich nicht verdient hat, die Sünden der Vergangenheit büßen zu müssen. (Sehr richtig!) Ich hoffe, daß dieser Zeitpunkt kommen und daß es möglich sein wird, im Völkerbund unsere Stellung zur Welt, unsere Stellung zum deutschen Mutterland und auch unsere Lasten einer Revision zu unterziehen.

Einer der Herren Generalredner hat seinen Schmerz über das Unrecht und das Gefühl der Bitterkeit in Worten ausgedrückt, die sehr begreiflich und sehr verständlich sind, die aber — und ich glaube, der Herr Präsident hat darin Recht gehabt — doch ein wenig zu weit gingen.

Wir dürfen nicht vergessen, daß die Ententemächte oder, um den weiteren Begriff anzuwenden, die alliierten und assoziierten Mächte, sehr viele und sehr verschiedene Mächte mit verschiedenen Bestrebungen, mit verschiedenen politischen Auffassungen, mit einer verschiedenen Mentalität und Moralität umfassen und es hieße Unrecht tun, wenn man hier generalisieren würde.

Es wäre unrecht und auch falsch, wenn man hier moralische Urteile fällen würde. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß die Mächte, soweit sie nicht durch ihre eigenen Taten, durch ihre eigenen

Berträge und durch die Umstände selbst gebunden, unentriinbar gebunden waren, sich um uns bemüht haben, und ich glaube, daß sie es, abgesehen davon, daß es nicht gehörig wäre, auch nicht verdient hätten, selbst eine moralische Beurteilung zu erfahren.

Es genügt vollständig, hohes Haus, wenn wir über das eigene Unrecht, das wir erleiden, sprechen. Es genügt vollständig, wenn wir unser Recht ins Licht setzen. Aber da nunmehr in einer Demokratie jeder einzelne für die Gesamtheit mitverantwortlich ist, so haben wir alle die hohe Pflicht, bei allen denjenigen Angelegenheiten, die das Ganze betreffen und die insbesondere die internationale Stellung betreffen, uns auch in unserem begreiflichen Schmerze eine gewisse Zurückhaltung aufzuerlegen.

Derselbe Herr Redner, von dem ich spreche, hat zu unserer Entlastung eine ausgezeichnete Bemerkung gemacht und an diese Bemerkung möchte ich zum Schluß anknüpfen. Er hat darauf hingewiesen: Ja, man erklärt uns für Schuldige, aber waren wir frei, waren die Deutschen Österreichs überhaupt frei? Nein und tausendmal nein! Selbst in Zeiten, wo sie scheinbar an der Herrschaft waren — ich weiß nicht, wie viel Schein und wie viel Ernst dabei in Wirklichkeit war — waren sie gebunden, gebunden durch historische Mächte, gebunden aber auch durch das Schwergewicht der Nationen, die an sie geklammert waren; denn die Deutschen waren ja nie allein und sehr oft haben die Deutschen polnische Politik machen müssen (Zustimmung), sehr oft haben sie jugoslawische Politik machen müssen (Zustimmung), sehr oft sind sie durch ein unglückseliges Verhängnis gezwungen gewesen, die magyarische Herrenpolitik mitzumachen. Und es ist sehr wahr, daß wir leiden wohl auch durch eigene Schuld, vor allem durch die Schuld einer kindlichen und kritiklosen Treue, zum größeren Teil aber sind wir schuldig geworden und sind die Deutschen in Österreich in dem Sinne, wie der Geleitbrief sagt, schuldig geworden durch die Verbindung mit Nationen, mit denen doch trotz allem eine wahre geistige Gemeinschaft nicht sein konnte. Das war unser Unglück, und so mag es denn auch in dem Unglück doch wieder als Glück angesehen werden, daß wir endlich frei sind. Was haben wir denn früher tun können?

Wollten wir unsere Verwaltung reformieren, so hieß es, das geht nicht, die galizische Bevölkerung verträgt das nicht; wollten wir eine wahre Selbstverwaltung, eine wirkliche lokale Verwaltung, einführen, so hieß es, das geht nicht wegen den anderen Nationen, weil das die Irredenta vermehren würde; wollte man selbst nur eine ordentliche Statistik durchführen, so hieß es, das geht nicht, wer wird in Dalmatien, in Istrien

diese Statistik durchführen? Wir könnten vieles nicht, was wir gewollt hätten.

Heute aber werden wir endlich diese Hemmungen los und in unserem Unglück ist das Eine ein Glück, daß wir wirklich und wahrhaftig eine Nation, ein nationaler Staat sein werden. Gleiche unter Gleichen, Menschen, die sich untereinander verstehen, Menschen mit gleicher Kulturstufe, Menschen mit dem gleichen geistigen Habitus, Menschen mit einem übersehbaren Gebiet und ausgerüstet mit dem Erbe der deutscher Kultur, das wir jetzt erst pflegen, schätzen und wahren werden, weil wir es brauchen; denn es gibt keine vernünftige Selbstverwaltung ohne geistige Kultur. Es kann ein Volk sich nicht selbst regieren, ohne entsprechend zu lernen, ohne gute Schulen, ohne entsprechende Einrichtungen, ohne eine entsprechende Erziehung. Das alles können wir uns schaffen und so können wir sehr wohl trotz unseres Unglücks und vielleicht sogar unter der Zuchtrute dieses Unglücks uns entwickeln, wir können uns ausbilden, können ein Staat werden nicht nur von musterhafter Freiheit, sondern auch von musterhafter Arbeitsamkeit und von musterhaften wirtschaftlichen Erfolgen. Wir können es werden und darum möchte ich in dieser Stunde, wo das Haus diesen furchtbaren Beschuß fassen muß, in dieser Stunde, wo die Herzen Aller vielleicht am tiefsten betrübt sind, Ihnen dasselbe Wort zuzurufen, das einmal Herr Präsident Hauser hier gesagt hat: Arbeiten, arbeiten und nicht verzweifeln, an die Zukunft glauben, glauben an die Gemeinsamkeit unserer Interessen im Rahmen dieses Staates, glauben an die Bildungsfähigkeit, glauben an die Tüchtigkeit unseres Volkes und glauben daran, daß wir auch für uns die Tore der Zukunft aufreissen werden.

Hohes Haus! Wenn wir schon den Nacken beugen müssen unter dieses Joch, trotzdem aber die Herzen hoch! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Es liegt der Beschußantrag vor, den der Herr Abgeordnete Hauser unterbreitet hat und den die Mitglieder in Händen haben. Ich glaube, ihn nicht erst noch einmal verlesen zu müssen. (Zustimmung.) Dieser Beschußantrag klingt dahin aus, daß der Kanzler beauftragt wird, als Leiter der Friedensdelegation in St. Germain den Vertrag dort zu unterzeichnen.

Abgeordneter Dr. Dinghofer: Ich bitte um das Wort zur Abstimmung.

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Dinghofer zur Abstimmung das Wort.

Abgeordneter Dr. Dinghofer: Ich stelle den Antrag, daß über diesen Beschlusenantrag getrennt abgestimmt werde, und zwar einheitlich bis zum dritten Absatz und von dort wieder separat bis zum Schluß.

Präsident: Ich werde diesem Wunsche Rechnung tragen.

Ich bitte nunmehr die Mitglieder, die den vorliegenden Beschlusenantrag, erster Teil bis auf Seite 2 zu den Worten „ertragen kann“ am Schlusse des 8. Absatzes, annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Wir kommen nunmehr zum zweiten Teil des Beschlusenantrages, der den von mir vorhin erwähnten Auftrag an den Staatskanzler enthält.

Ich bitte die Mitglieder, die diesem Teil des Antrages zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte, das Haus auszuzählen. (Nach Auszählung des Hauses.)

Das Haus hat den Antrag, es sei der Kanzler zu beauftragen, den vorliegenden Vertrag zu unterzeichnen, mit 97 gegen 23 Stimmen angenommen.

Es liegt noch der Resolutionsantrag Richter vor. Ich bitte jene Mitglieder, die ihm zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Ist angenommen.

Hohes Haus! Nach schweren Seelenkämpfen und nur unter dem Druck der uns umringenden feindlichen Armeen, bedroht von Hunger, Arbeitslosigkeit und Rohstoffmangel, bedrängt von Tausenden unglücklicher Frauen und Kinder der Kriegsgefangenen, hat sich zögernd Stimme um Stimme für den Antrag auf Unterzeichnung dieses Friedensdiktates erhoben. Es gibt wohl niemanden in dieser Versammlung und niemanden in Deutschösterreich, der den hohen Begriff des Friedens in Einklang bringen könnte mit dem Akte, der sich hier vollzieht.

Wir haben uns nach langen Verhandlungen entschlossen, ein bedingungsloses Ja zu sagen und wir schließen damit für uns Deutschösterreicher die erste Phase jener großen geschichtlichen Epoche ab, die im Juli 1914 beginnend, heute gewiß noch nicht zu Ende ist. Diese erste Phase ist gekennzeichnet durch den Zwang der Völker zum Kriege, durch Krankheit und Siechtum, durch den Tod auf den Schlachtfeldern. Die zweite Phase wird für uns bedeuten: Ökonomische Abhängigkeit, Hunger und Elend. Die ihr folgende dritte wird hoffentlich nicht mehr von dem Willen politischer, nationaler und ökonomischer Imperialisten bestimmt werden, sondern von dem Willen der großen Massen der Völker aller Staaten, die den Krieg und die Verkettung ganzer Völker hassen, weil sie jede Sklaverei hassen. Diese Massen werden neue Formen für

das friedliche Nebeneinanderleben der Staaten und Völker finden. Dann erst wird die Epoche, die mit dem Weltkriege begonnen hat, abschließen und dann soll uns im Frieden neuerstehen ein Reich, das keine Gewalt über andere üben will, aber auch keine Gewalt fürchtet; das große Reich der deutschen Nation. (Lebhafter Beifall.) Dieses Einheitsreich, es wird und muß uns erstehen. Wenn wir diese Hoffnung nicht hätten, könnten wir den heutigen Tag nicht überwinden.

Man reißt uns Deutschösterreicher von unserem Mutterlande, man reißt unsere Brüder von uns weg und unterstellt sie der Fremdherrschaft. Der Abgeordnete Nicolussi hat in warmen Worten und aus der Tiefe seines Herzens den ganzen Jammer derer geschildert, die in die Knechtschaft eines fremden Volkes geraten sollen. Wir können ihnen allen nur sagen, daß wir als Brüder mit ihnen das Leid empfinden, das sie bedroht (Lebhafter Beifall) und wir können ihnen nur zum Troste sagen: die Trennung, sie entfernt uns nicht, sie führt uns nur inniger zusammen. (Beifall.) Keine Gewalt, keine Macht und keine Grenzen werden das Band der Liebe und Treue, das uns umschlingt, zerreißen. Wir bleiben ein einig Volk, wir bleiben eine Einheit, bis einst der Tag kommt, da diesem Volke ein einheitlicher Staat entspricht. Nur in diesem Gedanken wollen wir uns, dem Ruf des Kanzlers folgend, nicht ergeben, sondern uns aufrichten aus all dem Jammer und dem Elend zur Arbeit für eine bessere Zukunft unseres Volkes!

Ich glaube, im Namen des ganzen Hauses zu handeln, wenn ich sowohl dem Chef der Friedensdelegation, wie seinen Mitarbeitern für ihre außerordentliche Leistung den Dank der Nation aussprechen werde. (Lebhafter, langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich noch einige Formalitäten, Zuweisung von Anträgen, die in der letzten Zeit gestellt wurden, erledige.

Ich werde zuweisen:

Dem Ernährungsausschusse:

den Antrag der Abgeordneten Höglzl, Sponner, Schachterl, Popp, Proft, Allina und Genossen, betreffend Schaffung gesetzlicher Grundmaßnahmen zur Verhinderung der Verarbeitung von Nahrungsmitteln zur Erzeugung alkoholhaltiger Getränke für Genusszwecke (356 der Beilagen).

Dem Ausschusse für Erziehung und Unterricht:

den Antrag der Abgeordneten Stocker, Birchbauer, Altenbacher, Schöchner, Grahamer, Krözl, Josef Mayer, Thanner, Wimmer, Egger, Größbauer und Genossen betreffs

Einführung der ländlichen Fortbildungsschule im Anschluß an die Volkschule (353 der Beilagen).

Dem Finanz- und Budgetausschuß:

Den Antrag der Abgeordneten Witternigg und Genossen wegen Gewährung einer staatlichen Unterstützung für die durch Hagelwetter heimgesuchte Stadt Salzburg, die Gemeinden des Bezirkes Salzburg sowie die Gemeinden St. Martin, Lofer im Bezirke Zell am See (332 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Dr. Seipel, Dr. Aigner, Wiesmaier, Dr. Ramel und Genossen, betreffend die Zuverkennung des den aktiven Staatsbediensteten im Monate Juni gewährten außerordentlichen Anschaffungsbeitrages auch an die Staatspensionisten (336 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Dr. Ramel, Huber, Geißler und Genossen, betreffend Flüssigmachung von Notstandsgeldern für die durch Hagelschlag geschädigten Gemeinden des Landes Salzburg (337 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Schönsteiner, Paulitsch und Genossen, betreffend die Übernahme der Beamten der Statusgruppe "B" des Postsparkassenamtes in die Gruppe "C" der pragmatisierten Beamten (338 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Schönsteiner, Paulitsch und Genossen, betreffend die Ernennung der Kanzleioffizianten (Kanzleioffiziantinnen) zu Kanzleibeamten in der XI. bis IX. Rangklasse (339 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Dr. Anton Maier, Luttenberger, Hollersbacher, Dr. Schmid und Genossen, betreffend die Flüssigmachung von Notstandsgeldern für die durch Hagelschlag getroffenen Gemeinden des Landes Steiermark (341 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Parrer, Dr. Seipel, Paulitsch, Johann Gürtler, Dr. Mataja, Dr. Aigner, Wiesmaier und Genossen, betreffend die Pragmatierung der deutschösterreichischen Gendarmerie (342 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Dr. Dinghofer, Dr. Waber, Dr. Schürff, Dr. Angerer und Genossen, betreffend die Pragmatierung der deutschösterreichischen Gendarmerie (364 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Kittinger, Kraft, Dr. M. Mayr, Steinegger, Dr. Waber und Genossen, betreffend die Übernahme des Postmeisterstandes in die Gruppe C der Staatsbeamten (343 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Dr. Dinghofer und Genossen, betreffend die Einrechnung der Kriegsdienstzeit in die Pensionsversicherung der Privatangestellten (347 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Dr. Straßner, Glessin und Genossen, betreffend die Schaffung einer Besoldungsreform für die Zivilstaatsangestellten (344 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Dr. Straßner und Genossen auf Regelung der Besoldung der Staatsbahnenbediensteten und der übrigen Staatsangestellten (349 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Partik, Dr. Ramel und Genossen, betreffend die Stundung der Vermögensabgabe der kleinen Rentner (355 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Wiesmaier, Pischitz, Weiß und Genossen, bezüglich einer Notstandsaktion in den Gerichtsbezirken Böckabruk und Mondsee (365 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Steinegger, Dr. A. Maier, Dr. M. Mayr, Pischitz, Fischer und Genossen, betreffend die Versorgung der Staatsangestellten, staatlichen Arbeiter, Lehrer, Pensionisten, Kriegsinvalidenwitwen und -waisen und von fixen Bezügen lebenden Arbeitergruppen mit ausreichenden, billigen Lebensmitteln und Bedarfssartikeln, insbesondere Kohle, Holz, Kleider, Schuhe usw. unter Zuhilfenahme des einheimischen Handels und Gewerbes (366 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Josef Tomischik und Genossen, betreffend Beihilfen an Mittellose und wirtschaftlich Schwache, die durch Wetterkatastrophen der letzten Tage in ihrer wirtschaftlichen Existenz geschädigt wurden (371 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Dr. Schmid, Dr. A. Maier und Genossen, betreffend die Einreichung der Stadt Hartberg in die III. Klasse der Aktivitätszulagen der Staatsbeamten (372 der Beilagen).

Dem Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten:

Den Antrag der Abgeordneten Wizany, Hafner und Genossen, bezüglich Ausgestaltung und Erweiterung der Fachschule und Versuchsanstalt für Eisen- und Stahlbearbeitung in Steyr (357 der Beilagen) und

den Antrag der Abgeordneten Dr. Angerer, Dr. Wutte und Genossen, betreffend Schaffung einer kaufmännischen Organisation in Triest und Errichtung von Handelsumschlagplätzen in Villach, Klagenfurt, Graz und Innsbruck (373 der Beilagen).

Dem Justizausschuß:

Den Antrag der Abgeordneten Popp und Genossen, betreffend das Ehrerecht (370 der Beilagen).

Dem Ausschusse für Land- und Forstwirtschaft:

Den Antrag der Abgeordneten Schneidmädl, Hafner und Genossen, betreffend die Ablösung landwirtschaftlicher Pachtgründe (338 der Beilagen) und

den Antrag der Abgeordneten Steinegger, Unterkircher, Niedrist, Haueis und Genossen, betreffend die Versorgung der Landwirtschaft mit Betriebsmitteln, Maschinen und Handwerksgeräten und ausreichende Zuweisung von solchen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln, welche dieselbe im Konsum beschaffen muß, wie zum Beispiel Petroleum, Kleider, Schuhe, Zucker, Kaffee usw. (367 der Beilagen).

Dem Verfassungsausschusse:

Den Antrag der Abgeordneten Spalowsky, Paulitsch, Dr. Ramek und Genossen auf Schaffung eines neuen Koalitionsgezes (334 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Dr. Ursin und Genossen, betreffend die Ergänzung des Gesetzes über das deutschösterreichische Staatsbürgersrecht vom 5. Dezember 1918 (345 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Dr. Straffner, Dr. Ursin und Genossen, betreffend die definitive Übernahme der aus den neuen Nationalstaaten vertriebenen ehemaligen Staatsangestellten deutscher Nationalität in den deutschösterreichischen Staatsdienst (346 der Beilagen) und

den Antrag der Abgeordneten Stocker, Dr. Ursin und Genossen, betreffs Ausweisung der Ostjuden (348 der Beilagen).

Dem Ausschusse für Verkehrswesen:

Den Antrag der Abgeordneten Spalowsky, Paulitsch, Dr. Ramek und Genossen, betreffend

die Gewährung einer Fahrpreisbegünstigung für die ständige Arbeiterschaft der deutschösterreichischen Tabakfabriken, Staatsforste usw. (335 der Beilagen) und

den Antrag der Abgeordneten Kunischak und Genossen, betreffend Fahrpreisermäßigung für Arbeiter und Angestellte (334 der Beilagen).

Dem Ausschusse für soziale Verwaltung:

Den Antrag der Abgeordneten Dr. Seipel, Paulitsch, Dr. Ramek und Genossen, betreffend die Einrichtung einer staatlichen Krankenfürsorge für die österreichischen Staatspensionisten (340 der Beilagen).

Ferner habe ich noch zu bemerken, daß die Nationalversammlung unlängst meiner Anregung entsprechend die konstituierende Sitzung des Komitees zur Überwachung der wirtschaftlichen Demobilisierung für diesen Tag in Aussicht genommen hat. Da es jetzt unmöglich ist, das Komitee einzuberufen, empfiehlt der Hauptausschuß, die Sitzung nach der nächsten Hauptsitzung einzuberufen.

Ich bin, hohes Haus, nicht in der Lage, den Tag und die Stunde der nächsten Sitzung bekanntzugeben. Die Entscheidung darüber wird auch von dem weiteren Verlauf der Formalitäten des Friedensvertrages abhängen. Ich werde daher Tag und Stunde im schriftlichen Wege bekannt geben und erbitte hierfür Ihre Zustimmung. Wird eine Einwendung erhoben? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall, dann bleibt es bei meinem Vorschlage.

Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

Schluss der Sitzung: 6 Uhr 25 Minuten abends.